

BKA

Polizei + Forschung

Dörmann/Remmers

Sicherheitsgefühl und Kriminalitäts- bewertung

Eine Ende 1998 durchgeführte Repräsentativ-
befragung der deutschen Bevölkerung als
Replikation früherer Erhebungen

Die Autoren:

Dörmann, Uwe geb. 1940, Diplom-Sozialwissenschaftler,
Wissenschaftlicher Direktor, Leiter des Fachbereichs
„Wissenschaftliche Kriminalitätsbeobachtung und
-bewertung, Polizeiliche Kriminalstatistik“ im Kriminalistischen
Institut des Bundeskriminalamts.

Remmers, Martin geb. 1973, Diplomverwaltungswirt,
Kriminaloberkommissar, ebenfalls im Fachbereich
„Wissenschaftliche Kriminalitätsbeobachtung und
-bewertung, Polizeiliche Kriminalstatistik“.

Zum Inhalt:

Das Bundeskriminalamt lässt in regelmäßigen Abständen die
Bevölkerung befragen, so z. B. wie sicher sie sich vor Krimina-
lität fühlt, über welche Delikte und Vorfälle in der Wohnge-
gend sie besonders beunruhigt ist, wie sie bestimmte Straftaten
bewertet oder wie sie Bürgerfreundlichkeit und Leistung der
Polizei einschätzt. Diese Publikation enthält die Ergebnisse in
Tabellen, Grafiken und kommentierenden Texten auch zu den
Unterschieden in den alten und neuen Ländern, bei jungen
und älteren Menschen, Männern und Frauen.

Dörmann/Remmers Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung



 Luchterhand

Uwe Dörmann/Martin Remmers
Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung

BKA Polizei + Forschung
Bd. 1
herausgegeben vom Bundeskriminalamt
Kriminalistisches Institut

Beirat:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen

Wolfgang Sielaff
Leiter der Landespolizeiinspektion Hamburg

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Klaus Tiedemann
Direktor des Instituts für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht der
Universität Freiburg i. Br.

Klaus Jürgen Timm
Direktor des Hessischen Landeskriminalamts

Dörmann/Remmers

Sicherheitsgefühl und Kriminalitäts- bewertung

Eine Ende 1998 durchgeführte Repräsentativ-
befragung der deutschen Bevölkerung als
Replikation früherer Erhebungen

Luchterhand



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Dörmann, Uwe:

Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung : eine Ende 1998 durchgeführte Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung als Replikation früherer Erhebungen / Uwe Dörmann/Martin Remmers. -

Neuwied ; Kriftel : Luchterhand , 2000

ISBN 3-472-04490-X

Redaktion:

Heinrich Schielke
Bundeskriminalamt
Kriminalistisches Institut

Alle Rechte vorbehalten

© 2000 by Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied und Kriftel.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: arttec grafik simon & wagner, St. Goar

Satz: Satz Offizin Hümmer, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckerei Wilhelm & Adam, Heusenstamm

Printed in Germany, August 2000

☺ Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfreiem Papier

Vorwort

Kriminalstatistiken, möglichst ergänzt von der Dunkelfeldforschung, liefern wichtige Daten und Erkenntnisse zur Sicherheitslage. Auch Informationen über die subjektiven Aspekte des Sicherheitsgefühls, der Einschätzung der Kriminalitätssituation und der Bewertung der Polizei durch die Bevölkerung sind für erfolgreiche „kundenorientierte“, das heißt bürgernahe polizeiliche und kriminalpolitische Strategien und Maßnahmen unverzichtbar.

Das Bundeskriminalamt hatte 1990 zusammen mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht zum ersten Mal für Gesamtdeutschland eine Dunkelfelduntersuchung durchgeführt. Einbezogen waren auch Fragen zum Sicherheitsgefühl und zur Bewertung der Polizei in der alten Bundesrepublik und in der ehemaligen DDR, vor und nach der Wende. Diese Erhebung erbrachte einen aussagekräftigeren, sich nicht mehr wie zuvor auf unvergleichbare Kriminalstatistiken stützenden Vergleich der Kriminalitätssituation und der Sicherheitseinstellungen der Bevölkerung vor der Wiedervereinigung. Ein sozialhistorisch einmaliger Wandel konnte so zeitnah dokumentiert werden.

Inzwischen hat das Bundeskriminalamt durch wiederholte Repräsentativbefragungen in den Jahren 1994 und 1998 die Entwicklung weiter verfolgt. Die Ergebnisse zeigten in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine tiefe Verunsicherung vieler Menschen besonders in den neuen Ländern und in Ostberlin. Dies war eine verständliche Folge der gesellschaftlichen Umwälzungen, aber auch der Kriminalitätsentwicklung sowie der Anlaufprobleme beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Justiz und Polizei und nicht zuletzt der früher so nicht gekannten offenen und zum Teil dramatisierenden Berichterstattung in den Medien.

Die letzte Erhebung des Bundeskriminalamtes, über die in diesem Forschungsband berichtet wird, zeigt nun für Ende 1998 deutliche Stabilisierungstendenzen im sicherheitsrelevanten Stimmungsbild der Bevölkerung. Die Polizei hat vor allem im Osten, aber auch im Westen an Ansehen gewonnen. Dazu dürften die sichtbar erhöhte polizeiliche Präsenz an verschiedenen Kriminalitätsbrennpunkten und eine Vielzahl von Präventionsprogrammen und -maßnahmen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene maßgeblich beigetragen haben. Straftaten, die das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger besonders beeinträchtigen wie Wohnungseinbruch, Kraftwagendiebstahl und Straßenraub, sind in den letzten Jahren rückläufig.

Wie die Befragungsergebnisse zeigen, wünscht die Bevölkerung auch 1998 insbesondere vermehrte polizeiliche Fußstreifen in der eigenen Wohngegend. Soweit es die knappen Ressourcen erlauben, heißt es für die Polizei daher, auf dem eingeschlagenen Wege verstärkter Prävention und verbesserter Bürgernähe in partnerschaftlichem Zusammenwirken mit anderen Institutionen fortzufahren.

Dr. Kersten

Präsident des Bundeskriminalamtes

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Methode	3
3	Ergebnisse	6
3.1	Rauschgiftentwicklung	6
3.1.1	Beschaffbarkeit von Drogen	8
3.1.2	Rauschgift im Bekanntenkreis	10
3.1.3	Beobachtung von Rauschgiftkonsum oder -handel	12
3.2	Zur Akzeptanz der Polizei	13
3.2.1	Einstellungen zur Polizei	13
3.2.2	Bürgerfreundlichkeit	15
3.2.3	Distanz zur Polizei	20
3.2.4	Qualität der Polizeiarbeit	23
3.3	Sicherheitsgefühl	26
3.3.1	Erhebungen zum Bedrohtheitsgefühl	26
3.3.2	Sicherheit der Wohngegend	28
3.3.3	Gründe für Unsicherheit	31
3.3.3.1	Schlechte Beleuchtung	32
3.3.3.2	Schmutz, Müll	33
3.3.3.3	Betrunkene, Penner	34
3.3.3.4	Herumlungernde Personen	35
3.3.3.5	Aufdringliches Betteln	35
3.3.3.6	Vandalismus	37
3.3.3.7	Anpöbeln	38
3.3.3.8	Rauschgift	39
3.3.3.9	Schlägereien	43
3.3.3.10	Einbrüche	45
3.3.3.11	Überfälle	47
3.3.3.12	Gründe im Überblick	49
3.3.3.13	Sonstige Gründe	52
3.3.4	Sicherheitsgefühl allein draußen in der Nacht	53
3.3.5	Kriminalitätsrisiken	58
3.3.5.1	Straßenraub/-diebstahl	58
3.3.5.2	Anpöbeln	61
3.3.5.3	Wohnungseinbruch	64
3.4	Präventive Maßnahmen	68
3.4.1	Bewertung von Fußstreifen	68
3.4.1.1	Auswirkung von Fußstreifen durch Polizei und Wachdienst.	68
3.4.1.2	Präferenzen zur Streifendurchführung	72
3.4.1.2.1	Präferenz für Polizei	76
3.4.1.2.2	Präferenz für private Wachleute	77

3.4.1.2.3	Präferenz für Nachbarn	79
3.4.2	Persönliche Schutzmaßnahmen	83
3.5	Bewertung der Kriminalitätsschwere	88
3.5.1	Gesamtbewertungsvergleich der verschiedenen Straftaten . . .	89
3.5.2	Bewertung des Ladendiebstahls	91
3.5.3	Bewertung des Rauschgifthandels	93
3.5.4	Bewertung fremdenfeindlicher Angriffe.	96
3.5.5	Alkohol am Steuer	100
3.5.6	Vergewaltigung	101
3.5.7	Beamtenbestechung	102
3.5.8	Vandalismus.	104
3.5.9	Umweltdelikte	105
3.5.10	Überfälle	107
3.5.11	Steuerhinterziehung	108
3.5.12	Mord und Totschlag	110
3.5.13	Wohnungseinbruch.	111
3.5.14	Kindesmisshandlung	113
3.5.15	Wirtschaftskriminalität	114
4	Zusammenfassung	116
5	Summary	119
6	Literatur- und Quellenverzeichnis	122
7	Fragebogen	134

1 Einleitung

Furcht war und ist an sich eine in der Historie der Menschen überlebensnotwendige Reaktion auf gefährliche Situationen. Große Angst vor Kriminalität kann aber vor allem Frauen, die sich Gewalttätern gegenüber verwundbar und wehrlos fühlen, dazu veranlassen, den eigenen Aktionsradius einzuschränken und bestimmte Gegenden besonders bei Dunkelheit zu meiden. Durch eine derartige Selbstbeschränkung wird jedoch der erzielte Sicherheitsgewinn mit einem Verlust an persönlicher Gestaltungsfreiheit und Lebensqualität erkaufte.

Die Sorge über eine hohe und steigende Kriminalitätsrate steht auch stellvertretend für andere, subtilere Lebensängste, die jedoch schwerer zu greifen, zu erklären und rational zu verarbeiten sind. In einer Gesellschaft, in der Gefühle oft als Störfaktoren im Tagesgeschäft erscheinen und jedenfalls weniger beachtet und akzeptiert werden als belegbare Fakten, neigen viele dazu, auch diffuse Lebensängste und Stimmungen scheinbar rational zu begründen und damit zu rechtfertigen. Eine Bedrohung durch Kriminalität bietet sich dafür besonders gut an.

Denn die mehr irrationalen Quellen der Kriminalitätsangst mischen sich ja mit ganz realen, nicht zu leugnenden Tatsachen, den alltäglich selbst erfahrenen, beobachteten, von anderen gehörten oder in den zumal örtlichen oder regionalen Medien vermittelten Kriminalitätsereignissen. So zeigen denn auch die Ergebnisse verschiedener Dunkelfelduntersuchungen, z. B. 1990 vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (MPI) zusammen mit dem Bundeskriminalamt¹ in Anlehnung an eine 1989 erfolgte international vergleichende Studie² oder 1992 vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN)³, dass bei einem beachtlichen Teil insbesondere älterer Menschen persönliche Viktimisierungserfahrungen erhöhte Kriminalitätsangst zur Folge hatten. Reuband weist zudem darauf hin, dass aus den von ihm in Chemnitz, Dresden und Leipzig sowie auch in Düsseldorf durchgeführten Umfragen zur Viktimisierung abzuleiten ist, dass innerhalb eines Jahres „ein großer Teil der Bürger – in Leipzig nahezu zwei Drittel – ... im interpersonalen Umfeld mit Kriminalität konfrontiert“ wird.⁴ Dabei handelt es sich nicht nur um eigene Erlebnisse, sondern auch um Erfahrungen von Personen, die man gut kennt.

Dieses Gemenge aus teils irrationalen Stimmungen und Ängsten, teils aber auch durchaus rationaler Erfahrungs- und Informationsverarbeitung bildet das gesellschaftliche Phänomen „Sicherheitsgefühl“ oder negativ ausgedrückt „Bedrohtheitsgefühl“, das zwar nicht mit der tatsächlichen Sicherheitslage gleichgesetzt werden darf, aber gleichwohl sehr ernst genommen

1 Helmut Kury u. a., 1992, S. 247–251.

2 Jan J. M. van Dijk u. a., 1990; neuere international vergleichende Erhebungen wurden publiziert von A. Alvazzi del Frate, u. U. Zvekic 1996 sowie Pat Mayhew u. Jan J. M. van Dijk 1997.

3 Wolfgang Bilsky u. a.: 1995, S. 100–101.

4 Karl-Heinz Reuband 1999, S. 518.

werden muss, weil es das gesamte Sozialverhalten von den zwischenmenschlichen Alltagsbeziehungen (z. B. Hilfsbereitschaft versus Misstrauen gegenüber Fremden) bis zu den politischen Entscheidungen wesentlich beeinflusst.

Einen gewissen Aufschluss über Stand und Entwicklung des Sicherheitsgefühls bieten die Methoden der empirischen Sozialforschung, in diesem Fall die Repräsentativbefragung der Bevölkerung. In diese spezielle Erhebung wurden Fragen zur Wahrnehmung der Drogenproblematik und der Polizeibewertung einbezogen, weil mit dem Sicherheitsgefühl enge Wechselwirkungen bestehen, und weil diese Informationen für die Polizei selbst bedeutsam sind. Außerdem bieten sich so Vergleichsmöglichkeiten mit den Daten früherer Umfragen, so dass die Entwicklung in den letzten Jahren besser beurteilt werden kann. Erstmals wird in dieser Erhebungsreihe auch nach den Ursachen gefragt, weshalb man sich in der eigenen Gegend nicht (sehr) sicher fühlt.

Mit einer aus Kostengründen relativ kleinen Zahl von Fragen ist im Rahmen dieser Repräsentativerhebung notgedrungen nur eine unvollkommene und mehr an den Symptomen als an den Wurzeln ansetzende Diagnose der Kriminalitätsangst der Bevölkerung zu leisten. Immerhin werden in den Befragungsergebnissen die Besorgnisse, Bewertungen und Erwartungen der Menschen zu wichtigen Aspekten der Inneren Sicherheit sichtbar, so dass weiterführende Überlegungen und Projekte gezielter einsetzen können. So dienen die Ergebnisse z. B. bereits als Orientierungshilfe bei der Konzipierung eines größeren Forschungsvorhabens des Bundeskriminalamtes zur Prüfung der Privatisierbarkeit polizeilicher Aufgaben.

Darüber hinaus geht es bei der vorliegenden Studie aber nicht nur um die Momentaufnahme der sicherheitspolitischen Befindlichkeit Deutschlands Ende 1998, sondern auch um die Feststellung von längerfristigen Trends. Denn nur im zeitlichen Vergleich lässt sich die aktuelle Lage sinnvoll bewerten. Mit dieser Replikationsstudie sollte daher überprüft werden, ob sich die von 1990 bis 1994 beobachtete Tendenz einer stark zunehmenden und im internationalen Vergleich ungewöhnlich starken Verunsicherung der deutschen Bevölkerung fortgesetzt hat. Ferner ist von Interesse, ob die erhebliche Diskrepanz in den Bewertungen im Osten (neue Länder mit Ostberlin) und Westen (alte Länder mit Westberlin) auch langfristig fortbesteht oder ob eine Angleichung stattfindet. Der langfristigen Betrachtung dient schließlich die Einbeziehung von Fragen zur Schwerebeurteilung bestimmter Straftaten, die in den alten Ländern schon 1984 gestellt wurden und somit bereits einen Zeitraum von fünfzehn Jahren abdecken.

2 Methode

Als Ergebnis einer Ausschreibung durch das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern erhielt das EMNID-Institut, Mitglied der internationalen Taylor Nelson Sofres – Gruppe, den Auftrag, die Feldarbeit durchzuführen und die Befragungsdaten in Form von Rohdaten zur Verfügung zu stellen. Aus methodischen Gründen war die Beauftragung von EMNID deshalb günstig, weil dieses Institut bereits 1994 (und in den alten Ländern auch 1984 zur Schwerebeurteilung von Straftaten) die Befragung durchgeführt hatte und so beste Voraussetzungen für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse bot. Die Formulierung der Fragen und die Umsetzung der Resultate in übersichtlichere Tabellenform mit Graphiken und Kommentierung wurde im Bundeskriminalamt geleistet.

Die Grundgesamtheit der Befragung bildet die in Privathaushalten lebende Gesamtbevölkerung Deutschlands im Alter ab 14 Jahren. Ausländer mit Wohnsitz in Deutschland und Aussiedler konnten in die Befragung nur einbezogen werden, wenn die Deutschkenntnisse ausreichten. Die Befragung erfolgte per Hausbesuch in Form persönlich-mündlicher Interviews (face-to-face). Sie wurde kostengünstig im Rahmen der regelmäßigen Mehrthemenumfragen durchgeführt. Die Dauer der Befragung lag zu diesem Thema bei durchschnittlich 10 Minuten. Die Antworten der Befragten wurden direkt vom Interviewer in einen tragbaren Computer eingegeben und mit Datenfernübertragung an das EMNID-Institut geschickt. Damit entfiel der zeit- und kostenaufwendige Druck und Versand der Fragebogen und außerdem die Erfassung der Daten für die tabellarische Aufbereitung. Damit die Befragten ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit liefern, wurden sie in einem geschichteten, dreistufigen Zufallsauswahlverfahren ermittelt („Random-Route-Auswahl“). Im ersten Auswahlschritt wurden dabei zunächst die zu Stichprobennetzen verknüpften Befragungsorte (Sample Points basierend auf der Wahlbezirkseinteilung), im zweiten Schritt die Befragungshaushalte und im letzten Schritt die Befragungspersonen ausgewählt. Innerhalb der Sample Points wird ausgehend von einer Startadresse jeder dritte Haushalt entlang einer vorher bestimmten Begehungsvorschrift genommen und bei Nichtanwesenheit bis zu dreimal an verschiedenen Tagen und Uhrzeiten kontaktiert. Leben mehrere Zielpersonen im Haushalt, erfolgt die Bestimmung der Befragungsperson anhand eines Zufallsauswahlverfahrens (z. B. Geburtstagsschlüssel).

Tatsächlich interviewt wurden im Zeitraum 28. September bis 23. November 1998 im Westen 2.023 Personen (alte Länder mit Westberlin) und im Osten 2.064 Personen (neue Länder mit Ostberlin), eine in Meinungsumfragen für beide geographischen Bereiche voll ausreichende Zahl.

Für alle Repräsentativbefragungen gilt aber, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Obdachlose, Kranke, Anstaltsinsassen, Ausländer mit unzureichenden Sprachkenntnissen oder verreiste Personen nicht berücksichtigt werden können. Die dadurch auftretenden strukturellen Abweichungen mit möglichen Auswirkungen auf die Befragungsergebnisse müssen in Kauf genommen werden. Die so erzielten Resultate gelten in der Meinungs-

forschung als repräsentativ in dem Sinne, dass sie im Rahmen bestimmter statistischer Fehlertoleranzen auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden können. Für die Zusammenfassung der Ergebnisse aus Ost- und Westdeutschland wurde die Datei proportional gewichtet. Damit sind die Ergebnisse repräsentativ für Gesamtdeutschland. Signifikanzen wurden für den Ost-West-Vergleich, für den Vergleich 1998 zu 1994 und für den strukturellen Vergleich der Prozentverteilungen für die verschiedenen demographischen Gruppen berechnet.

Der Wortlaut der Fragen ist bei einer Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Wegen der besseren Auswertungsmöglichkeit wurden – mit einer Ausnahme – nur Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten gestellt. Bei der Wiederholung von Fragen aus früheren Untersuchungen kommt es entscheidend darauf an, dass sie identisch formuliert sind, um Verfälschungen der Antworten zu vermeiden. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen wurden beachtet und die Zielpersonen auf die Freiwilligkeit ihrer Auskünfte und auf die Anonymität der Befragung hingewiesen.

An Grenzen der Aussagekraft stoßen detaillierte Aufschlüsselungen der Daten nach einzelnen sozialen oder räumlichen Kategorien. Bei der Bewertung der demographischen Daten ist für die Items „Beruf“ und insbesondere „Einkommen“ besondere Vorsicht angezeigt, weil die Befragten hierzu oft keine und manchmal wohl auch falsche Angaben machen. Verlässlicher erhebbar waren andere Kategorien wie insbesondere Geschlecht und Alter und, schon weniger sicher, Schulbildung oder Parteipräferenz. Für die Parteipräferenz ist zudem einschränkend zu sagen, dass bei den Republikanern (112 Befragte) und anderen nicht im Bundestag vertretenen Parteien (108) die Anzahl der Befragten für signifikante Aussagen (mit 5% Sicherheitsrisiko) nicht ausreicht. Die Anzahl der in die Befragung einbezogenen FDP-Anhänger (196) liegt statistisch ebenfalls bereits im kritischen Bereich.

Entsprechendes gilt für den Ländervergleich. Signifikante Ergebnisse sind bei der gewählten Stichprobe nur für Länder mit dafür ausreichender Bevölkerungszahl und somit hinreichend großem Bevölkerungsanteil zu erhalten. Problematisch wird daher die vergleichende Bewertung der Daten für Ostberlin (164 Befragte), Hessen (177), Rheinland-Pfalz/Saarland (161) sowie Schleswig-Holstein/Hamburg (132) und erst recht für Westberlin (61). Die stärkere Vertretung von Ostberlin im Vergleich zu Westberlin in der Stichprobe kommt dadurch zustande, dass für den Osten wie für den Westen jeweils ca. 2000 Befragte ausgewählt wurden. Ostberlin weist im Osten einen deutlich höheren Bevölkerungsanteil auf als Westberlin im Westen. Dies hat sich auch in der Stichprobe niedergeschlagen. Die Daten für das Saarland, für Bremen und Hamburg waren zudem für eine gesonderte Auswertung zu klein und wurden daher den benachbarten Ländern Rheinland-Pfalz, Niedersachsen (Bremen) bzw. Schleswig-Holstein (Hamburg) zugeschlagen. Dies ist bei der Bewertung von Schleswig-Holstein/Hamburg sicher problematisch, weil durch die Zusammenfassung von Daten eines Flächenstaates mit denen eines an Einwohnern nicht viel kleineren Stadtstaates die Besonderheiten beider Länder verwischt werden.

Ferner muss die Meinungsforschung einräumen, dass bei heiklen Fragen wie z. B. der Bewertung von Angriffen gegen Ausländer bei einigen Befragten ein die tatsächlichen Einstellungen verschleierndes Antwortverhalten im Sinne des sozial Erwünschten bzw. politisch Korrekten nicht auszuschließen ist. In der Regel kann aber davon ausgegangen werden, dass die Befragten recht offen ihre Meinung sagen.

3 Ergebnisse

3.1 Rauschgiftentwicklung

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, dass mit der Behandlung der Rauschgiftsituation⁵ das Thema dieser Arbeit verfehlt sei. Die sich anschließenden Fragenkomplexe zeigen jedoch sehr deutlich, dass nur wenige Deliktsbereiche sich ähnlich stark auf Sicherheitsgefühl und Polizeibewertung auswirken wie Rauschgifthandel und -konsum in der Öffentlichkeit zumal als offene Drogenszene mit allen unliebsamen Begleiterscheinungen.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist für die registrierten Rauschgiftdelikte lang- und kurzfristig erhebliche Steigerungsraten auf. Dies betrifft Cannabis, Amphetamin und Amphetaminderivate sowie Kokain, während Heroinfälle in den 90er Jahren stagnierten.⁶ Die Gesamtzahl der in der PKS registrierten Straftaten zeigte in den letzten Jahren demgegenüber eine sinkende Tendenz. Einen weit überproportional prozentualen Anstieg der Rauschgiftdelikte gab es in den neuen Ländern, bei einem im Vergleich zum Westen allerdings immer noch viel niedrigeren Stand.

Die PKS-Daten sind im Rauschgiftbereich weitgehend ein Ergebnis der Kontrolltätigkeiten von Polizei und Zoll. Die statistische Entwicklung könnte so-

5 Unter dem Begriff Rauschgift werden hier alle illegalen Drogen wie insbesondere Opiate, Kokain, Amphetamin und -derivate, LSD, Cannabis zusammengefasst in Abgrenzung zu den legalen. An sich sind die gesundheitlichen Auswirkungen durch Alkohol-, Nikotin- oder Medikamentenmissbrauch, also durch legale Drogen, für die Gesellschaft als quantitativ noch wesentlich gravierender einzuschätzen als diejenigen der Rauschgifte. Einen riskanten oder bereits schädlichen Alkoholkonsum (nach Auffassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO): mehr als 40 g reiner Alkohol täglich für Männer und mehr als 20 g für Frauen) praktizierten 1997 ca. 15 % der männlichen Befragten im Alter von 18 bis 59 Jahren sowie ca. 8 % der weiblichen. Vgl. Christa Nickels: Drogen- und Suchtbericht der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Stand 09. März 2000, S. 8, sowie ferner Ludwig Kraus und Rita Bauernfeind 1998, S. 39.

Über 40 % der Männer und ca. 30 % der Frauen im Alter von 18 bis 59 Jahren sind Raucher/innen. Während unter Erwachsenen die Tendenz langfristig rückläufig ist, ist der Raucheranteil unter den Minderjährigen in den 90er Jahren angestiegen. Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung, S. 7 und 8, sowie Kraus und Bauernfeind, S. 52–53.

Medikamentenmissbrauch ist schwieriger zu erheben. Im Unterschied zu anderen Drogen sind bei Medikamenten Frauen stärker betroffen. 1997 hatten im letzten Monat fast doppelt so viele Frauen im Alter von 18 bis 59 Jahre (19,5 %) Schmerz-, Schlaf-, Beruhigungs-, Anregungs- oder Abführmittel mindestens einmal wöchentlich eingenommen wie die gleichaltrigen Männer (11,5 %); dies kann aber noch nicht mit einem Missbrauch gleichgesetzt werden. Kraus und Bauernfeind, S. 49.

Ein großer Teil der Straßenverkehrsunfälle mit Toten und Verletzten geschieht unter Alkoholeinfluss. Alkohol, Zigaretten und Medikamente sind unter Minderjährigen zudem meist die eigentlichen Einstiegsdrogen für Rauschgifte.

6 Bundeskriminalamt (Hg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 1998, S. 216. Trotz sinkender Heroinfallzahlen hat die Zahl der Drogentoten 1998 und 1999 zugenommen. Die Ursachen sind unklar. Spätfolgen eines langjährigen Missbrauchs mit allgemeiner gesundheitlicher Vernachlässigung könnten ebenso in Betracht kommen wie eine veränderte Zusammensetzung der Drogen und die bei den Konsumenten „harter“ Drogen zunehmende Tendenz der gleichzeitigen Einnahme unterschiedlicher Substanzen wie Heroin, Methadon, Kokain, Alkohol und Medikamenten mit sich potenzierenden Nebenwirkungen.

mit Folge verstärkter Anstrengungen der Kontrollorgane sein, denen es gelang, das Dunkelfeld stärker aufzuhellen. Um dies zu überprüfen, lassen sich die Ergebnisse von Repräsentativbefragungen der Bevölkerung heranziehen. Die Resultate solcher vom IFT-Institut für Therapieforschung, München, und von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung unternommenen wiederholten Umfragen sprechen jedoch eher dafür, dass der von der PKS gezeigte, bei Cannabis, Amphetamin und Ecstasy ansteigende Trendverlauf kein statistisches Artefakt ist. So ist aus repräsentativen Befragungen des IFT, die unter 18- bis 59-jährigen Personen (1997: 8.020 Befragte) im Zeitraum 1990 bis 1997 mehrmals durchgeführt wurden, ein Anstieg beim Konsum illegaler Drogen zu entnehmen.⁷ In den 90er Jahren bis 1997 fällt in den alten Ländern mit Westberlin vor allem die erhebliche Zunahme bei Ecstasy auf.

In den alten Ländern gaben 1997 immerhin 14,2 % an, zumindest einmal im Leben illegale Drogen genommen zu haben, und in den neuen Ländern 4,8 %. In den letzten zwölf Monaten vor der Befragung wurden in den alten Ländern von 4,9 % und in den neuen von 2,7 % illegale Drogen genommen, von Männern im Westen (alte Länder mit Westberlin) doppelt und im Osten (neue Länder mit Ostberlin) dreimal so oft wie von Frauen.⁸

Im Westen haben 13,4 % der Befragten im Alter von 18 bis 59 Jahren Erfahrung mit Cannabis, 1,8 % mit Amphetamin, 1,7 % mit Ecstasy, 1,6 % mit LSD und 1,5 % mit Kokain. Ein Drittel der Cannabiserfahrenen und die Hälfte der Ecstasy-Erfahrenen konsumierte die Droge auch in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung. Etwa jeder zehnte der aktuellen westdeutschen Cannabiskonsumanten nahm Cannabis in den letzten zwölf Monaten mindestens 200 mal.⁹ Aus diesen IFT-Zahlen lässt sich im Vergleich zu den offiziellen PKS-Fällen ein großes Dunkelfeld ableiten. Hochgerechnet konsumieren somit im Westen mindestens 214.000 und im Osten mindestens 26.000 Erwachsene regelmäßig Cannabis.¹⁰

Von der Polizei ermittelt wurden 1998 177.170 Tatverdächtige bei Rauschgiftdelikten insgesamt (Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz), darunter 124.238 wegen § 29 Betäubungsmittelgesetz, d. h. überwiegend wegen des Rauschgiftkonsums und darunter wiederum 76.157 ausschließlich wegen Cannabis.¹¹ Die Zahl polizeibekannter Cannabiskonsumanten ist allerdings höher, weil bei Vorliegen auch anderer Drogenarten Cannabis nicht berücksichtigt wird. Zu schließen ist aus diesen Daten, dass das personenbezogene Dunkelfeld der PKS (Prävalenzen) hier wie auch in verschiedenen anderen Deliktsbereichen erheblich kleiner ist als das ereignis-, fall- bzw. handlungsbezogene Dunkelfeld (Inzidenzen).

Den größten Anteil Drogenerfahrener weisen die 21- bis 24-Jährigen auf, von denen jeder Dritte illegale Drogen (vor allem Cannabis) zumindest probiert

7 Zur langfristigen Entwicklung der Drogenerfahrungen Jugendlicher in den alten Ländern mit Westberlin im Zeitraum von 1967 bis 1987 siehe Karl-Heinz Reuband 1988.

8 Kraus und Bauernfeind 1998, S. 15–17.

9 Ebd., S. 18–21.

10 Ebd., S. 21.

11 Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 1998, S. 218.

hat und jeder Zehnte dieser Altersgruppe auch andere illegale Substanzen als Cannabis. Auch bei den unter 25-Jährigen liegt der Anteil Drogenerfahrener im Westen doppelt so hoch wie im Osten.¹²

Aussagen über den Konsum von Opiaten wie insbesondere Heroin (unter 1 %) oder von Crack sind wegen hierfür zu kleiner und auch unzureichend zusammengesetzter (z. B. fehlen Obdachlose) Stichproben und wegen der bei diesen Drogen vermutlich geringeren Bereitschaft zu wahrheitsgemäßen Selbstauskünften verlässlich nicht zu gewinnen. Einen Hinweis geben aber die Daten zur Bereitschaft, verschiedene Drogen wenigstens einmal zu probieren. Probierebereitschaft zeigten 1997 bei Cannabis jeder zweite Befragte mit Drogenerfahrung, bei Kokain etwa jeder zehnte Befragte mit Drogenerfahrung (jeweils Deutschland insgesamt) und bei Opiaten 6,5 % der Drogenerfahrenen im Westen und 18,9 % (der geringeren Zahl von Drogenerfahrenen) im Osten. Ganz anders sieht es dagegen bei den Befragten ohne Drogenerfahrung aus: Bei ihnen lag 1997 die Probierebereitschaft nur bei Cannabis (5,6 % im Westen, 2,8 % im Osten) nennenswert hoch, bei anderen Drogen dagegen bei höchstens 1 %.¹³

Was die präventive Wirkung von Anti-Drogen-Kampagnen betrifft, so halten sich immerhin vier von fünf Befragten über die schädlichen Wirkungen des Drogengebrauchs für gut oder sehr gut informiert, Drogenerfahrene häufiger als Personen ohne Drogenerfahrung.¹⁴

Einschränkend ist zu diesen Ergebnissen jedoch zu sagen, dass der Störfaktor, bei Selbstauskünften zu heiklen Fragen lieber im Sinne des sozial Erwünschten als wahrheitsgemäß zu antworten, nicht ausgeschaltet werden kann. Das Bundeskriminalamt hat sich daher bemüht, durch indirekte, z. B. das Verhalten anderer betreffende Fragen realitätsnahe ergänzende Informationen zu gewinnen.

3.1.1 Beschaffbarkeit von Drogen

1997 wurde auch in die oben zitierte Erhebung des IFT eine Frage zur vermuteten Beschaffbarkeit bestimmter illegaler Drogen aufgenommen. Das Ergebnis lautete, dass ca. 70 % der drogenerfahrenen Befragten im Westen und ca. 50 % im Osten die Beschaffung von Cannabis für leicht hielten gegenüber ca. 20 % der Befragten ohne Drogenerfahrung im Westen und unter 10 % im Osten. Bei Amphetamin, Ecstasy oder LSD lag der Anteil (Annahme: Beschaffung ist leicht) bei den Drogenerfahrenen im Westen wie im Osten bei ca. 40 % gegenüber unter 20 % der nicht Erfahrenen im Westen und unter 10 % im Osten. Die Beschaffung von Heroin und Kokain wird bei den Drogenerfahrenen im Westen zu ca. 20 % und im Osten zu weit unter 20 % für leicht gehalten gegenüber unter 10 % der nicht Erfahrenen im Westen und unter 5 % im Osten.¹⁵

12 Kraus und Bauernfeind 1998, S. 17.

13 Ebd., S. 24.

14 Ebd., S. 25

Die Fragestellung in den BKA-Erhebungen unterscheidet nicht nach Drogenarten. Der Vergleich der IFT-Daten mit den nachstehend dargelegten Ergebnissen der BKA-Erhebung lässt aber den Schluss zu, dass bei den Antworten wohl überwiegend an Cannabis, Amphetamin oder Ecstasy und weniger an Heroin oder Kokain gedacht wurde.

Tabelle 1:

Frage: Glauben Sie, dass es in Ihrer Gegend hier eher leicht oder schwer ist, an Rauschgift heranzukommen?

Antworten in % der Befragten	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
eher leicht	11	12	23	34	33	34
eher schwer	43	27	28	17	14	22
kann ich nicht sagen	46	61	48	49	53	41
n	4999	2034	2064	2027	1994	2023

Es ergibt sich, dass unter den Befragten im Osten von 1990 bis 1994 der Anteil derjenigen erheblich gesunken war, der die Rauschgiftbeschaffung für schwer hielt. Aber erst 1998 hat der Anteil derjenigen, die dies für leicht halten, deutlich zugenommen. Die wachsende Informiertheit über die Drogensituation dürfte sich in diesen Zahlen ebenso niederschlagen wie der tatsächliche Zugang zu Drogen, der sich auch in der Entwicklung der PKS-Zahlen zeigt. Während sich im Westen von 1990 bis 1994 keine wesentliche Änderung ergab, ist 1998 der Anteil der Befragten, die den Zugang zu Rauschgift als schwer einschätzen, deutlich gestiegen. Dies könnte an verstärkten polizeilichen Kontrollaktivitäten und der Beseitigung offener Drogenszenen in mehreren Städten liegen.

Die Zahlenwerte in Ost und West haben sich 1998 angenähert. Für ein Drittel der Westdeutschen und ein knappes Viertel der Ostdeutschen ist es kein Problem, an Rauschgift heranzukommen. Dies gilt überproportional für die besonders gefährdeten jungen Menschen, nämlich für 54,5% der unter 21-Jährigen und 57,6% der 21- bis unter 30-Jährigen im Westen und für 42,9% der unter 21-Jährigen im Osten. Die 21- bis unter 30-Jährigen im Osten sagen dies dagegen nur zu 28,1%. Der Anpassungsprozess in den neuen Ländern mit Ostberlin an die Verhältnisse im Westen vollzieht sich in der Drogenproblematik anscheinend nur bei den jüngeren Altersgruppen der Jugendlichen und Heranwachsenden.

Im Ländervergleich halten es signifikant überdurchschnittlich viele Befragte im Südwesten, d. h. in Baden-Württemberg (42,3%), Rheinland-Pfalz/Saarland (40,0%) und Hessen (39,0%) für leicht, an Rauschgift zu kommen, am

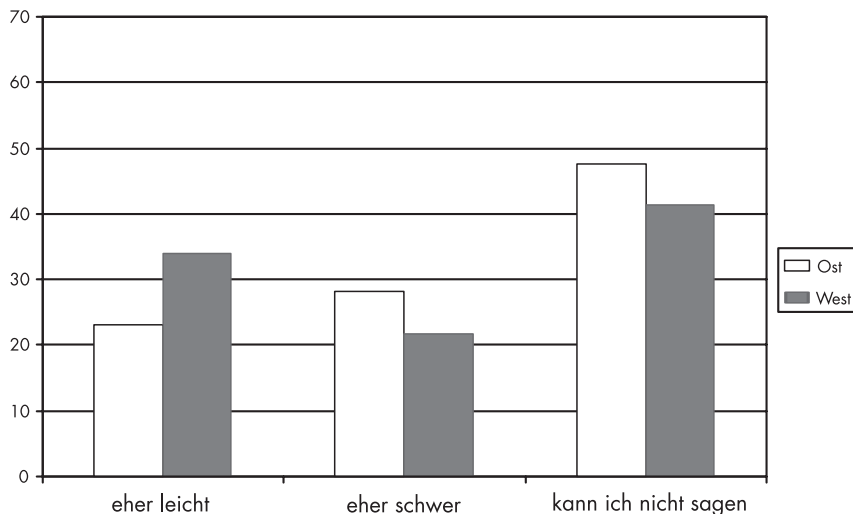
15 Ebd., S. 23.

wenigsten dagegen in Sachsen-Anhalt (23,7%), Bayern (23,5%), Sachsen (21,9%) und, trotz Nähe zu Berlin, Brandenburg (16,3%).

Grafik 1:

Beschaffbarkeit von Rauschgift

(Antworten in % der Befragten)



3.1.2 Rauschgift im Bekanntenkreis

Tabelle 2:

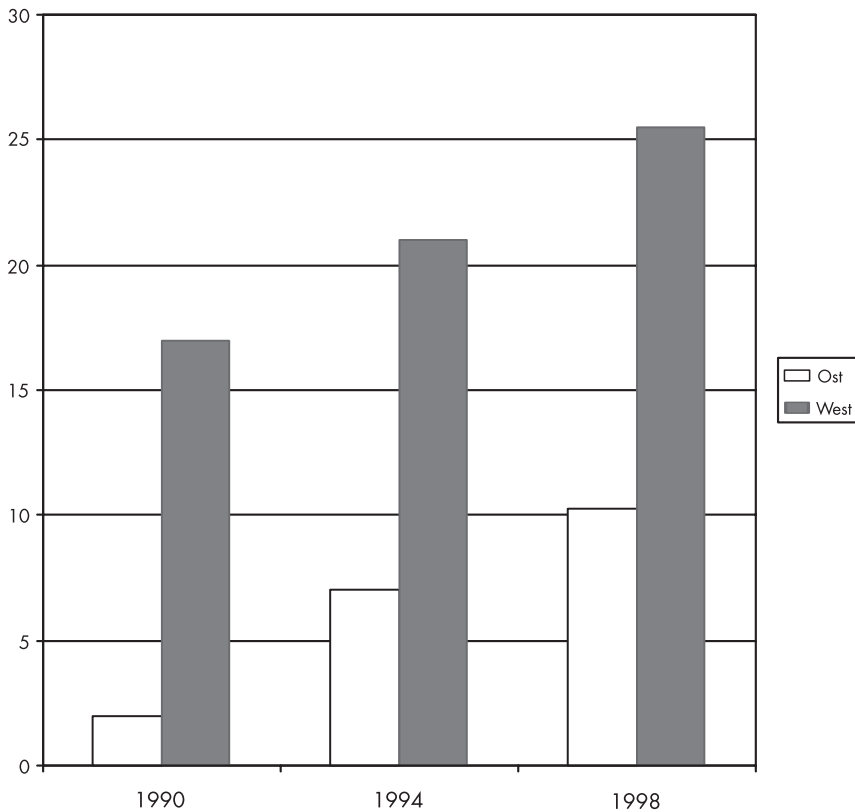
Frage: „Sind Ihnen aus Ihrem Verwandten-/Freundes-/Bekanntenkreis eine oder mehrere Personen bekannt, die Erfahrung mit Rauschgift haben?“

Antworten in % der Befragten	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
ja, mir ist eine Person persönlich bekannt	1	3	4	6	9	11
ja, mir sind zwei oder mehr Personen persönlich bekannt	1	4	6	11	12	15
nein, mir ist niemand persönlich bekannt, habe aber von mindestens einer Person gehört	5	5	13	13	14	20
nein, mir ist niemand bekannt und habe von niemandem gehört	93	87	76	70	64	52
n	4999	2034	2064	2027	1994	2023

Die Zahlenentwicklung der Personen mit Rauschgifterfahrungen aus der Sicht Dritter spricht für eine zunehmende Ausweitung sowohl im Osten als auch im Westen, wobei der Vorsprung im Westen immer noch groß ist. Der Anteil von Drogenkonsumenten in der Bekanntheit der Befragten ist hier wie dort in den 90er Jahren offensichtlich ständig gestiegen. Dies scheint den Anstieg der Rauschgiftdelikte in der PKS zu bestätigen. Erwartungsgemäß kennen junge Menschen unter 30 Jahren in Ost und West weitaus häufiger als die älteren Befragten Personen mit Rauschgifterfahrungen.

Grafik 2:

**Rauschgift im Bekanntenkreis:
„Eine oder mehr Personen persönlich bekannt“
(Antworten in % der Befragten)**



3.1.3 Beobachtung von Rauschgiftkonsum oder -handel

Tabelle 3:

Frage: Haben Sie schon einmal Rauschgiftkonsum oder -handel hier in Ihrer Gegend beobachtet?

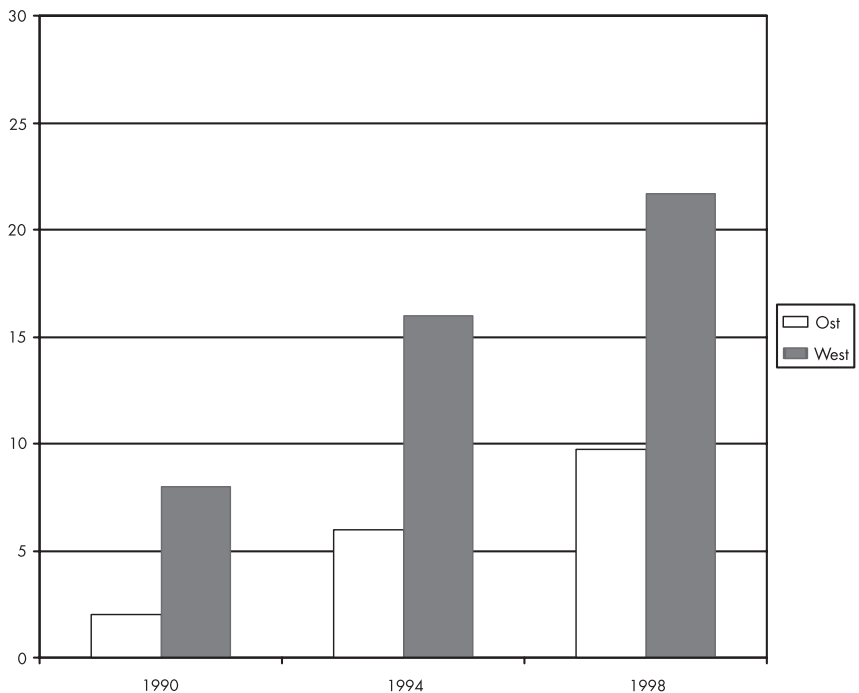
Antworten in % der Befragten	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
ja	2	6	10	8	16	22
nein	97	94	89	92	83	75
n	4999	2034	2064	2027	1994	2023

Grafik 3:

Rauschgiftkonsum oder -handel in der Gegend:

„selbst beobachtet“

(Antworten in % der Befragten)



Im Osten wie im Westen sind die Prozentanteile der Befragten, die in ihrer Gegend Drogenhandel oder -konsum beobachten konnten, kontinuierlich gestiegen. Nach wie vor liegen sie 1998 im Westen (22 %) aber bei weitem höher als im Osten (10 %). Wieder sind es vor allem die jungen Menschen, die be-

sonders hohe Werte aufweisen. So haben 1998 im Westen 13,6 % der unter 21-Jährigen Rauschgifthandel oder -konsum oft in der eigenen Gegend beobachtet und weitere 37,8 % vereinzelt, das sind zusammen mehr als die Hälfte der Jugendlichen und Heranwachsenden, die so zumindest indirekt mit Rauschgift in Berührung kommen. Im Osten ist dieser Anteil geringer, liegt aber mit 8,4 % oft und 20,3 % vereinzelt ebenfalls weit über den Anteilen bei den anderen Altersgruppen. Dies dürfte zum einen damit zusammenhängen, dass sich die jungen Menschen häufiger zumal bei Dunkelheit in der Öffentlichkeit aufhalten als Erwachsene, zum anderen dürfte sich aber auch ein stärkeres Interesse an Drogen in erhöhter Aufmerksamkeit niederschlagen.

Dem Ländervergleich ist zu entnehmen, dass Drogenhandel- und konsum am häufigsten in Westberlin (oft: 7,7 %, vereinzelt: 30,6 %; plausibel, aber statistisch nicht signifikant) beobachtet wird, relativ häufig auch in Hessen (oft: 7,6 %, vereinzelt: 21,6 %), in Baden-Württemberg (oft: 5,3 %, vereinzelt: 22,6 %), in Schleswig-Holstein/Hamburg (oft: 5,7 %, vereinzelt: 19,6 %) und in Rheinland-Pfalz (oft: 5,5 %, vereinzelt: 18,0 %). Vergleichsweise selten werden Drogenhandel und -konsum dagegen in Brandenburg (oft: 0,3 %), Thüringen (oft: 0,4 %), Niedersachsen/Bremen (1,0 %), Mecklenburg-Vorpommern (1,4 %), Sachsen (1,4 %) oder Bayern (1,9 %) beobachtet. Dies spricht dafür, dass zumindest die öffentlich sichtbare Rauschgiftproblematik in den großen Stadtstaaten und im Südwesten Deutschlands am stärksten ausgeprägt ist.

3.2 Zur Akzeptanz der Polizei

3.2.1 Einstellungen zur Polizei

Zum Themenkomplex Innere Sicherheit wurde durch verschiedene Institute bereits eine Reihe von in der Regel einmaligen Umfragen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, unterschiedlichen Fragestellungen und deshalb auch unterschiedlichen Ergebnissen durchgeführt. Eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse dieser singulären Studien ist daher kaum möglich. Mal schneidet die Polizei besonders gut ab wie z. B. bei den bis 1995 von ipos¹⁶ im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführten Erhebungen oder etwa in einer Befragung von Allensbach.¹⁷ In anderen Umfragen dagegen wie ins-

16 Ipos, 1995, S. 41: Obwohl dieses Institut in seiner letzten Umfrage für 1995 feststellen musste, dass sowohl im Westen (41 %) als auch ganz besonders im Osten (14 %) nur Minderheiten mit dem Schutz vor Kriminalität sehr oder eher zufrieden waren, schnitt die Polizei bei einer Beurteilung des Vertrauens der Bevölkerung in öffentliche Einrichtungen vergleichsweise gut ab. Auf einer Skala von + 5 (volles Vertrauen) bis - 5 (überhaupt kein Vertrauen) erhielt die Polizei im Westen die beachtliche Bewertung von + 1,9 nur übertroffen vom Bundesverfassungsgericht mit + 2,1. Diese Bewertung stimmt bei allen demographisch unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen weitgehend überein.

17 Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher 1997, S. 667: Bei einer im Dezember 1993 in alten und neuen Ländern gestellten Frage zum Institutionenvertrauen schnitt die Polizei in Westdeutschland (12 % sehr viel Vertrauen, 54 % ziemlich viel Vertrauen, 29 % wenig Vertrauen, 5 % überhaupt kein Vertrauen) am besten unten den in die Befragung

besondere dem so genannten Kundenbarometer¹⁸, das vom Deutschen Marketing-Verband und der Deutschen Post seit einigen Jahren durchgeführt wird, erscheint die Polizei 1998 bezüglich ihrer Kundenorientierung fast als Schlusslicht unter etlichen privaten und öffentlichen Einrichtungen, nur noch gefolgt vom Nahverkehr der Deutschen Bahn. An der Spitze der Rangordnung stehen die Apotheken: Sie erreichten die Bestnote 2,13 (sehr zufrieden) gegenüber 3,08 (zufrieden) der Polizei, immerhin zwar eine Notenstufe auseinander, aber dennoch kein allzu großer Abstand.

Diese sich auf den ersten Blick widersprechenden Resultate der Befragungen sind dazu angetan, den uneingeweihten Leser zu verwirren. Es ist aber z. B. ein gravierender Unterschied, ob es in Umfragen primär um die Schutzfunktion der Polizei geht („Freund und Helfer“) oder ob die Konfrontation mit Polizeibeamten in für die Befragten kritischen, unangenehmen und konfliktträchtigen Situationen, sei es als Geschädigter bei einem Diebstahl, dem die Polizei das gestohlene Gut meist nicht wieder beschaffen kann, sei es als Tatverdächtiger bei Straftaten oder Verkehrsordnungswidrigkeiten oder als Demonstrationsteilnehmer, im Vordergrund steht. Im zweiten Fall ist es für die Polizei zwangsläufig ungleich schwerer als für z. B. Apotheken, die „Kunden“ zufrieden zu stellen, und in bestimmten Konstellationen gar nicht möglich. Vor diesem Hintergrund ist eine Durchschnittsnote 3 (zufrieden) sicher nicht schlecht und ein Vergleich mit den völlig anderen Aufgaben, Kundenerwartungen und atmosphärischen Bedingungen der Apotheken nicht sinnvoll. Auf derart problematische Vergleiche wurde in der Erhebung des Bundeskriminalamtes daher verzichtet.

Werden die Ergebnisse des Kundenbarometers speziell für die Polizei näher betrachtet, dann bietet die Aufschlüsselung in einzelne Leistungsmerkmale durchaus aufschlussreiche Informationen. Am besten beurteilt wird die

einbezogenen Institutionen ab, bei denen allerdings Gerichte fehlten, nämlich besser als Kirche, Gesetze, Sozialversicherung, Bundeswehr, NATO, Erziehungswesen, große Wirtschaftsunternehmen, Bundestag, EU, Gewerkschaften, Fernsehen, Zeitungen und Verwaltung. In Ostdeutschland erreichte die Polizei (5 % sehr viel Vertrauen, 30 % ziemlich viel Vertrauen, 55 % wenig Vertrauen, 9 % überhaupt kein Vertrauen) damals jedoch noch keine so gute Vertrauensbasis, lag damit aber immerhin an dritter Stelle hinter Sozialversicherung und Gesetzen. Inzwischen dürfte sich der Abstand zum Westen, wie die Ergebnisse der BKA-Studie signalisieren, weitgehend verringert haben.

- 18 Anton Meyer und Frank Dornach: Das Deutsche Kundenbarometer 1998–Qualität und Zufriedenheit. Jahrbuch der Kundenzufriedenheit in Deutschland 1998. Deutscher Marketing-Verband und Deutsche Post (Hg.). München 1998. Vgl. auch Anonym: Ansehen der Polizei. Der erste Eindruck zählt. In: Die Streife. Heft 6, 1999, S. 12–15.

Dem Kundenbarometer liegen computergestützte Telefonbefragungen (CATI) zugrunde. Die Auswertung erfolgte bei EMNID. Zur Polizei konnten nur 1.002 und zu Apotheken 998 Interviews realisiert werden, zu Banken und Sparkassen dagegen 11.875. Das Ranking nach dem Durchschnittswert der Zufriedenheit wurde auf einer Skala von 1 (vollkommen zufrieden) über 2 (sehr zufrieden), 3 (zufrieden), 4 (weniger zufrieden) und 5 (unzufrieden) gemessen. Der Durchschnittswert für die Polizei ist seit 1994 in diesen jährlichen Befragungen fast konstant geblieben. Die Zufriedenheit ist 1998 in den alten Ländern mit 3,0 noch etwas höher als in den neuen Ländern mit 3,3. Diese Relation ähnelt dem BKA-Befragungsergebnis zur Polizeibewertung.

Freundlichkeit der Polizei, mit der 33 % der Befragten mit Polizeikontakten vollkommen oder sehr zufrieden, weitere 53 % zufrieden und nur 14 % unzufrieden sind. Günstig werden auch die Einsatzbereitschaft der Polizei (25 % vollkommen/sehr zufrieden, 60 % zufrieden, 16 % weniger/unzufrieden), ihre Zuverlässigkeit (23 % vollkommen/sehr zufrieden, 64 % zufrieden, 14 % weniger/unzufrieden) und – mit einem aber bereits deutlich höheren Anteil von fast einem Viertel weniger oder gar nicht Zufriedener – die Erreichbarkeit der nächsten Polizeiwache (28 % vollkommen/sehr zufrieden, 49 % zufrieden, 23 % weniger/unzufrieden) bewertet. Am schlechtesten schneiden die „Präsenz zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in der jeweiligen Region“ (19 % vollkommen/sehr zufrieden, 52 % zufrieden, 29 % weniger/unzufrieden), und die „Schnelligkeit bei der Bearbeitung von Vorgängen“ (18 % vollkommen/sehr zufrieden, 49 % zufrieden und 33 % weniger/unzufrieden) ab. Jeder dritte meint also, dass die Polizei zu langsam arbeitet. Ein Vergleich mit den anderen Institutionen bzw. Branchen ist zumindest bei zwei Fragen zulässig. Bei „Freundlichkeit am Telefon“ schneidet die Polizei (50 % vollkommen/sehr zufrieden, 10 % weniger/unzufrieden) erwartungsgemäß schlechter ab als alle privaten Branchen wie z. B. Versandhäuser (78 % vollkommen/sehr zufrieden, 2 % weniger/unzufrieden), die im Wettbewerb um Kunden mit anderen Firmen stehen. Unter den öffentlichen Einrichtungen liegt die Polizei aber vor Stadt- und Kreisverwaltungen (35 % vollkommen/sehr zufrieden, 11 % weniger/unzufrieden) und Deutscher Bahn (37 % vollkommen/sehr zufrieden, weniger/unzufrieden: 16 %). Das Ergebnis für die Polizei ist somit zwar nicht schlecht, im Interesse einer erfolgreichen Kriminalitätskontrolle und bürgernahen Serviceleistung aber durchaus noch verbesserungsfähig. Ähnlich sieht es bei der Frage zur „Erledigung des Anliegens am Telefon“ aus: Hier fällt der Anteil der Enttäuschten (weniger/unzufrieden) bei der Polizei mit 16 % höher aus, ist aber immer noch deutlich niedriger als bei den Stadt- und Kreisverwaltungen mit 25 %.

3.2.2 Bürgerfreundlichkeit

Einzelne der in den folgenden Abschnitten enthaltenen Fragen wurden inzwischen auch in verschiedenen örtlichen bzw. regionalen Erhebungen gestellt, so z. B. in der von der Forschungsgruppe des Landeskriminalamtes Hamburg durchgeführten kriminologischen Regionalanalyse Hamburg-Altona. Dort erhielten die Statements „Ohne Polizei geht es nicht“ und „Im allgemeinen sind die meisten Polizisten freundlich“ den höchsten Zuspruch. Den Thesen „Im großen und ganzen leistet die Polizei in Altona gute Arbeit“ und „Der Spruch: ‚Die Polizei, Dein Freund und Helfer‘ ist durchaus berechtigt“ stimmten vor allem ältere Menschen ab 55 Jahren zu.¹⁹ Eine Repräsentativbefragung von 1 660 Einwohnern Bochums ergab 1999, dass jeweils mindestens vier von fünf Befragten den typischen Bochumer Polizeibeamten für „hilfsbereit“ oder

¹⁹ Ingeborg Legge 1994, S. 188–189.

„eher hilfsbereit“, für „kompetent“ oder „eher kompetent“ und für „höflich“ oder „eher höflich“ einschätzen.²⁰

Im Rahmen dieser erneuten Erhebung des Bundeskriminalamtes war es nicht wie in der gemeinsamen BKA/MPI-Untersuchung von 1990 möglich, die Bevölkerung nach konkreten eigenen Erfahrungen bei Polizeikontakten zu befragen.²¹ Dazu liegen ohnehin schon eine Reihe anderer Untersuchungsergebnisse vor, so z. B. von Kürzinger²², Murck²³ oder Hermanutz²⁴. Weiterführend zu dieser Thematik ist ferner z. B. auf Feltes (Effektivität polizeilichen Handelns)²⁵, Schüller (Bild der Polizei in der Öffentlichkeit)²⁶ oder Steffen (Polizeiliches Alltagshandeln)²⁷ zu verweisen.

Das Bundeskriminalamt hat im Herbst 1998 eine Frage wiederholt, die es bereits (auch jeweils im Herbst) 1994 sowie zusammen mit dem MPI 1990 der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands und nur in den neuen Ländern zusätzlich 1991 gleichlautend gestellt hatte:

Tabelle 4:

Frage: Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie dem Standpunkt zustimmen: „Im allgemeinen sind heute die meisten Polizisten freundlich und verständnisvoll“

(Ost)

stimme zu (in% der Befragten)	1990		1991	1994	1998
	vor Wende	nach Wende			
(1) voll und ganz	11	24	16	21	17
(2) eher ja	30	55	54	56	62
(3) eher nein	42	17	25	18	16
(4) überhaupt nicht	17	3	3	4	2
Durchschnitt (1) bis (4)	2,7	2	2,1	2	2
n	4999	4999	4600	2034	2064

20 Hans Dieter Schwind, Lehrstuhl für Kriminologie, Strafvollzug und Kriminalpolitik; Pressekonferenz zum Ansehen der Polizei . Langfassung für die anwesenden Pressevertreter, Bochum 2000, S. 3

21 Uwe Dörmann 1992, S. 327–333.

22 J. Kürzinger 1987.

23 Manfred Murck 1989, S. 27–30, ders. 1992, S. 16–18, ders. 1994, S. 450–452.

24 Max Hermanutz 1995/2, S. 281–287.

25 Thomas Feltes 1990/1, S. 301–309, sowie ders. 1997.

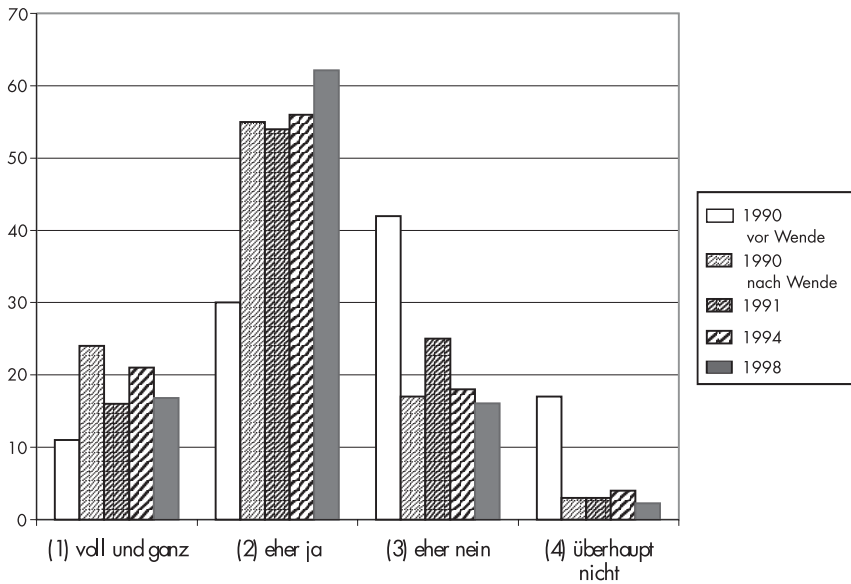
26 A. Schüller 1990, S. 293–300.

27 Wiebke Steffen 1990, S. 32–38.

Grafik 4:

**„Polizisten freundlich und verständnisvoll“
(Ost)**

(„stimme zu“ in % der Befragten)



Im Osten sollten die Befragten 1990 ihr Urteil sowohl für die Zeit vor der Wende (1989) als auch nach der Wende gesondert abgeben. Nach der Wende hatte es im Osten einen geradezu dramatischen Umschwung zu einer weitaus positiveren Einschätzung der Bürgerfreundlichkeit der Polizei gegeben. Das Nachwende-Niveau konnte seitdem unter gewissen Schwankungen im wesentlichen gehalten werden (Durchschnittsbewertung vor der Wende 2,7 (= eher nicht bürgerfreundlich) und nach der Wende bis 1998: 2 = Bürgerfreundlichkeit eher ja).

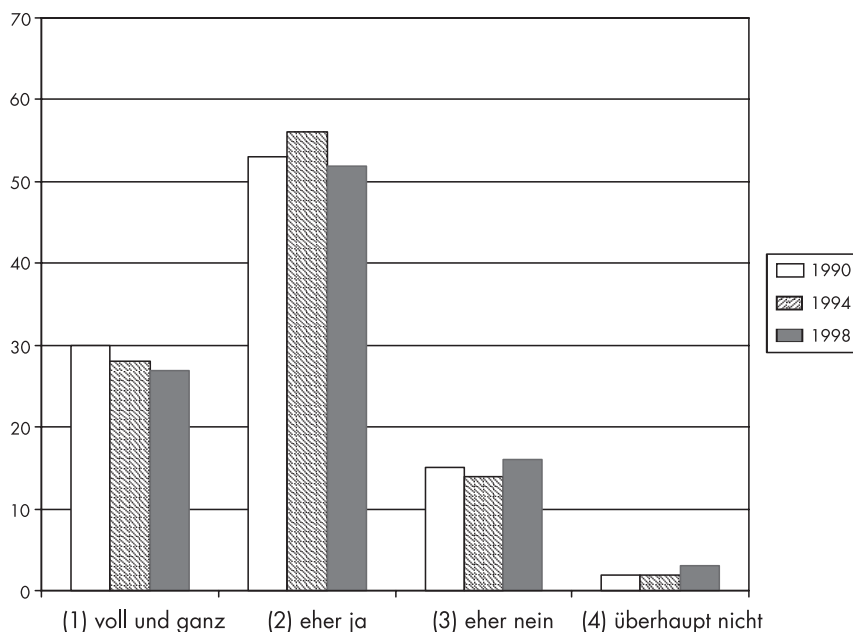
Tabelle 5:

Frage: Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie dem Standpunkt zustimmen: „Im allgemeinen sind heute die meisten Polizisten freundlich und verständnisvoll“ (West)

stimme zu (in% der Befragten)	1990	1994	1998
(1) voll und ganz	30	28	27
(2) eher ja	53	56	52
(3) eher nein	15	14	16
(4) überhaupt nicht	2	2	3
Durchschnitt (1) bis (4)	1,9	1,9	2
n	2027	1994	2023

Grafik 5:

„Polizisten freundlich und verständnisvoll“ (West)
 („stimme zu“ in % der Befragten)



Im Westen hat sich die Bewertung in den 90er Jahren leicht verschlechtert. Immer noch halten hier aber vier von fünf der Befragten die Polizei für bürgerfreundlich und mehr als ein Viertel „voll und ganz“. Nur bei der Kategorie „voll und ganz“ schneidet die Polizei im Westen nach dem Urteil der Bevöl-

kerung 1998 besser ab als im Osten. Bei den negativen Bewertungen (eher nein/überhaupt nicht) gibt es dagegen keinen signifikanten Unterschied. Die jungen Befragten unter 21 Jahren stehen der Polizei besonders kritisch gegenüber: 34,9% halten die meisten Polizisten eher nicht für freundlich und verständnisvoll und 6,5% überhaupt nicht. Demgegenüber findet die Polizei bei den älteren Menschen ab 60 besonders große Sympathie: Nur 5,6% sagen hier „eher nicht“ und nur 2,1% „überhaupt nicht“. Frauen bewerten die Polizei noch etwas besser als Männer. Personen mit Abitur urteilen kritischer (20% stimmen „voll und ganz“, 51,0% „eher“ zu) als Befragte ohne weiterführende Schulbildung (höchstens Hauptschulabschluss: 29,4% „voll und ganz“, 54,1% „eher“ zustimmend). Der Anteil derjenigen, die überhaupt nicht zustimmen, ist aber bei Befragten mit Abitur (2,7%) nicht größer als im Durchschnitt (2,9%).

Stärkere Unterschiede finden sich bei den verschiedenen Parteipräferenzgruppen: Am meisten wird die These „die meisten Polizisten sind freundlich und verständnisvoll“ von Anhängern der CDU/CSU (83,8%, darunter 29,7% „voll und ganz“), der SPD (80,2%, darunter 26,6% „voll und ganz“) und der FDP (75,3%, darunter 27,8% „voll und ganz“) befürwortet. Immer noch eine weit überwiegende Zustimmung, aber doch schon eine etwas größere Distanz, findet sich bei den Sympathisanten von Bündnis 90/Die Grünen (75,3%, darunter 16,4% „voll und ganz“), und noch etwas ausgeprägter der PDS (72,5%, darunter 12,2% „voll und ganz“). Völlig anderer Meinung („stimme überhaupt nicht zu“) ist ein weit über dem Durchschnitt (2,2%) liegender Anteil von Anhängern der Republikaner (11,9%, nicht signifikant) und anderer nicht im Bundestag verteilter Parteien (15,7%, nicht signifikant), was mit allgemeinen politischen Auffassungen, aber auch mit häufigeren Konflikten mit der Polizei zusammenhängen könnte.

Im Ländervergleich wird die Bürgerfreundlichkeit in Berlin (22,3% eher nicht, 5,8% überhaupt nicht) und, wohl bewirkt durch den Stadtstaat Hamburg, in Schleswig-Holstein/Hamburg (24,1% eher nicht, 1,3% überhaupt nicht) am negativsten beurteilt, besonders positiv dagegen in Thüringen (11,9% eher nicht, 1,5% überhaupt nicht) und in Baden-Württemberg (12,3% eher nicht, 1,4% überhaupt nicht). Den größten Anteil der „voll und ganz“ zustimmenden Befragten weist mit Abstand Baden-Württemberg auf (35,8% gegenüber 24,8% im Bundesdurchschnitt). Für alle Regionen und Bevölkerungsgruppen gilt, dass die Polizei überwiegend als freundlich und verständnisvoll erscheint. Auch wenn das Ausmaß der Zustimmung 1998 gegenüber 1994 geringfügig gesunken ist, bleibt die Akzeptanz der deutschen Polizei auch im internationalen Vergleich relativ gut.

Dies wird auch bei der These „**Die Polizei, Dein Freund und Helfer**“ deutlich, der 1998 mehr als drei Viertel der weiblichen Befragten unter 35 Jahren (76,7%) und ab 35 Jahren (78,5%) sowie zwei Drittel der männlichen Befragten ab 35 Jahren (67,8%) „voll und ganz“ oder zumindest „eher“ zustimmen, allerdings nur die Hälfte der männlichen Befragten unter 35 Jahren (50,1%).

3.2.3 Distanz zur Polizei

Als Gegenstimulus zum Spruch „Die Polizei, Dein Freund und Helfer“ wurde bereits in früheren Untersuchungen die Behauptung zur Stellungnahme vorgelegt: „Die meisten Leute sind froh, wenn sie von der Polizei nichts sehen und nichts hören.“ Die Ergebnisse im Vergleich Ost/West und in der Entwicklung seit 1990 (für den Osten wurde zusätzlich nach der Zeit vor der Wende gefragt) zeigt die nachstehende Tabelle.

Tabelle 6:

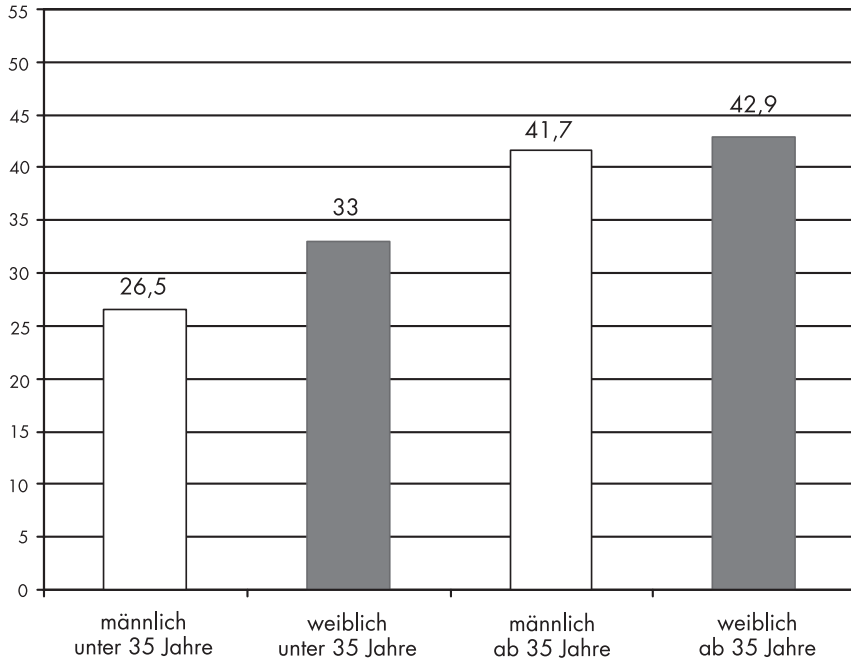
Die meisten Leute sind froh, wenn sie von der Polizei nichts sehen und nichts hören

stimme zu (in % der Befragten)	Ost				West		
	1990		1994	1998	1990	1994	1998
	vor Wende	nach Wende					
(1) voll und ganz	40	19	22	19	28	27	23
(2) eher ja	35	39	32	37	40	42	37
(3) eher nein	20	32	32	33	24	24	31
(4) überhaupt nicht	5	9	13	10	7	6	6
Durchschnitt (1) bis (4)	1,9	2,3	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2
n	4999	4999	2034	830	2027	1994	3257

Die Befragten in den neuen Ländern mit Ost-Berlin gaben für die Zeit vor der Wende eine große Distanz zur Polizei zu erkennen, mit der damals offenbar drei Viertel lieber nichts zu schaffen haben wollten. Nach der Wende vollzog sich ein erheblicher Wandel. Der Distanz-These schloß sich nun sogar ein geringerer Anteil der Befragten an, als dies im Westen der Fall war. Auch für 1994 galt noch, dass im Osten erheblich und signifikant mehr Befragte die Distanz-These ablehnten als im Westen. Im Westen waren zwar von 1990 bis 1994 keine signifikanten Änderungen festzustellen. 1998 jedoch hat sich dort die Distanz zur Polizei verringert: „Nur“ noch 60 % stimmen der These zu, dass die meisten Leute froh sind, wenn sie von der Polizei nichts sehen und nichts hören (1994 waren es noch 69 %). Im Osten hat sich die Einstellung zu diesem Item der im Westen angenähert: 56 % akzeptieren 1998 die Distanz-These. „Voll und ganz“ stimmen im Westen (22 %) wie im Osten (19 %) jedoch nur Minderheiten zu.

Grafik 6:

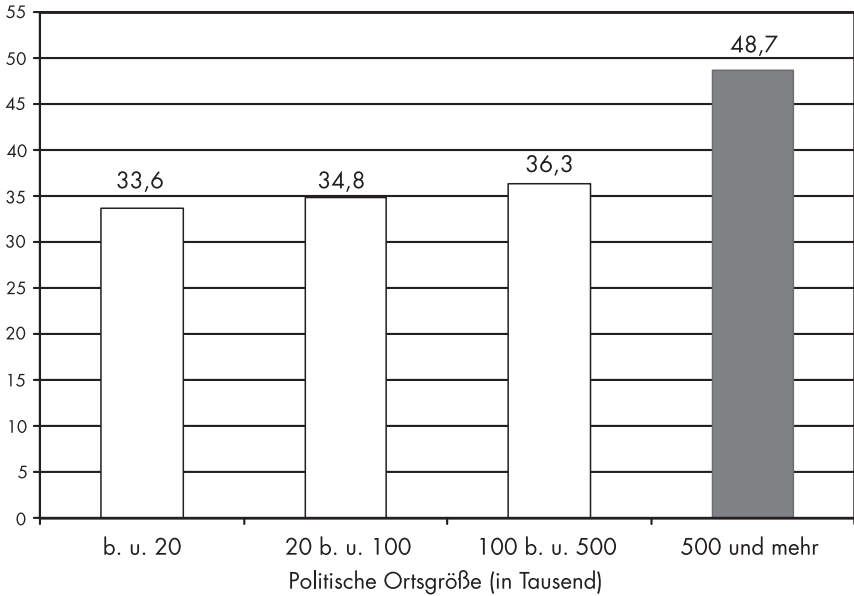
**Die meisten Leute sind froh, wenn sie von der Polizei nichts sehen und nichts hören:
„Trifft eher nicht oder überhaupt nicht zu“**
(Antworten in % der Befragten)



Männliche Befragte unter 35 Jahren (70 %; 30 % „voll und ganz“) stimmen der Distanz-These signifikant häufiger zu als die älteren Männer und die weiblichen Befragten. Unter den Anhängern der politischen Parteien findet die Distanz-These bei denen der Republikaner die häufigste Zustimmung (70 %, aber zu kleine absolute Anzahl von Befragten), die übrigen Parteien liegen nahe beim Durchschnitt.

Grafik 7:

**Die meisten Leute sind froh, wenn sie von der Polizei nichts sehen und nichts hören:
„Trifft eher nicht oder überhaupt nicht zu“**
(Antworten in % der Befragten)



Im Vergleich der Gemeindegrößenklassen findet sich in den Großstädten ab 500.000 Einwohner eine geringere Zustimmung zur Distanzthese (ca. 50 %) als in den Gemeinden unter 100.000 Einwohner (ca. 65 %), wo der Schutz durch die Polizei offenbar weniger dringlich benötigt wird. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind nicht signifikant. Wer mehrere Personen mit Rauschgifterfahrung persönlich kennt, stimmt der Distanz-These signifikant häufiger zu, nämlich zu 75,4 % im Vergleich zu 58,5 % derer, die niemanden kennen.

Nicht überraschen kann, dass Personen, die von der Freundlichkeit der Polizei nicht überzeugt sind, der Distanz-These besonders stark zuneigen (79,2 %), ebenso diejenigen, die die polizeiliche Verbrechensbekämpfung als „schlecht“ bewerten (88,2 % für Distanz-These). Erstaunlicher erscheint dafür auf den ersten Blick bei einer Verknüpfung der Ergebnisse zu den Thesen „Die Polizei, Dein Freund und Helfer“ und „... lieber nichts von der Polizei sehen oder hören“, dass dann eine knappe Mehrheit der Befragten (53,3 %) jeweils beiden, eigentlich gegensätzlichen Thesen zustimmt. Diese scheinbar widersprüchliche Einstellung, die Kerner bereits 1980 aufzeigte²⁸, lässt sich wohl so auflösen: Man hat zwar nicht gern mit der Polizei zu tun, weil offizielle Kontakte meist in unangenehmen Lebenssituationen geschehen. Aber wenn man

²⁸ Hans-Jürgen Kerner 1980, S. 239–245.

in Gefahr gerät, dann ist die Polizei oft die einzige Instanz, von der Hilfe zu erwarten ist.

3.2.4 Qualität der Polizeiarbeit

Bei den polizeibezogenen Fragen ging es bislang höchstens indirekt um Leistung und Erfolg der Polizei in Bezug auf Verbrechensbekämpfung. Deshalb schloss sich eine Frage zur Qualität der Polizeiarbeit an.²⁹

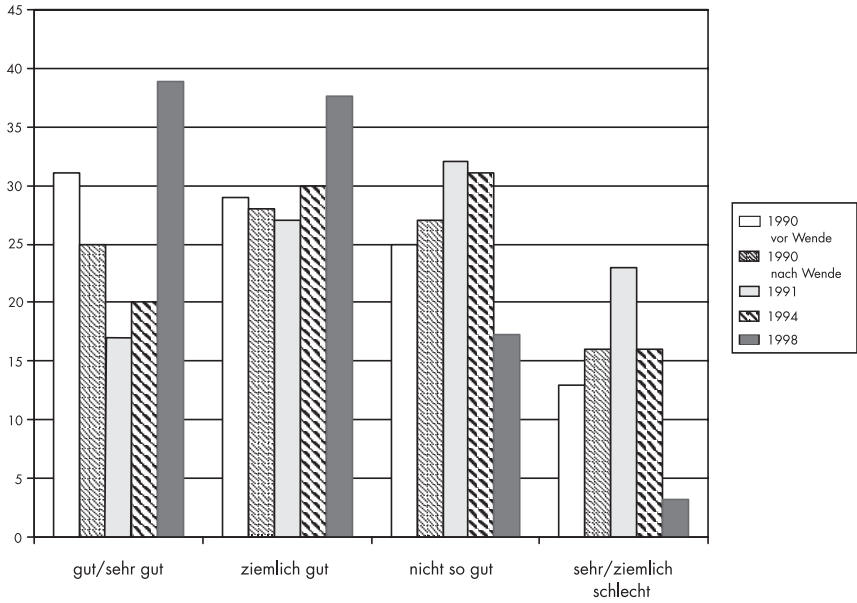
Tabelle 7:

Die örtliche Polizei macht ihre Sache ...
(Ost)

Antworten (in % der Befragten)	1990		1991	1994	1998
	vor Wende	nach Wende			
(1) sehr gut	5	3	2	2	5
(2) gut	26	22	15	18	34
(3) ziemlich gut	29	28	27	30	38
(4) nicht so gut	25	27	32	31	17
(5) ziemlich schlecht	8	11	15	11	3
(6) sehr schlecht	5	5	8	5	0
Durchschnitt (1) bis (6)	3,2	3,4	3,6	3,5	2,8
n	4999	4999	4600	2034	2064

²⁹ In dieser Erhebung konnte nicht danach differenziert werden, ob die Befragten konkrete Polizeikontakte hatten und somit aus eigener Erfahrung berichteten oder nicht. Schwind (2000, S. 5) hatte 1999 in Bochum die Antworten von Personen gesondert ausgewertet, die bei der Polizei Anzeige erstattet hatten. Dabei zeigte sich, dass die „Polizeierfahrenen“ die Bochumer Polizei ähnlich beurteilten wie die übrigen. Außerdem fand Schwind heraus, dass mangelnde Erfolge bei der Täterermittlung von den Opfern dann verziehen würden, wenn sie den Eindruck hätten, dass die Polizei jedenfalls alles versucht habe, um die Tat aufzuklären. Ein weiteres Ergebnis war, dass Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht häufiger negative Kontakte mit der Polizei hatten als Deutsche und dass sie ferner das Verhalten der Polizei nicht anders bewerteten als die Deutschen (Schwind 2000, S. 7).

Grafik 8:
Die örtliche Polizei macht ihre Sache ...
(Ost)



Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Polizei war nach der Wende und in den Folgejahren im Osten außerordentlich stark gesunken. 1998 zeigt sich aber ein völlig verändertes Bild. Die Leistungsbeurteilung hat sich ganz entscheidend verbessert und fällt jetzt sogar noch deutlich besser aus als für die Polizei der DDR vor der Wende. Sehr stark zugenommen haben die positiven Urteile „sehr gut“ und „gut“: 1998 sagten das 39% der Befragten (1994: 20%, 1991: 17%). Nur 3% der Befragten (1994: 11%, 1991: 15%) urteilten „ziemlich schlecht“, und die Kategorie „sehr schlecht“ wurde gar nicht mehr angegeben (1994 von 5%, 1991 von 8%).

Wie die folgende Tabelle 8 zeigt, hat sich 1998 aber auch im Westen nach Ansicht der Befragten die Qualität der polizeilichen Arbeit gegenüber 1994 verbessert und damit ungefähr wieder das Niveau von 1990 erreicht.

Tabelle 8:

Die örtliche Polizei macht ihre Sache ...

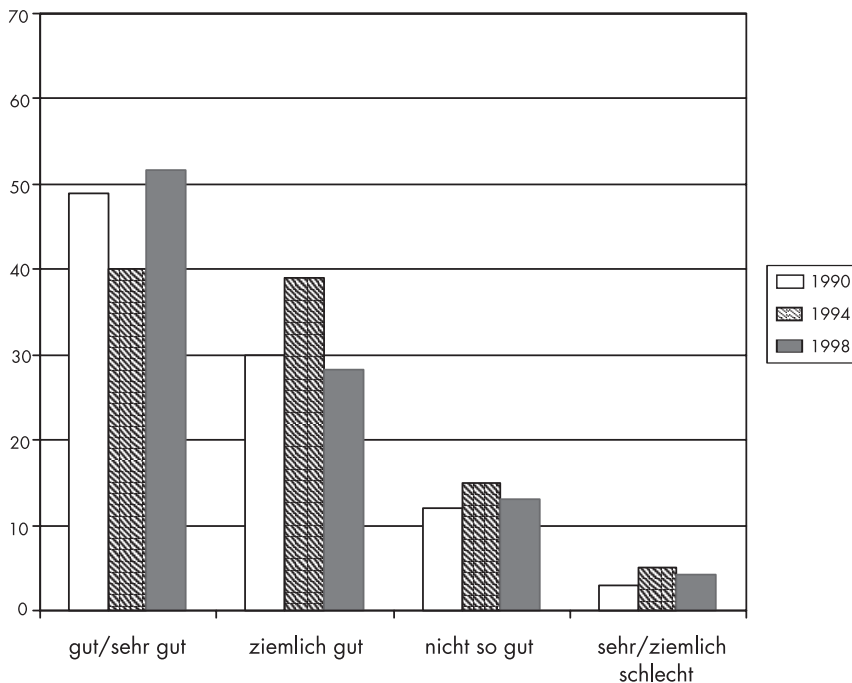
(West)

Antworten (in % der Befragten)	1990	1994	1998
(1) sehr gut	7	5	10
(2) gut	42	35	42
(3) ziemlich gut	30	39	28
(4) nicht so gut	12	15	13
(5) ziemlich schlecht	2	4	3
(6) sehr schlecht	1	1	1
Durchschnitt (1) bis (6)	2,6	2,8	2,6
n	2027	1994	2023

Grafik 9:

Die örtliche Polizei macht ihre Sache ...

(West)



Immer noch wird die Polizei im Westen (52 %: gut oder sehr gut) besser beurteilt als im Osten (39 %). Der Abstand hat sich 1998 aber erheblich verringert. Die Wertschätzung der polizeilichen Arbeit steigt in Deutschland insgesamt mit dem Lebensalter. Während nur jeder vierte unter 21-Jährige (27,2 %) die Polizei mit „gut“ oder „sehr gut“ (letzteres 1,8 %) bewertet, sind es bei den ab 60-Jährigen zwei Drittel (67,4 %, darunter 14,0 % „sehr gut“). Frauen (52,5 % „gut“ oder „sehr gut“) urteilen positiver als Männer (45,4 % „gut“ oder „sehr gut“). Unterschiede ergeben sich auch bei der Parteipräferenz. Die höchsten Anteile negativer Beurteilungen („ziemlich schlecht“ bis „sehr schlecht“) finden sich bei den Anhängern von PDS (28,5 %), Bündnis 90/Die Grünen (28,3 %), Republikanern (26,8 %; nicht signifikant) und sonstigen nicht im Bundestag vertretenen Parteien (25,2 %; nicht signifikant). Bei den Anhängern der CDU/CSU (10,6 %), von FDP (11,8 %) und SPD (18,0 %) sind diese Anteile deutlich niedriger. Hierbei dürften sich Unterschiede in der Alters-, Bildungs- und Sozialstruktur ebenso niederschlagen wie in der Distanz zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Im Ländervergleich fällt das Urteil über die polizeiliche Arbeit besonders in Baden-Württemberg (9,8 % negative Urteile: „nicht so gut“, „ziemlich schlecht“ und „sehr schlecht“) und Bayern (12,5 %) besser als im Durchschnitt (18,0 %) aus, ungünstiger dagegen vor allem in Westberlin (42,4 % negative Urteile; statistisch aber nicht signifikant), Schleswig-Holstein/Hamburg (26,1 %), Ostberlin (25,3 %), Thüringen (23,5 %) und Sachsen (22,9 %). Hierbei handelt es sich um die subjektive Einschätzung der Bevölkerung, die wohl auch mit der vermuteten Kriminalitätslage zusammenhängen dürfte. So wirkt sich anscheinend die besondere Kriminalitätsbelastung in den großen Stadtstaaten aus. Diese subjektive Bewertung ist nicht mit einer Aussage über die tatsächliche Leistungsstärke der Polizei gleichzusetzen.

3.3 Sicherheitsgefühl

3.3.1 Erhebungen zum Bedrohtheitsgefühl

Wie schon bei der Bewertung der Polizei scheinen die Umfrageergebnisse auch beim Aspekt Kriminalitätsfurcht widersprüchlich zu sein. So stellte das Institut für Demoskopie Allensbach 1992 fest, dass in einer Sorgenrangliste in den neuen Ländern die „Zunahme der Kriminalität“ den ersten Rang einnahm (64 % der Befragten), in den alten Ländern dagegen den dritten Rang (39 %).³⁰

Als dasselbe Institut 1994 nach den wichtigsten Aufgaben des Staates fragte, entschieden sich 24 % der Befragten in Westdeutschland und 26 % in Ostdeutschland für die Kriminalitätsbekämpfung bzw. den Schutz nach innen als wichtigste Aufgabe und damit auf Rang 2 gleich nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit 32 % im Westen und 43 % im Osten. Erst danach

30 Institut für Demoskopie Allensbach: Graphik „Sorgen der Bürger“. In: FAZ Nr. 84 vom 08. 04. 1992, S. 4.

(keine Mehrfachnennung) folgten die weiteren Aufgaben wie Friedenssicherung, Rentensicherung usw. mit großem Abstand.³¹ Auf die Frage, wovon Deutschlands Zukunft abhängt (Mehrfachnennungen), antworteten 1996 89 % der Befragten vom Rückgang der Arbeitslosigkeit, 70 % von einem Wirtschaftsaufschwung in den neuen Bundesländern und dann schon 69 % (im Westen 69 %, im Osten 70 %) von der wirksamen Bekämpfung der Verbrechen, ebenfalls 69 % von der Friedenssicherung in der Welt und 64 % von einer geringeren Verschuldung. Neben den sozio-ökonomischen Argumenten Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsaufschwung wurden also am häufigsten die innere und die äußere Sicherheit genannt. Alle weiteren Punkte folgen dann erst mit großem Abstand.³²

Demgegenüber stellte das „R+V-Infocenter für Sicherheit und Vorsorge“, das über 3.500 deutsche Bürger zwischen 16 und 69 Jahren jährlich nach ihren Ängsten befragen lässt, auch schon für die gleichen Jahre wie oben Allensbach und jetzt wiederum für 1998 kaum verändert fest, dass unter den Ängsten der Deutschen Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten – trotz der zur Befragungszeit beachtlichen Preisstabilität – weiterhin jeweils die größten Sorgen bereiteten, gefolgt von „Problemen im Zusammenhang mit politischem Extremismus“ und dem „Zuzug von Ausländern und Asylbewerbern“, obwohl die Zahl der Asylbewerber seit 1993 deutlich rückläufig und auch der Bevölkerungsanteil von Ausländern insgesamt seitdem gesunken ist. Die Angst, Opfer einer Straftat zu werden, spielte in dieser Erhebung dagegen nach wie vor eine geringere Rolle.³³

Dieses im Vergleich zu den vorher zitierten, zum Teil zeitgleichen Umfragen von Allensbach auf den ersten Blick widersprüchliche Ergebnis ist somit nicht durch den Zeitablauf bzw. neuere gesellschaftliche Entwicklungen zu erklären. Entscheidend sind wohl unterschiedliche Fragestellungen.³⁴ Die Abstände auf der Angstskala in der R+V-Erhebung z. B. zwischen „eigener Arbeitslosigkeit“ und „Opfer einer Straftat“ sind zudem nicht sehr groß. Schon daraus lässt sich schließen, dass es sich bei den verschiedenen geäußerten Ängsten zum Teil um Ausdrucksformen eines allgemeinen Angstsyndroms handelt, das unabhängig vom Ausmaß der tatsächlichen Bedrohung besteht, von sich ändernden Tendenzen im Sozialklima allerdings beeinflusst wird. Der unter Federführung von ZUMA im Herbst 1998 zum siebten Male durchgeführte Wohlfahrtssurvey enthält wie schon der vorherige im Jahre 1993 auch einzelne Fragen zum Sicherheitsgefühl. Diese ungefähr zeitgleich mit der vorliegenden Erhebung des BKA, aber von einem anderen Institut durchgeführte Umfrage bietet somit gute Vergleichsmöglichkeiten zu den eigenen Ergebnissen. Die Autoren ziehen das Fazit, „dass alle hier betrachteten subjektiven Indikatoren darauf hindeuten, dass die Bürger der öffentlichen Si-

31 Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher 1997, S. 732.

32 Ebd., S. 18.

33 R+V-Infocenter für Sicherheit und Vorsorge 1998.

34 Vgl. dazu Wolfgang Heinz und Gerhard Spiess: Kriminalitätsfurcht – Befunde aus neuen Repräsentativbefragungen. Unveröffentlichtes Manuskript. Konstanz 2000, S. 43.

cherheit in der Bundesrepublik im Herbst 1998 ein ungleich besseres Zeugnis ausstellen als 1993.“³⁵ Trotz diesem mit den BKA-Ergebnissen übereinstimmenden Trend konstatieren die Autoren, dass die Bürger sich auch 1998 durch Kriminalität beeinträchtigt fühlen und dass die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit verglichen mit anderen Aspekten der Lebensverhältnisse ausgesprochen niedrig ist. Während sich in Westdeutschland fast die Hälfte der Befragten vor Kriminalität „voll und ganz“ oder „eher“ geschützt sieht, sind es in Ostdeutschland nur 29 Prozent.³⁶ „In Ostdeutschland steht der Schutz vor Kriminalität 1998 damit an sechster und in Westdeutschland an vierter Stelle in der Rangfolge nach Wichtigkeit von Lebensbereichen, in Westdeutschland noch vor der Arbeit und dem Einkommen.“³⁷

3.3.2 Sicherheit der Wohngegend

Der Aspekt des Sicherheitsgefühls soll mit den folgenden Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und eingekreist werden. Zunächst wird als Grundfrage die Einschätzung der Sicherheit der „eigenen Gegend“ erhoben. Der Befragte soll also nicht die allgemeine Sicherheitslage in der Stadt oder gar im ganzen Land beurteilen. Dies würde im wesentlichen wohl auf die Wiedergabe seiner Medieneindrücke hinauslaufen. Stattdessen geht es um seinen Wohnbereich bzw. die Gegend innerhalb seines normalen Aktionsradius, die er aus eigener Anschauung somit besser einschätzen kann. Diejenigen, die ihre Gegend nicht für „sehr sicher“ halten, werden dann nach den Gründen für ihre Unsicherheit gefragt. Die Grundfrage taucht dann wieder auf, wenn um eine Stellungnahme gebeten wird, wie sich nach Einschätzung der (nun wieder aller) Befragten die Sicherheitslage in der eigenen Gegend bei vermehrten polizeilichen Streifen oder bei privater Streifentätigkeit entwickeln würde. Eine weitere Frage zum Sicherheitsgefühl bezieht sich auf die Situation „nachts draußen allein“ in der eigenen Gegend, eine auch im Ausland beliebte Kategorie zur Bestimmung von mehr vagen Angstgefühlen. Ferner wird aber auch nach einer Abschätzung ganz konkreter Risiken wie der geschätzten Wahrscheinlichkeit, innerhalb der nächsten zwölf Monate Opfer eines Straßenraubs oder Taschendiebstahls, einer Anpöbeleien oder eines Wohnungseinbruchs zu werden. Nun zurück zur Grundfrage:

35 Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, 1999, S. 5. In der Rangfolge der Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen erreicht die „öffentliche Sicherheit“ nach dem Wohlfahrtsurvey 1998 einen Wert von 5,9 der von 0 bis 10 reichenden Skala und in Ostdeutschland nur einen Wert von 5,1. Mit Ausnahme der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung und mit der Kirche schnitten alle anderen Lebensbereiche günstiger ab als die öffentliche Sicherheit.

36 Ebd., S. 2.

37 Ebd., S. 1.

Tabelle 9:

Für wie sicher schätzen Sie Ihre Gegend ein?

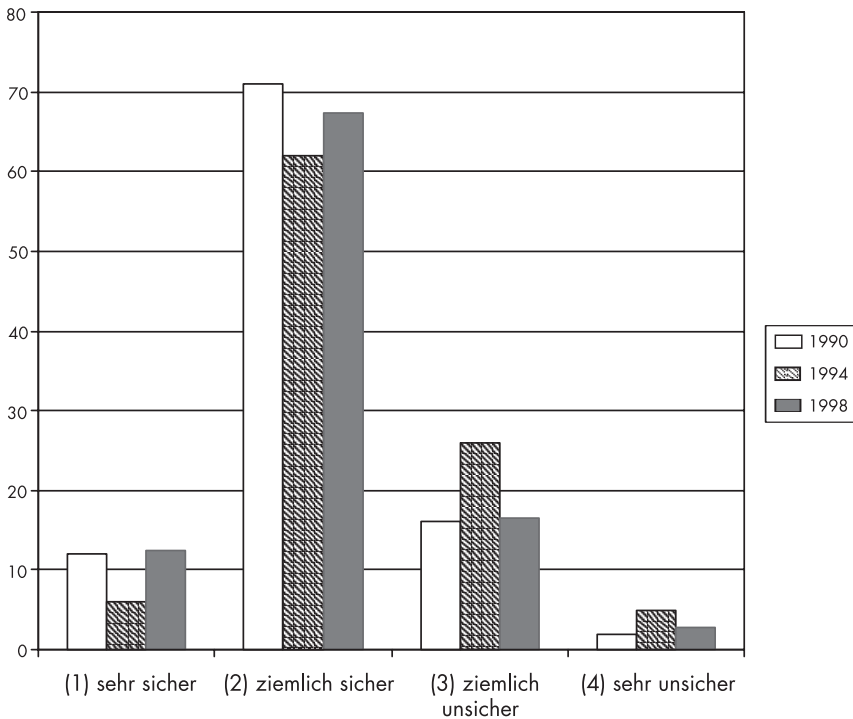
Antworten (in % der Befragten)	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
(1) sehr sicher	12	6	13	14	11	19
(2) ziemlich sicher	71	62	67	73	70	64
(3) ziemlich unsicher	16	26	17	12	17	14
(4) sehr unsicher	2	5	3	1	2	1
n	4979	2034	2064	2024	1994	2023

Grafik 10:

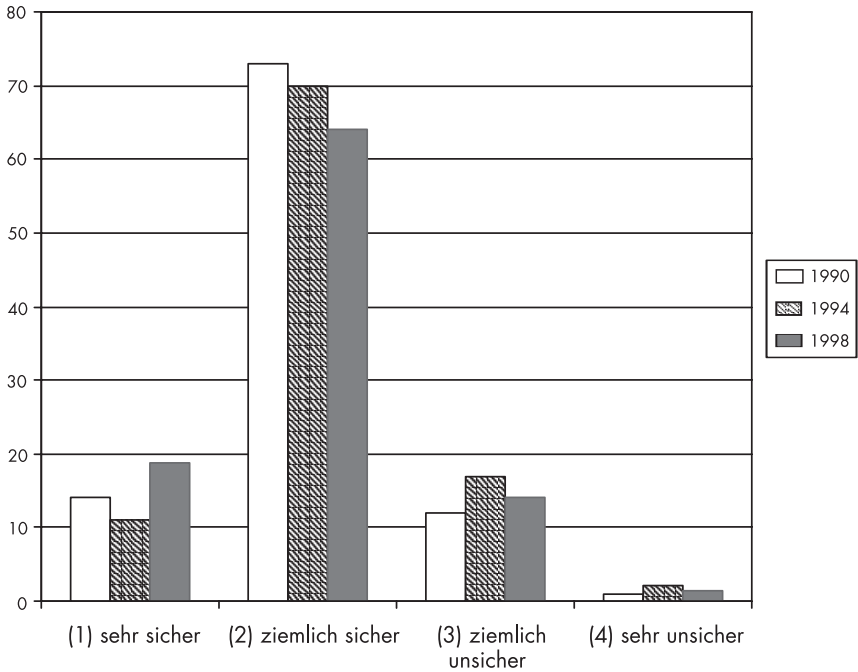
Für wie sicher schätzen Sie Ihre Gegend ein?

(Ost)

(Antworten in % der Befragten)



Grafik 11:
Für wie sicher schätzen Sie Ihre Gegend ein?
(West)
 (Antworten in % der Befragten)



Das Sicherheitsgefühl war 1994 im Osten auf einen Tiefstand abgestürzt. 1998 hat sich die Situation erheblich gebessert. Es wurde wieder etwa das Niveau von 1990 erreicht. Auch im Westen hat sich das Sicherheitsgefühl gegenüber 1994 klar verbessert. Die Kategorie „sehr sicher“ wird im Westen nach wie vor häufiger gewählt als im Osten. Die übrigen Unterschiede sind dagegen nur noch gering.

Im Wohlfahrtssurvey 1998 halten 79 % der Westdeutschen und 68 % der Ostdeutschen ihre Wohngegend für „sicher“ oder „sehr sicher“. Frauen (71 % West, 60 % Ost) und ältere Menschen ab 60 Jahre (71 % West, 54 % Ost) sind davon seltener überzeugt als der Durchschnitt.³⁸ Die Formulierung der BKA-Umfrage wich insofern leicht ab, dass nach „ziemlich sicher“ statt nach „sicher“ sowie nach „Ihrer Gegend“ statt nach „Ihrer Wohngegend“ gefragt wurde. Dies führte zu besonders im Osten deutlich vom Wohlfahrtssurvey

³⁸ Noll und Weick 1999, S. 4. Abgesehen von den leichten Abweichungen in der Fragenformulierung könnte für die unterschiedlichen Ergebnisse auch eine Rolle spielen, dass die Erhebungen von verschiedenen Instituten durchgeführt wurden und sich deren Erhebungsdesign unterscheidet, z. B. hinsichtlich der Stichprobengrößenverhältnisse Ost-West.

abweichenden Ergebnissen: 82,8 % „sehr“ oder „ziemlich sicher“ im Westen und 79,8 % im Osten (der West-Ost-Unterschied ist nicht signifikant auf dem 5 % – Sicherheitsniveau). Dies zeigt, wie stark sich kleinere Nuancen bei der Fragenformulierung auswirken können. Auch die demographischen Antwortstrukturen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich des Abstandes zwischen Ost und West, der in der BKA-Befragung viel geringer ausfällt. Frauen zeigen sich in der BKA-Befragung hinsichtlich ihrer Gegend nur geringfügig stärker verunsichert als Männer. Bei älteren Menschen ab 60 lässt sich in der BKA-Befragung zudem hinsichtlich der eigenen Gegend keine stärkere Verunsicherung als bei den jüngeren Befragten erkennen.

3.3.3 Gründe für Unsicherheit

Die folgenden Tabellen geben jeweils die einzelnen Gründe für Unsicherheit in der eigenen Gegend wieder. Personen, die zur vorhergehenden Frage mit „sehr sicher“ geantwortet haben, wurden hierzu nicht befragt. Die Antworten gelten somit nur für ca. 90 % der Befragten im Osten und ca. 80 % im Westen. Diejenigen, die wegen ihrer „sehr sicher“-Angabe bei der Eruiierung der Unsicherheitsgründe ausgeklammert wurden, dürften überwiegend zu dem Personenkreis gehören, der in einer ländlichen oder sonst wenig problematischen Gegend wohnt. Diese bezüglich der Sicherheit günstige Wohnlage trifft aber auch für einen Teil von denen zu, die sich in ihrer Gegend nicht „sehr sicher“ fühlen. Die Gründe für Unsicherheit bei diesem Personenkreis sind vermutlich mehr in Faktoren zu suchen, die nicht mit direkten eigenen Erfahrungen zusammenhängen, wie z. B. in Medienberichten. Diese Personen sind von dem jeweiligen Einzelproblem wie z. B. schlechte Beleuchtung somit gar nicht betroffen. Für alle einzelnen Problembereiche gilt das Nicht-Betroffensein für etwa ein Viertel und unter Einbeziehung der sich „sehr sicher“ Fühlenden für nahezu die Hälfte der Befragten, für die die aufgeführten Probleme nicht bestehen. Ein weiteres Viertel benennt nur wenig gravierende Beeinträchtigungen des Sicherheitsgefühls (Belästigung) durch eigenes Erleben. Etwa ein Viertel der Bevölkerung fühlt sich aber durch mindestens einen der folgenden Faktoren im Sicherheitsgefühl gravierend beeinträchtigt (Beunruhigung oder Angst).

3.3.3.1 Schlechte Beleuchtung

Tabelle 10:

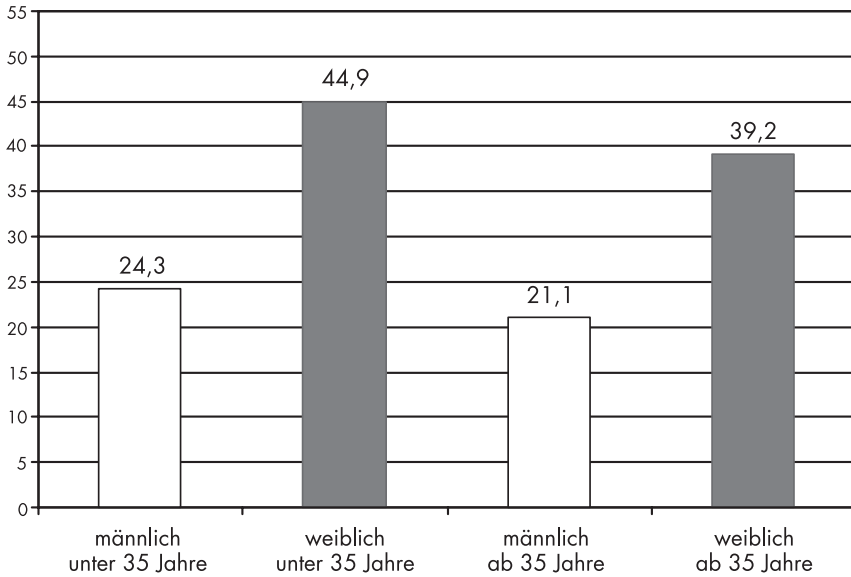
**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Schlechte Beleuchtung, dunkle Ecken**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	28	25	26	21
gibt es zwar, stört mich aber nicht	26	12	33	16
finde ich lästig	22	15	17	22
beunruhigt mich	17	34	19	26
macht richtig Angst	5	14	4	13
keine Angabe	1,9	0,6	1,8	1,7
n	859	946	780	863

Die Hälfte der weiblichen Befragten im Osten (48%) und 39% im Westen sowie mindestens jeder fünfte männliche Befragte insgesamt zeigen sich durch schlechte Beleuchtung oder dunkle Ecken in der eigenen Gegend beunruhigt oder sogar verängstigt (siehe Tabelle 10). Am häufigsten ist dies für die jüngeren Frauen unter 35 Jahren festzustellen, wie Grafik 12 zeigt, am wenigsten für Männer ab 35 Jahren.

Grafik 12:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Schlechte Beleuchtung, dunkle Ecken: „beunruhigt mich und macht richtig Angst“**
(Antworten in % der Befragten)



3.3.3.2 Schmutz, Müll

Tabelle 11:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Schmutz, Müll**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	27	31	36	33
gibt es zwar, stört mich aber nicht	12	8	15	12
finde ich lästig	49	51	35	42
beunruhigt mich	9	8	10	10
macht richtig Angst	1	1	3	3
keine Angabe	1,5	0,7	2,2	1,4
n	859	946	780	863

Schmutz und Müll (siehe Tabelle 11) in der eigenen Gegend wird vor allem im Osten (hier für jeden zweiten, im Westen für zwei von fünf Befragten) als Belästigung empfunden. Etwa jeder zehnte fühlt sich dadurch beunruhigt. Etwa jeder dritte (nicht eingerechnet diejenigen, die sich „sehr sicher“ fühlen) sagt, dass es dies in der eigenen Gegend nicht gebe.

3.3.3.3 Betrunkene, Penner

Tabelle 12:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Betrunkene, Penner**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	31	35	36	35
gibt es zwar, stört mich aber nicht	28	19	28	22
finde ich lästig	26	27	22	25
beunruhigt mich	8	14	8	12
macht richtig Angst	3	4	3	4
keine Angabe	2,8	0,6	2	1,6
n	859	946	780	863

Jeder vierte Befragte fühlt sich durch Betrunkene oder „Penner“ in der eigenen Gegend belästigt (siehe Tabelle 12). Das Sicherheitsgefühl von Frauen wird dadurch stärker beeinträchtigt als das der Männer. Auf etwa jede sechste weibliche Befragte und jeden neunten männlichen wirken Betrunkene in der eigenen Gegend bedrohlich (Beunruhigung oder Angst). Über ein Drittel der Befragten (ohne die sich „sehr sicher“ Fühlenden) kennt das Problem in der eigenen Gegend nicht.

3.3.3.4 Herumlungernde Personen

Tabelle 13:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen? Andere herumlungernde Personen

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	40	45	36	38
gibt es zwar, stört mich aber nicht	22	12	23	19
finde ich lästig	22	21	22	21
beunruhigt mich	10	15	15	16
macht richtig Angst	3	5	2	5
keine Angabe	2,4	1,4	1,9	1,7
n	859	946	780	863

Ähnlich fällt die Reaktion auf andere „herumlungernde“ Personen aus (siehe Tabelle 13), wobei hier der Prozentsatz der beunruhigten oder geängstigten Befragten noch etwas höher als bei den Betrunknen ist. Ein Fünftel der weiblichen Befragten empfindet „herumlungernde“ Personen in der eigenen Gegend als bedrohlich. Andererseits wird hierbei zumindest im Osten noch häufiger angegeben, dass es dieses Phänomen in der eigenen Gegend nicht gibt.

3.3.3.5 Aufdringliches Betteln

Tabelle 14:

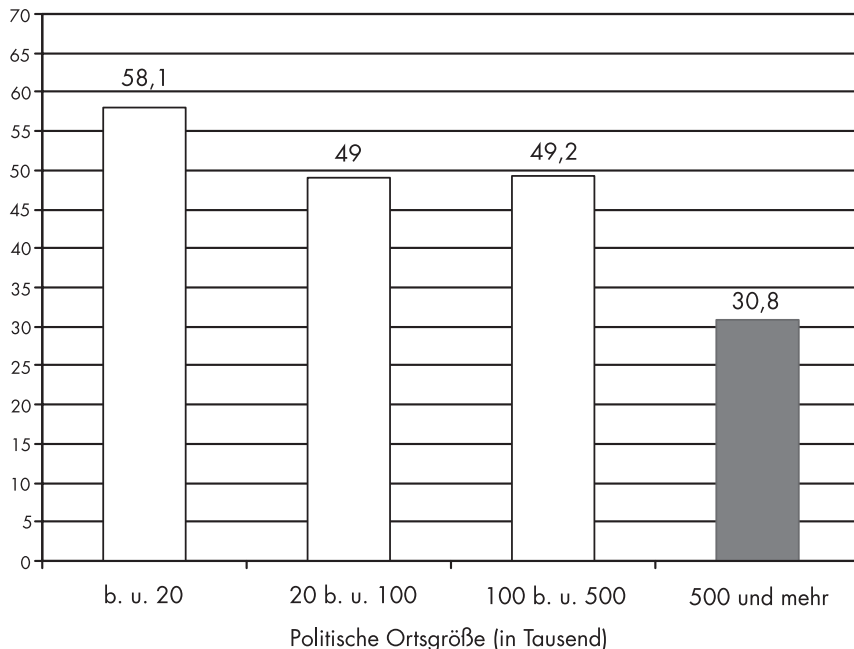
Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen? Aufdringliches Betteln

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	67	67	44	46
gibt es zwar, stört mich aber nicht	7	5	17	14
finde ich lästig	19	20	26	27
beunruhigt mich	3	7	9	9
macht richtig Angst	1	1	2	3
keine Angabe	2,1	1,1	1,9	1,2
n	859	946	780	863

Aufdringliches Betteln in der eigenen Gegend wird im Westen als größeres Problem empfunden als im Osten. Im Westen fühlt sich jeder neunte dadurch beunruhigt oder es macht sogar Angst. Im Osten sind es weniger. Außerdem fühlt sich im Westen dadurch jeder vierte belästigt, im Osten nur jeder fünfte. Im Osten sagen zwei Drittel der Befragten, dass es aufdringliches Betteln in ihrer Gegend nicht gibt, im Westen dagegen weniger als die Hälfte.

Grafik 13:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Aufdringliches Betteln: „gibt es hier nicht“
 (Antworten in % der Befragten)



Aufdringliches Betteln ist vor allem ein Problem in den großen Städten ab 500.000 Einwohner, wie Grafik 13 zeigt.

3.3.3.6 Vandalismus

Tabelle 15:

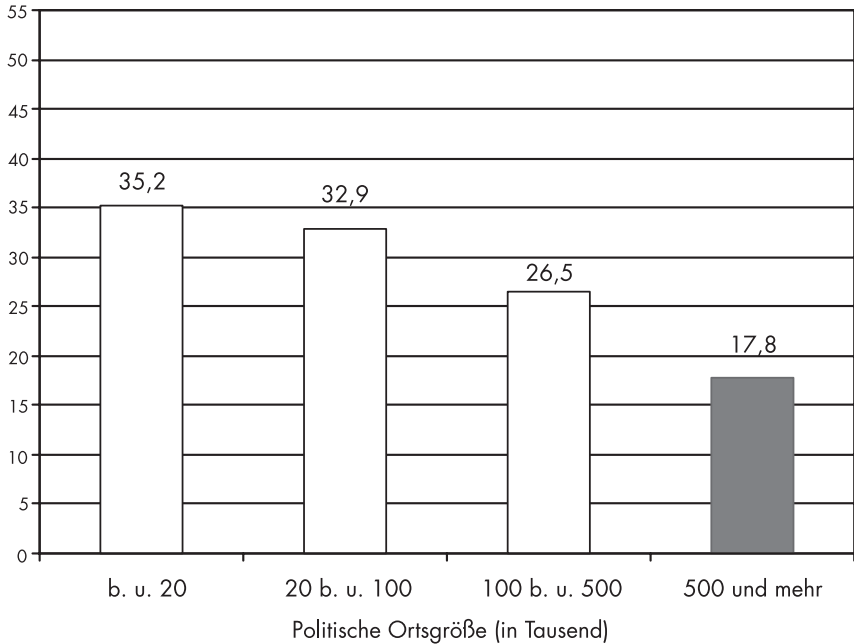
**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Beschädigte oder beschmierte Häuser oder Fahrzeuge**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	23	26	30	33
gibt es zwar, stört mich aber nicht	11	9	15	13
finde ich lästig	45	41	30	29
beunruhigt mich	17	22	18	19
macht richtig Angst	3	2	4	5
keine Angabe	1,6	0,6	2,3	1,8
n	859	946	780	863

Fast jeder zweite Befragte im Osten und fast jeder dritte im Westen fühlt sich durch beschädigte oder beschmierte Häuser oder Fahrzeuge belästigt (siehe Tabelle 15). Dieses Phänomen führt bei einem weiteren Viertel (Frauen) oder Fünftel (Männer) zu Beunruhigung oder Angst. Vandalismus ist somit ein wichtiger Faktor für das Sicherheitsgefühl. Ein Viertel im Osten und fast ein Drittel im Westen kennt das Problem in der eigenen Gegend nicht, wobei die sich „sehr sicher“ Fühlenden nicht berücksichtigt sind. Je größer die Stadt, desto größer scheint auch das Vandalismusproblem zu sein, wie Grafik 14 veranschaulicht.

Grafik 14:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Beschädigte oder beschmierte Häuser oder Fahrzeuge: „gibt es hier nicht“**
(Antworten in % der Befragten)



3.3.3.7 Anpöbeln

Tabelle 16:

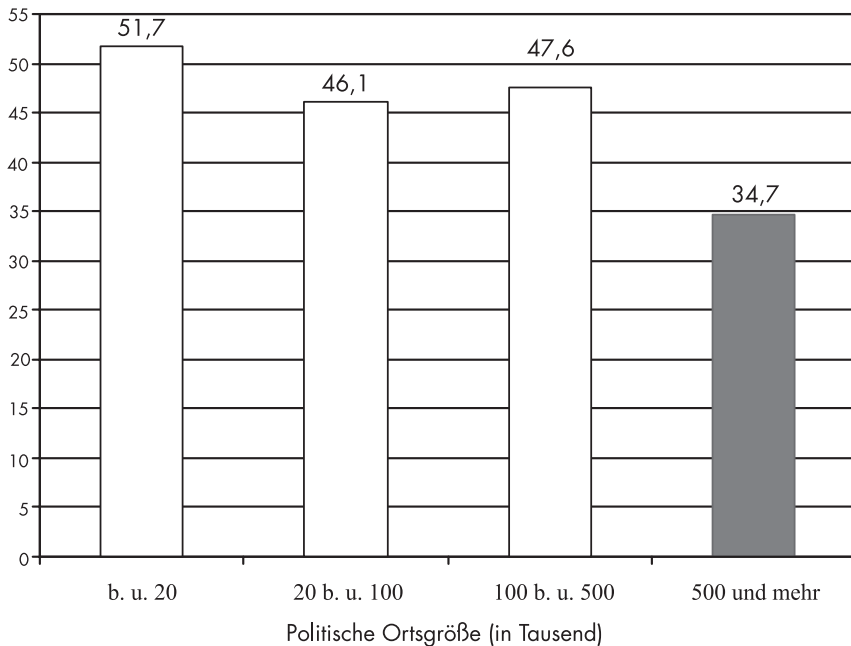
**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Passanten werden beschimpft, angepöbelt oder „angemacht“**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	43	49	48	46
gibt es zwar, stört mich aber nicht	12	6	11	8
finde ich lästig	27	21	22	22
beunruhigt mich	14	19	15	15
macht richtig Angst	2	4	3	8
keine Angabe	2,7	2	2,2	1,6
n	859	946	780	863

Fast jede vierte weibliche und jeder sechste männliche Befragte zeigt sich durch das Beschimpfen oder Anpöbeln von Passanten in der eigenen Gegend beunruhigt oder empfindet Angst. Der Einfluss auf das Sicherheitsgefühl ist somit ähnlich beachtlich wie beim Vandalismus. Mindestens ein weiteres Fünftel fühlt sich dadurch belästigt. Weniger als die Hälfte – ohne die 17,5% sich „sehr sicher“ Fühlenden – antworten, dass dies in ihrer Gegend nicht vorkommt. Zwischen Ost und West gibt es kaum einen Unterschied. Wie Grafik 15 zeigt, ist mit Pöbeleien am ehesten in Großstädten ab 500.000 Einwohner zu rechnen.

Grafik 15:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen? Passanten werden beschimpft, angepöbelt oder „angemacht“: „gibt es hier nicht“
(Antworten in % der Befragten)



3.3.3.8 Rauschgift

Einen relativ starken Einfluss auf das Sicherheitsgefühl haben Rauschgiftkonsum oder -handel in der Öffentlichkeit (siehe Tabelle 17). Allerdings geben zwei Drittel im Osten und fast die Hälfte im Westen an, dass dies in ihrer Gegend nicht vorkomme, die 17,5% sich „sehr sicher“ Fühlenden wieder nicht eingerechnet. Dort aber, wo dies beobachtet wird, führt dies überwiegend zu Beunruhigung und Angst, im Westen bei fast einem Drittel und im Osten bei etwa einem Fünftel. Mit größerem Interesse dürfte es zusammen-

hängen, dass Rauschgift in der Öffentlichkeit am häufigsten jungen Männern unter 35 Jahren auffällt, wie Grafik 16 verdeutlicht. Rauschgiftkonsum und -handel ist vor allem ein Problem in den großen Städten ab 500.000 Einwohner (siehe Grafik 17). Entsprechend fällt dort die Beunruhigung über offene Drogenszenen größer aus als in den anderen Gemeinden (siehe Grafik 18).

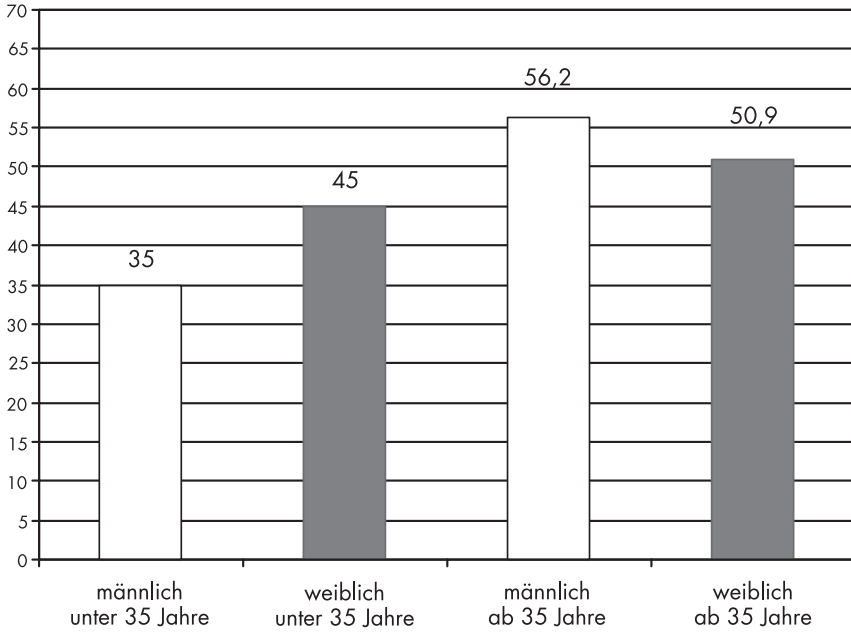
Tabelle 17:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen? Rauschgiftkonsum oder -handel in der Öffentlichkeit

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	66	67	45	44
gibt es zwar, stört mich aber nicht	6	4	12	9
finde ich lästig	4	4	9	9
beunruhigt mich	12	13	19	18
macht richtig Angst	7	9	10	11
keine Angabe	5,4	3,2	4,6	8,6
n	859	946	780	863

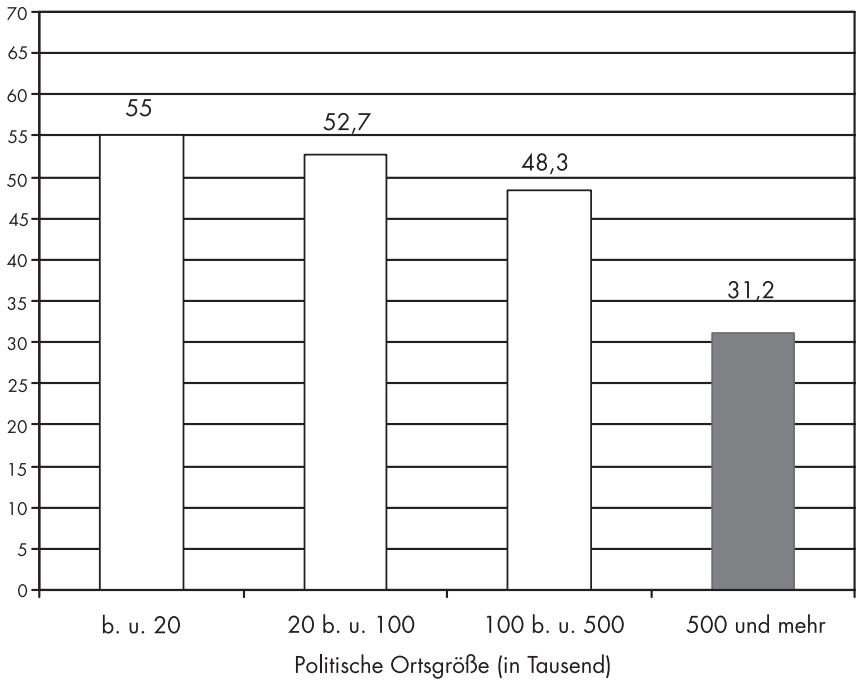
Grafik 16:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Rauschgiftkonsum oder -handel in der Öffentlichkeit: „gibt es hier nicht“**
(Antworten in % der Befragten)



Grafik 17:

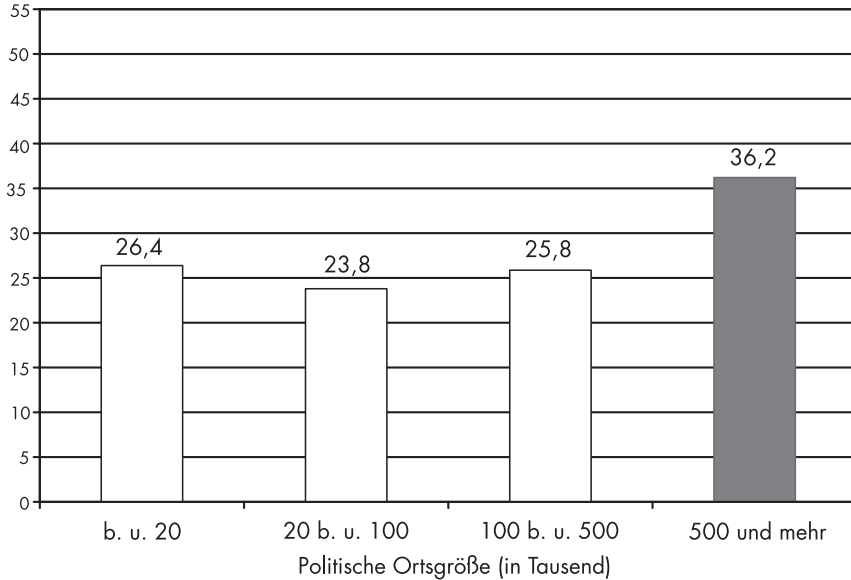
**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Rauschgiftkonsum oder -handel in der Öffentlichkeit: „gibt es hier nicht“**
(Antworten in % der Befragten)



Grafik 18:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Rauschgiftkonsum oder -handel in der Öffentlichkeit: „beunruhigt mich und macht mir richtig Angst“**

(Antworten in % der Befragten)



3.3.3.9 Schlägereien

Fast jede dritte weibliche Befragte und jeder vierte männliche fühlt sich in der eigenen Gegend durch Schlägereien auf der Straße beunruhigt oder empfindet Angst (siehe Tabelle 18). Weniger als die Hälfte gibt an, dass es derartige Vorfälle dort nicht gibt, wieder ohne die sich „sehr sicher“ Fühlenden. Die Reaktion im Osten erscheint etwas besorgter, die Unterschiede zum Westen sind aber gering. Auch Schlägereien auf der Straße geschehen vor allem in den großen Städten ab 500.000 Einwohner (siehe Grafik 19) und beunruhigen besonders die Großstädter (siehe Grafik 20).

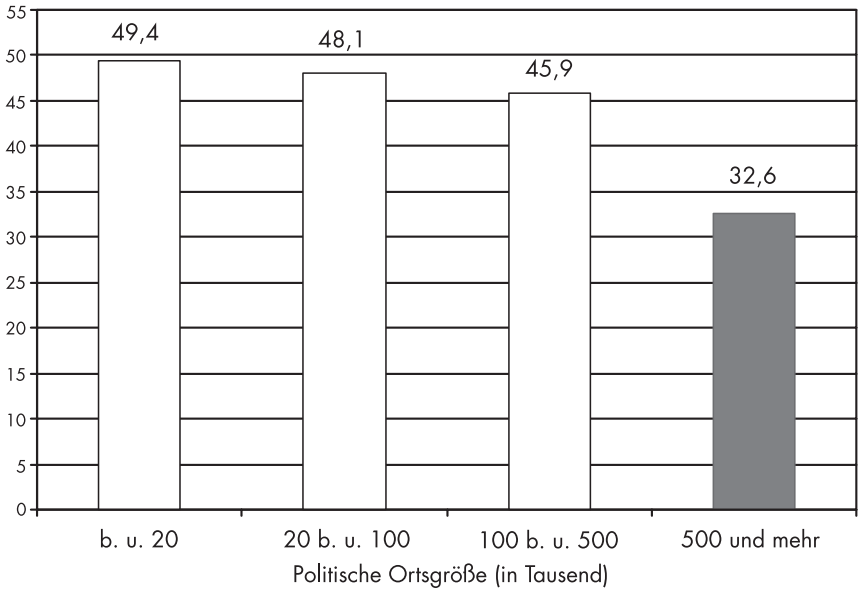
Tabelle 18:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Schlägereien auf der Straße**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	46	50	47	43
gibt es zwar, stört mich aber nicht	10	6	12	10
finde ich lästig	14	8	15	16
beunruhigt mich	22	25	18	20
macht richtig Angst	6	9	7	9
keine Angabe	2,9	1,3	1,7	2
n	859	946	780	863

Grafik 19:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Schlägereien auf der Straße: „gibt es hier nicht“**
(Antworten in % der Befragten)

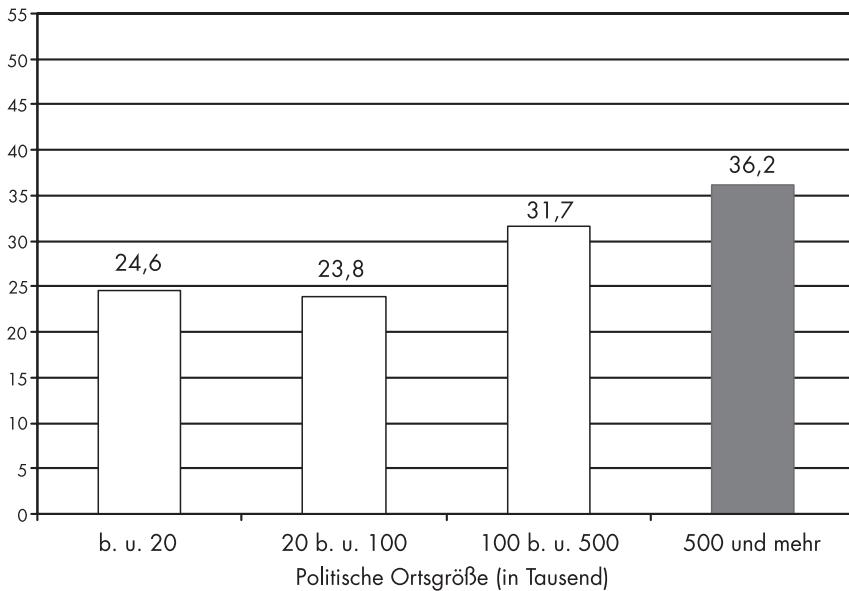


Grafik 20:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?

Schlägereien auf der Straße: „beunruhigt mich und macht richtig Angst“

(Antworten in % der Befragten)



3.3.3.10 Einbrüche

Beunruhigung und Angst erreichen bei Einbrüchen in Wohnungen oder Geschäfte in der eigenen Gegend Spitzenwerte (siehe Tabelle 19). Fast zwei Drittel der weiblichen und mehr als die Hälfte der männlichen Befragten geben dies zu erkennen. Nur 20,8% aller Befragten sagen, dass es Einbrüche in ihrer Gegend nicht gibt, die 17,5% allerdings nicht mitgezählt, die sich „sehr sicher“ fühlen. Von Wohnungseinbrüchen sind offenbar die kleineren Gemeinden ähnlich betroffen wie die Großstädte, wie Grafik 21 erkennen lässt. Bemerkenswerterweise äußern deshalb die Bewohner der Städte von 20.000 bis unter 100.000 Einwohner am häufigsten Beunruhigung oder Angst wegen Wohnungseinbrüchen (siehe Grafik 22).

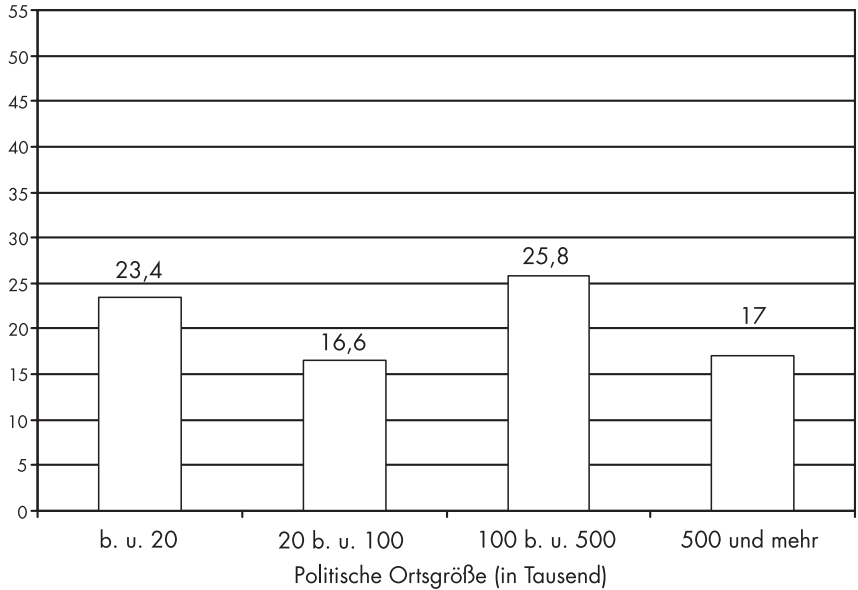
Tabelle 19:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Einbrüche in Wohnungen und Geschäfte**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	28	29	20	17
gibt es zwar, stört mich aber nicht	8	4	11	10
finde ich lästig	7	6	13	12
beunruhigt mich	46	44	39	41
macht richtig Angst	9	17	14	18
keine Angabe	2,5	0,6	2,3	1,7
n	859	946	780	863

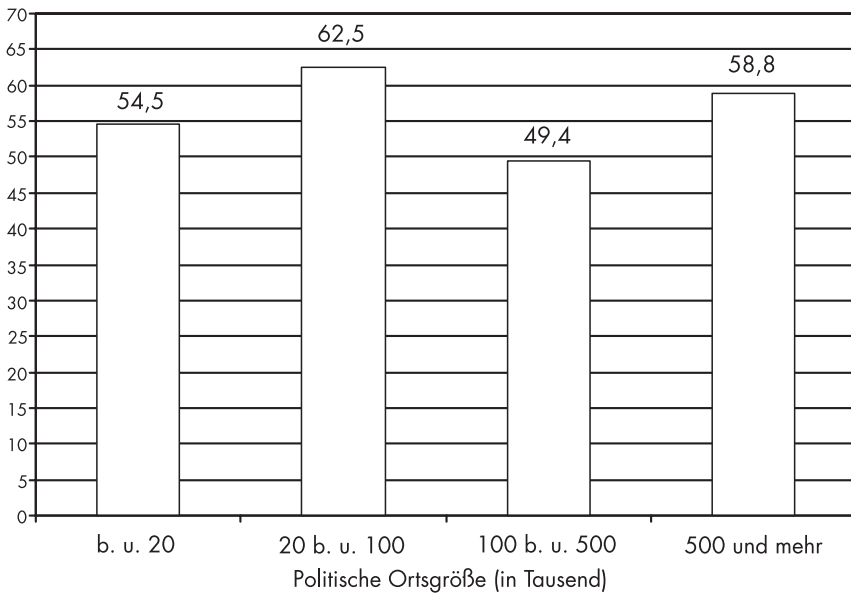
Grafik 21:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Einbrüche in Wohnungen und Geschäfte: „gibt es hier nicht“**
(Antworten in % der Befragten)



Grafik 22:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Einbrüche in Wohnungen und Geschäfte: „beunruhigt mich und macht richtig Angst“
(Antworten in % der Befragten)**



3.3.3.11 Überfälle

Ebenfalls hohe Werte der Beunruhigung und Angst zeigen sich bei der Frage nach Überfällen in der eigenen Gegend. 21 % der weiblichen Befragten im Westen und 17 % im Osten haben „richtig Angst“. Insgesamt verspürt fast jeder zweite Beunruhigung oder Angst. Auch wenn Überfälle in der eigenen Gegend seltener vorkommen als Einbrüche, sind sie nach diesen der wichtigste Einflussfaktor für ein gestörtes Sicherheitsgefühl.

Relativ am häufigsten ist mit Überfällen in den großen Städten ab 500.000 Einwohner zu rechnen, wo nur jeder vierte angibt, dass dies in seiner Gegend nicht vorkomme (siehe Grafik 23). Dort fühlt sich daher auch jeder zweite durch Überfälle beunruhigt oder verängstigt (siehe Grafik 24).

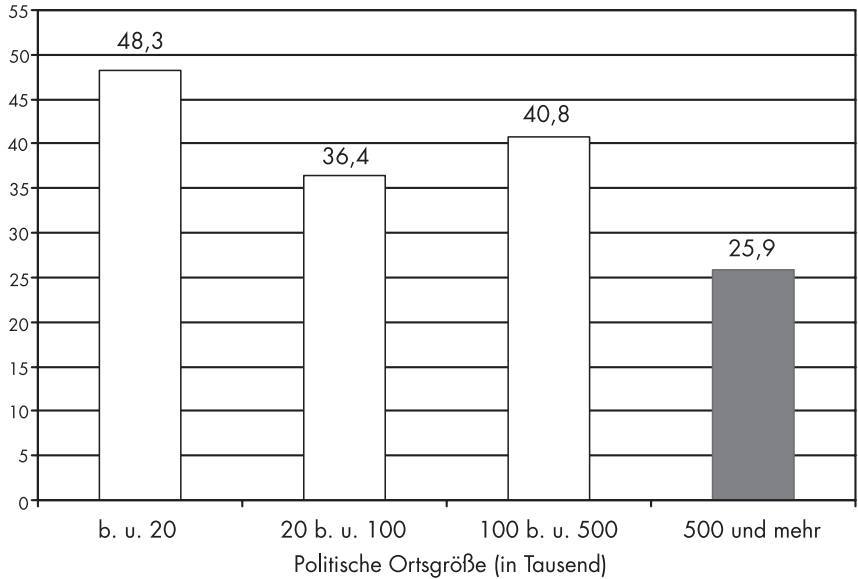
Tabelle 20:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Überfälle**

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
gibt es hier nicht	45	46	40	37
gibt es zwar, stört mich aber nicht	6	4	7	5
finde ich lästig	6	3	9	8
beunruhigt mich	29	30	28	27
macht richtig Angst	11	17	12	21
keine Angabe	3,5	0,8	2,6	1,7
n	859	946	780	863

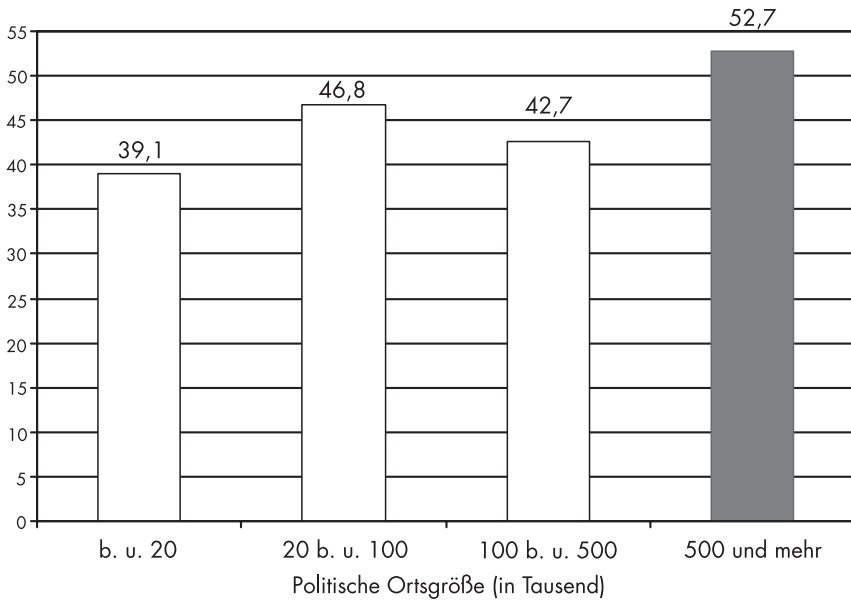
Grafik 23:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Überfälle: „gibt es hier nicht“**
(Antworten in % der Befragten)



Grafik 24:

**Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?
Überfälle: „beunruhigt mich und macht richtig Angst“**
(Antworten in % der Befragten)



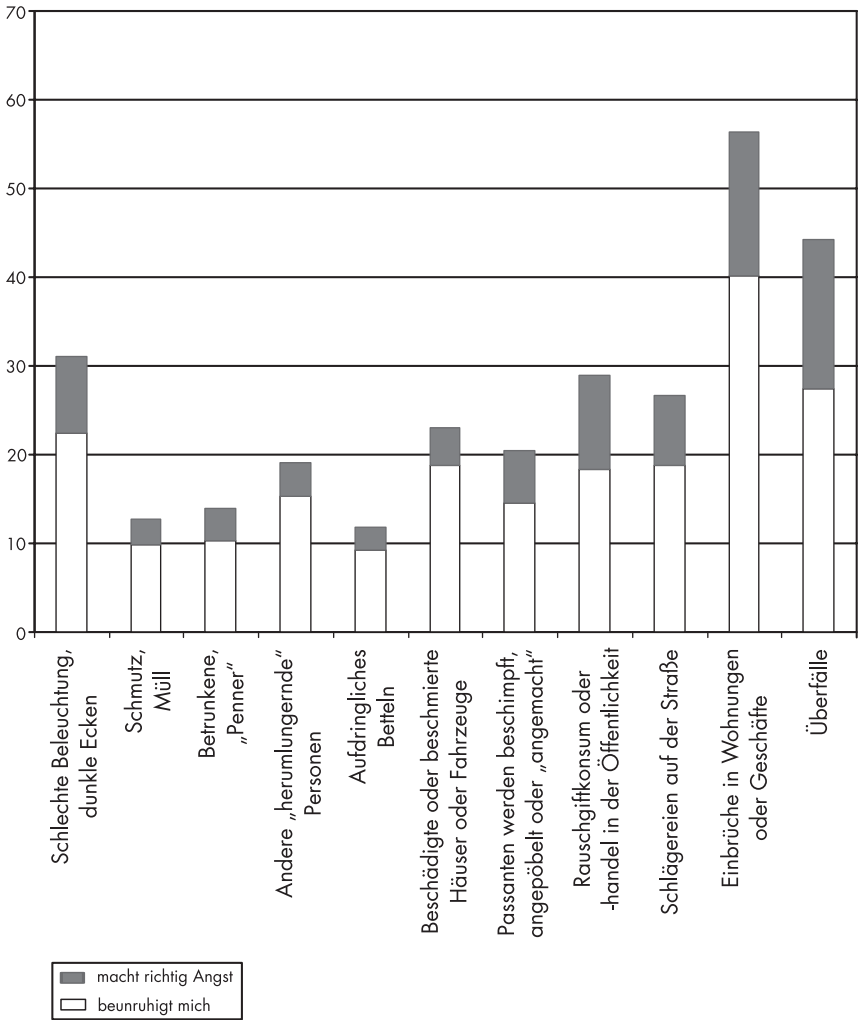
3.3.3.12 Gründe im Überblick

Die oben aufgeführten Einflussfaktoren (Tabellen 10 bis 20) sind nach West und Ost getrennt in den nachstehenden Grafiken 25 (West) und 26 (Ost) zusammenfassend dargestellt, wobei nur die Angabe von Beunruhigung oder Angst berücksichtigt ist. Am gravierendsten wird das Sicherheitsgefühl der Befragten in der eigenen Gegend durch Einbrüche und Überfälle beeinträchtigt. Etwa jeder zweite gibt dies an. Die sich „sehr sicher“ fühlenden 17,5 % der Befragten sind dabei aber nicht mitgezählt. Es folgen schlechte Beleuchtung/ dunkle Ecken, Rauschgiftkonsum- oder -handel in der Öffentlichkeit und Schlägereien auf der Straße.

Grafik 25:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen? (West)

(Antworten in % der Befragten)

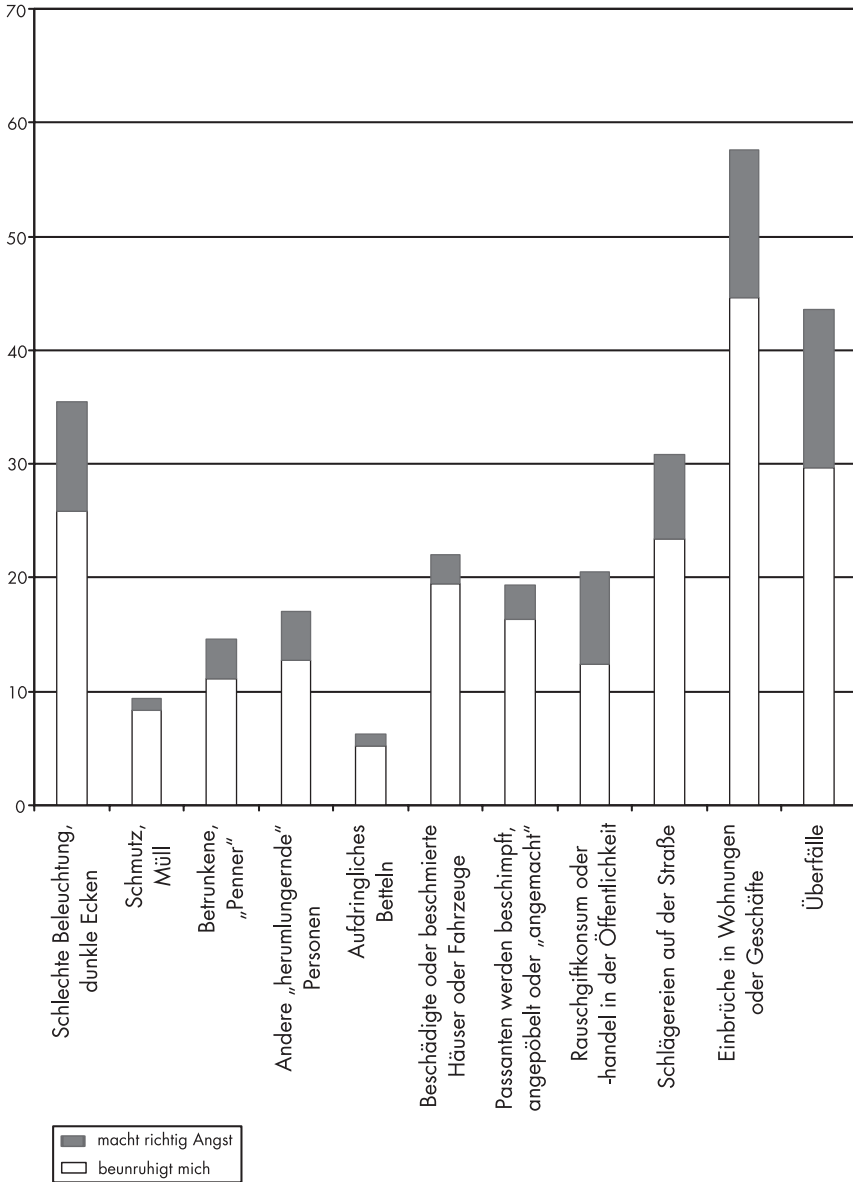


Grafik 26:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?

(Ost)

(Antworten in % der Befragten)



3.3.3.13 Sonstige Gründe

Abschließend zu diesem Fragenkomplex wurde gebeten, ohne Vorgabe noch weitere Gründe frei zu benennen, weswegen man sich in der eigenen Gegend unsicher fühle. Im gesamten Bundesgebiet wurden am häufigsten angeführt (von EMNID zu diesen Oberbegriffen zusammengefasst): „Ausländer / Asylanten“ von 6,3 % (weit überdurchschnittlich von den 30- bis 39-Jährigen mit 11,2 % und im Ländervergleich in Westberlin von 14,0 % und in Baden-Württemberg von 11,0 %), „mangelnde Polizeipräsenz“ von 3,6 % (weit überdurchschnittlich von den 50- bis unter 59-Jährigen mit 5,6 %, von Personen mit eigenem Einkommen über DM 6.000 mit 7,7 %, von Personen mit Abitur mit 4,8 %, in Städten ab 500.000 Einwohnern mit 7,4 % und im Ländervergleich vor allem in Ostberlin mit 12,7 % und in Hessen mit 8,8 %), „allgemeines Unsicherheitsgefühl“ von 3,5 %, „einsame/leere Straßen“ von 2,0 %, „Probleme mit Jugendlichen“ von 1,5 % (weit überdurchschnittlich in Mecklenburg-Vorpommern mit 3,9 %), „Arbeitslosigkeit / Armut“ von 1,5 %, „Verkehr“ von 0,5 %, „Skin Heads“ von 0,4 % (überdurchschnittlich in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,4 %, Sachsen-Anhalt mit 1,3 % und Ostberlin mit 1,1 %), „illegaler Grenzverkehr“ von 0,5 % und „Angst vor Hunden“ von 0,2 %. Sonstige Gründe nannten 7,7 % und keine weiteren Gründe 29,6 %. 41,8 % machten hierzu keine Angaben. Dieser relativ geringe Anteil von weiteren Gründen ohne konkrete Vorgabe zeigt, dass die geschlossenen Fragen von schlechter Beleuchtung (Tabelle 10) bis Überfällen (Tabelle 20) die wesentlichsten Einflussfaktoren für das Sicherheitsgefühl in der eigenen Gegend bereits abdecken dürften.³⁹

In kriminalitätsbelasteten Großstädten können die Ergebnisse allerdings deutlich abweichen, zumal wenn die zu bewertenden Problembereiche bereits in der Fragestellung konkret vorgegeben werden. Dies zeigt sich z. B. an einer Erhebung durch das Amt für Statistik der Stadt Frankfurt am Main. 35 % der befragten Frankfurter mit deutscher Staatsangehörigkeit gaben 1999 „Kriminalität / Öffentliche Sicherheit“ als wichtiges Problem in ihrer Stadt vor der Verkehrssituation (24 %) und dem Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern (17 %) an. Auch in Frankfurt hat sich das Sicherheitsgefühl verbessert; denn 1994 hatten 57 % die Kriminalität als Problem genannt, 1997 waren es 45 % und 1998 41 %. Die Frankfurter ohne deutsche Staatsangehörigkeit hielten 1999 nur zu 27 % die Kriminalität für ein wichtiges Problem der Stadt.⁴⁰

39 Eine Repräsentativerhebung im Auftrag der Viterra Sicherheit Privat GmbH, Essen, und der Zeitschrift Journal für die Frau ergab 1999, dass sich 57 % der Frauen besonders in Tiefgaragen fürchten, 43 % im Wald, 20 % nachts zu Hause allein, 16 % im Gedränge, 12 % in öffentlichen Verkehrsmitteln, 11 % im Keller und 13 % an keinem dieser Orte. Männer empfanden besonders im Wald (18 %), im Gedränge (13 %), in Tiefgaragen (12 %), in öffentlichen Verkehrsmitteln (9 %) und 66 % angeblich nirgendwo Angst. Das subjektive Sicherheitsgefühl wird nach dieser Umfrage vor allem durch Selbstverteidigung, Hund und Alarmanlage gestärkt. Vgl. CD Sicherheits-Management 6/99, S. 44–45.

40 dpa-Meldung vom 5. 4. 2000

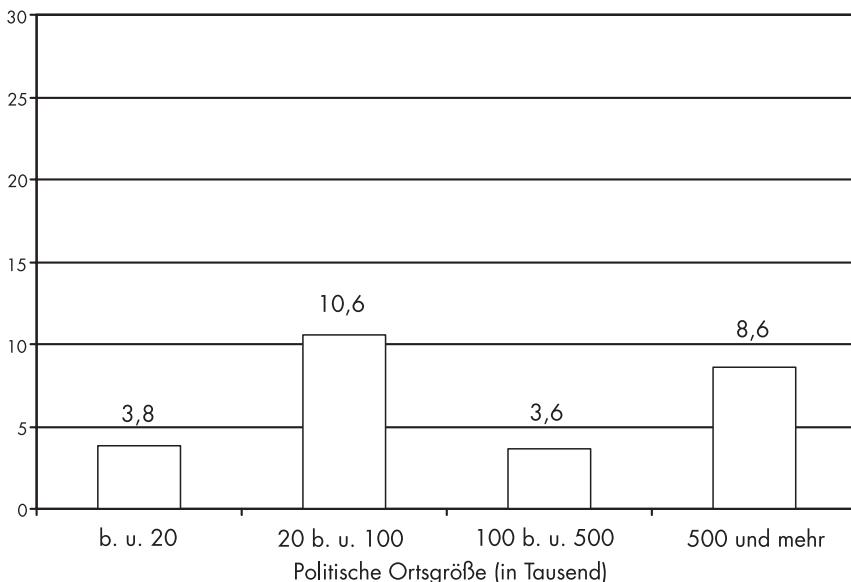
Grafik 27 zeigt, dass Ausländer und Asylanten vor allem in Gemeinden zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern als Sicherheitsproblem betrachtet werden und weniger in den Großstädten, in denen sie meist einen größeren Bevölkerungsanteil stellen. Die in Großstädten anscheinend ausgeprägtere Toleranz könnte auch mit einem Gewöhnungseffekt zusammenhängen.

Grafik 27:

Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht sehr sicher fühlen?

Sonstige Gründe (ohne Vorgabe): „Ausländer/Asylanten“

(Antworten in % der Befragten)



3.3.4 Sicherheitsgefühl allein draußen in der Nacht

Diese kriminologische Standardfrage zum Sicherheitsgefühl ergibt 1998 im Osten eine deutliche Verbesserung zu 1994 (siehe Tabelle 21 sowie Grafiken 28 und 29). Nach dem tiefen Einbruch 1994 wurde nun fast wieder die Ausgangssituation von 1990 erreicht. Im Westen gab es eine leichte Verschiebung von der Kategorie „ziemlich sicher“ zu „sehr sicher“. Diese Entwicklung weist eine gewisse Übereinstimmung mit den in jüngster Zeit bei Straßenkriminalität und Wohnungseinbruch sinkenden Entwicklungstendenzen der in der PKS registrierten Straftaten auf.

Tabelle 21:

Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen allein sind?

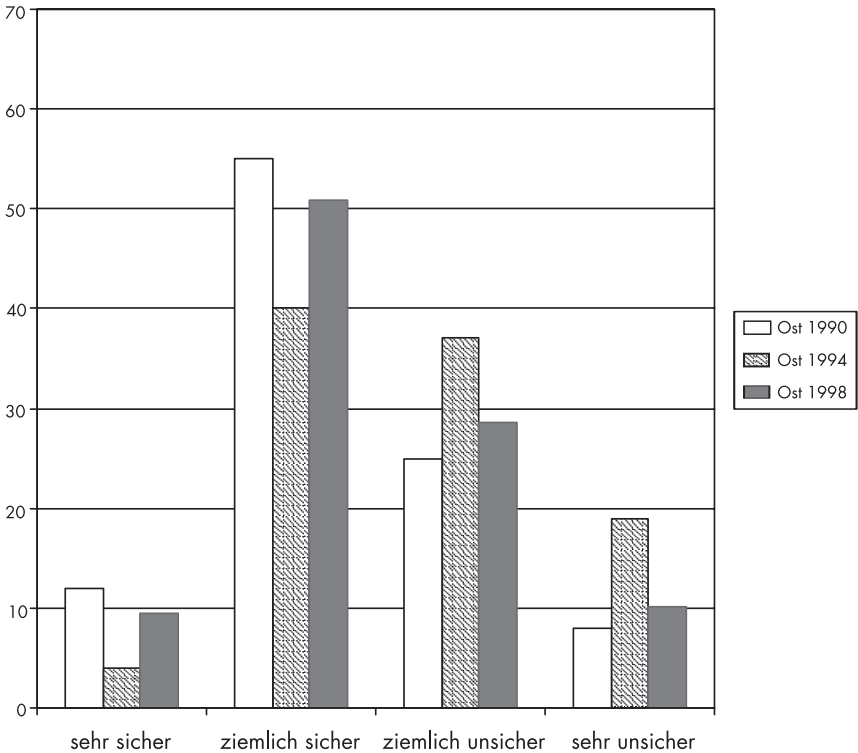
Antworten (in % der Befragten)	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
sehr sicher	12	4	10	13	10	16
ziemlich sicher	55	40	51	64	58	54
ziemlich unsicher	25	37	29	19	24	22
sehr unsicher	8	19	10	4	6	6
n	4980	2034	2064	2021	1994	2023

Grafik 28:

Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen allein sind?

(Ost)

(Antworten in % der Befragten)

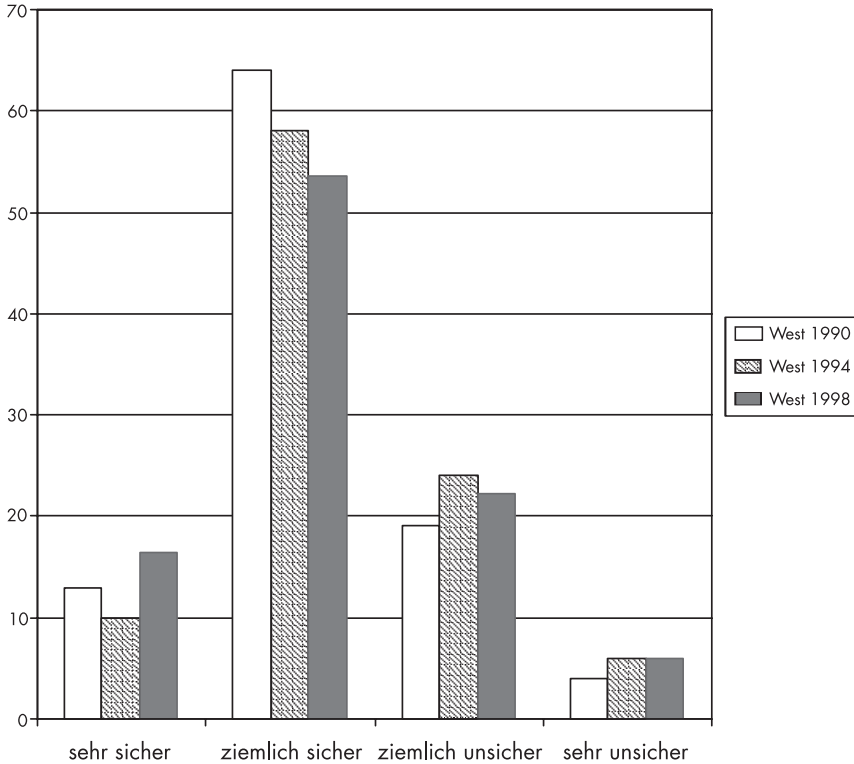


Grafik 29:

Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen allein sind?

(West)

(Antworten in % der Befragten)



Nachts draußen allein fühlen sich in der eigenen Gegend jeder fünfte männliche Befragte und nur jede zehnte weibliche Befragte „sehr sicher“. Ebenfalls ein Fünftel der männlichen Befragten und sogar weit über ein Drittel der weiblichen fühlt sich „ziemlich“ oder „sehr unsicher“. Weitaus geringer als bei den Geschlechtern fallen die Unterschiede zwischen den Altersgruppen aus (siehe Grafik 30). Zwar liegt der Anteil der sich „ziemlich“ oder „sehr unsicher“ Fühlenden bei den älteren Menschen ab 60 Jahren mit 33,8% signifikant am höchsten. Zurückzuführen ist dies auf den besonders hohen Frauenanteil unter den Befragten ab 60 Jahren. Der Abstand zu den anderen Altersgruppen ist außerdem nicht sehr groß (z. B. 27,5% bei den unter 21-Jährigen, 30,8% bei den 21- bis unter 29-Jährigen, 32,6% bei den 30- bis unter 39-Jährigen, 25,9% bei den 40- bis unter 49-Jährigen und 27,6% bei den 50- bis unter 59-Jährigen), so dass ihm kaum Bedeutung zuzumessen ist.

Der Unterschied bei den Befragten mit Abitur (26,0% „ziemlich“ oder „sehr unsicher“) gegenüber Befragten mit nur Volksschulbildung (31,9%) könnte

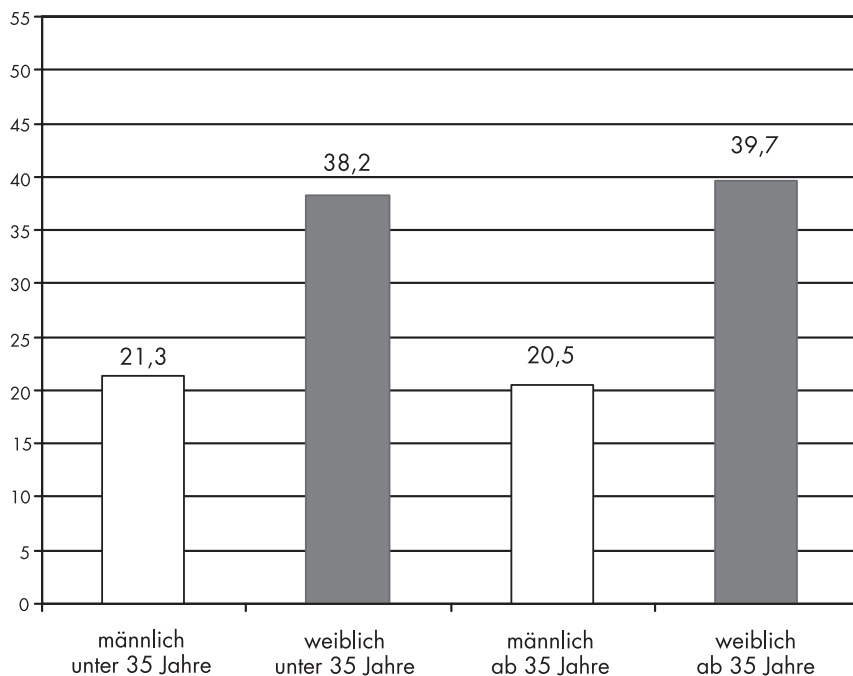
mit der jeweiligen Wohnlage zusammenhängen. Beachtlich sind die Unterschiede bei den verschiedenen Parteipräferenzen: Am geringsten ist der Anteil der sich „ziemlich“ oder „sehr“ unsicher Fühlenden bei Sympathisanten der FDP (18,7%), der Republikaner (24,8%, aber zu kleine Anzahl) und von Bündnis 90/Die Grünen (27,4%). Durchschnittlich fällt er bei Anhängern von CDU/CSU (29,4%) und der SPD (30,9%) aus. Am stärksten ist die Verunsicherung bei denen, die der PDS zuneigen (39,8%), wobei diese allerdings vor allem in den neuen Ländern und in Ostberlin wohnen. Wird der Beruf der Befragten betrachtet, dann zeigt sich die stärkste Kriminalitätsfurcht bei Arbeitslosen (41,1% „ziemlich“ oder „sehr unsicher“), Hausfrauen (37,5%) und Rentnern (32,4%), die geringste dagegen bei Beamten (13,0%) und Selbstständigen/Landwirten (22,3%), sicher durch die Wohngegend und die allgemeine Lebenssituation beeinflusst.

Grafik 30:

Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen allein sind?

„ziemlich bis sehr unsicher“

(Antworten in % der Befragten)

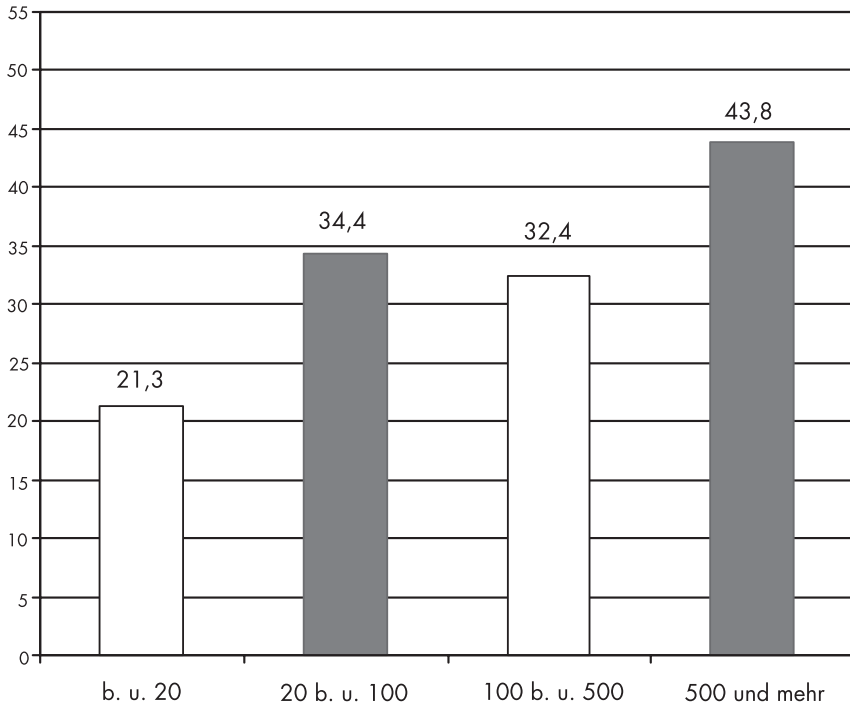


Grafik 31:

Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen allein sind?

„ziemlich bis sehr unsicher“

(Antworten in % der Befragten)



Kriminalitätsfurcht „nachts draußen allein“ ist nur bedingt von der Größe der Wohnungsgemeinde abhängig (siehe Grafik 31). Die Bewohner von Großstädten ab 500.000 Einwohner zeigen mit 43,8 % zwar den höchsten Anteil („ziemlich“ oder „sehr unsicher“). In Großstädten unter 500.000 Einwohner (zu denen alle Großstädte der neuen Länder gehören, 32,4 %) ist er jedoch geringer als in den Städten von 20.000 bis unter 100.000 Einwohner (34,4 %); allerdings ist der Unterschied nicht signifikant. Die kleineren Gemeinden unter 20.000 Einwohner zeigen erwartungsgemäß einen mit 21,3 % relativ niedrigen Anteil von Kriminalitätsfurcht. Im Vergleich der Länder findet sich die gravierendste Verunsicherung in Ostberlin (55,9 %, darunter 22,2 % „sehr unsicher“) vor Mecklenburg-Vorpommern (43,6 %, darunter 10,0 % „sehr“), Hessen (42,2 %, darunter 11,1 % „sehr“) und Brandenburg (40,8 %, darunter 11,9 % „sehr“). Am günstigsten schneiden Bayern (20,6 % unsicher, darunter 8,7 % „sehr“), Rheinland-Pfalz/Saarland (21,7 %, darunter 4,2 % „sehr“), Baden-Württemberg (24,6 %, darunter 2,4 % „sehr“) und Niedersachsen/Bremen (26,3 %, darunter 2,0 % „sehr“) ab. Es zeigen sich strukturelle Ähnlichkeiten zur geographischen Verteilung der Kriminalität im statistischen Hellfeld und – schwächer

ausgeprägt – auch im Dunkelfeld. Daraus kann allerdings nicht direkt abgeleitet werden, inwieweit ein Zusammenhang zwischen Sicherheitsgefühl und der tatsächlich erlebten bzw. beobachteten Kriminalität besteht oder nur mit Umfang und Inhalten der Berichterstattung über Kriminalität in den Medien.

3.3.5 Kriminalitätsrisiken

3.3.5.1 Straßenraub/ -diebstahl

Im Osten wird das Risiko, innerhalb der nächsten zwölf Monate Opfer eines Straßenraubes oder Taschendiebstahls zu werden, 1998 erheblich geringer eingeschätzt als noch 1994: Der Anteil der Antworten „sehr wahrscheinlich“ und „wahrscheinlich“ ist sogar unter das Ausgangsniveau von 1990 gesunken (siehe Tabelle 22 und Grafik 32). Diese Entwicklung entspricht derjenigen des in der PKS registrierten Straßenraubes. Auch im Westen wird das Straßenraub- bzw. -diebstahlsrisiko 1998 als etwas geringer eingeschätzt als 1994 (siehe Tabelle 22 und Grafik 33). Gleichwohl hält dies nur jeder vierte für „unwahrscheinlich“ gegenüber fast jedem zweiten 1990.

Tabelle 22:

**Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:
„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, in der eigenen Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate bestohlen oder ausgeraubt zu werden“**

Antworten (in % der Befragten)	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
sehr wahrscheinlich	4	8	4	1	4	1
wahrscheinlich	26	31	23	14	19	18
weniger wahrscheinlich	37	45	55	39	54	52
unwahrscheinlich	34	15	18	46	23	27
n	4980	2034	2064	2008	1994	2023

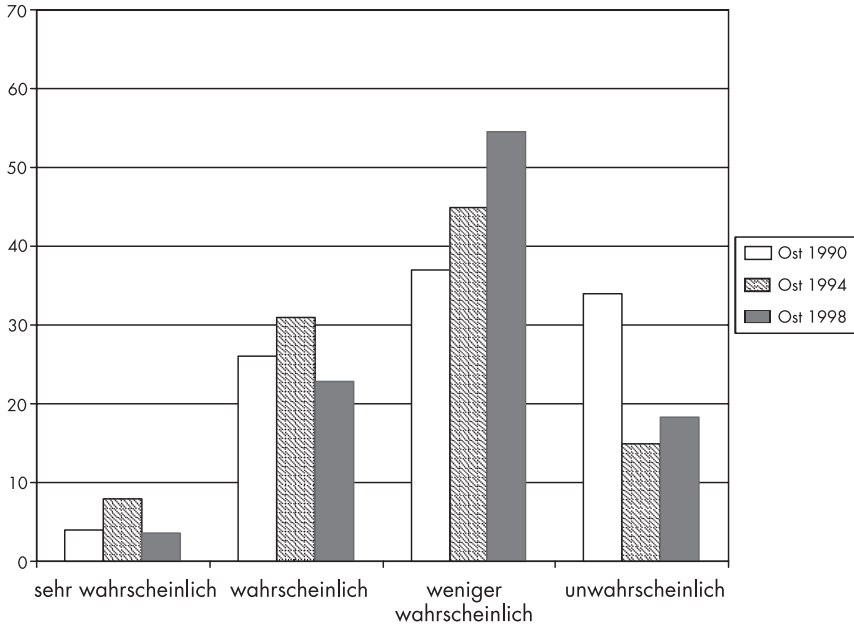
Grafik 32:

Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:

„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, in der eigenen Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate bestohlen oder ausgeraubt zu werden“

(Ost)

(Antworten in % der Befragten)



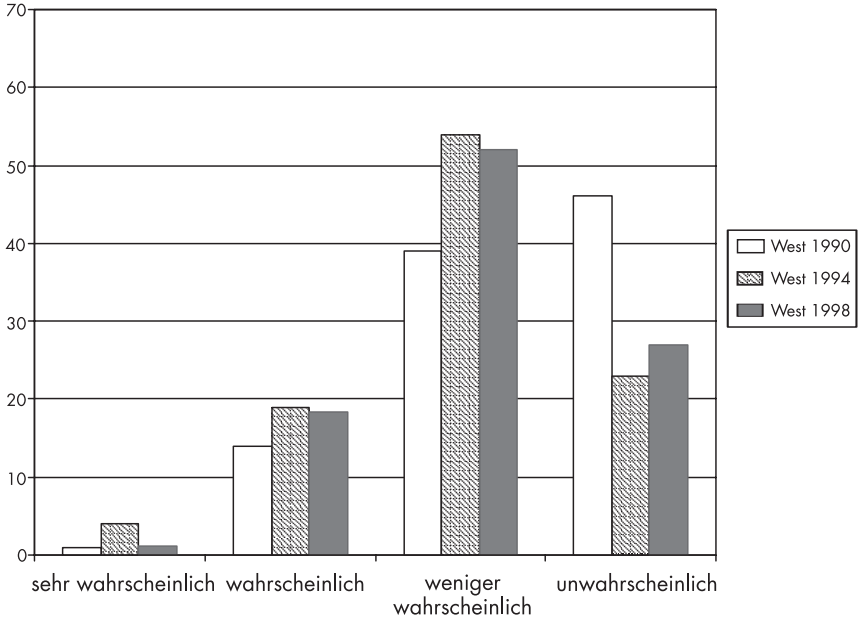
Grafik 33:

Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:

„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, in der eigenen Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate bestohlen oder ausgeraubt zu werden“

(West)

(Antworten in % der Befragten)



Weibliche Befragte halten dieses Risiko für etwas wahrscheinlicher (21,9% „unwahrscheinlich“) als die männlichen (28,7% „unwahrscheinlich“), ebenso ältere Menschen ab 60 Jahren (24,6% „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“) zumal verglichen mit den 50- bis 59-Jährigen (17,3%). Bezüglich der Parteipräferenz vermuten Sympathisanten der PDS das höchste Risiko (30,9% „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“), was wieder mit ihrem Schwerpunkt in den neuen Ländern und insbesondere Ostberlin zusammenhängen dürfte; die Anhänger von Bündnis 90 / Die Grünen erwarten dies dagegen nur zu 18,6%. Die übrigen Parteien unterscheiden sich kaum vom Durchschnitt. Befragte mit Abitur nehmen ein etwas geringeres Risiko an (18,4% „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“) als diejenigen, die die Hauptschule besucht haben (21,3%).

Im Ländervergleich sehen die Befragten in Ostberlin das höchste Risiko (46,3% „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“) vor Sachsen (29,6%), Hessen (29,3%), Brandenburg (26,0%) und Nordrhein-Westfalen (25,8%); Die niedrigsten Anteile finden sich in Rheinland-Pfalz/Saarland (5,4%) und Baden-Württemberg (8,1%). Der Anteil im Osten (26,5% für die neuen Länder

mit Ostberlin) übertrifft den des Westens (19,5% für die alten Länder mit Westberlin). Auffällig ist, dass das Risiko in Großstädten ab 500.000 (26,4% „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“) kaum höher als in den Städten von 20.000 bis 100.000 Einwohnern (26,2%) eingeschätzt wird, während Großstädte unter 500.000 (20,5%) und insbesondere kleinere Gemeinden unter 20.000 (11,8%) als weniger risikobehaftet erscheinen. Zu erklären ist dies vielleicht dadurch, dass nach der „eigenen Gegend“ gefragt wurde. In den meisten Wohnlagen auch der größten Städte ereignen sich nur selten Fälle von Straßenraub oder Taschendiebstahl, die sich vor allem auf den engeren City-Bereich konzentrieren.

3.3.5.2 Anpöbeln

Im Osten (Grafik 34) wie im Westen (Grafik 35) wird die Sicherheit 1998 insbesondere gegenüber 1994 auch hinsichtlich „Anpöbeln“ in der eigenen Gegend deutlich günstiger beurteilt (siehe Tabelle 23). Im Osten wird dieses Risiko jetzt (1998: 41% „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“) sogar geringer eingeschätzt als noch 1990 (51%; 1994 waren es 58%).

Tabelle 23:

**Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:
„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, in der eigenen Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate angepöbelt zu werden“**

Antworten (in % der Befragten)	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
sehr wahrscheinlich	12	19	6	6	9	5
wahrscheinlich	39	39	35	27	28	25
weniger wahrscheinlich	26	33	44	32	46	47
unwahrscheinlich	24	9	15	35	16	22
n	4974	2034	2064	2008	1994	2023

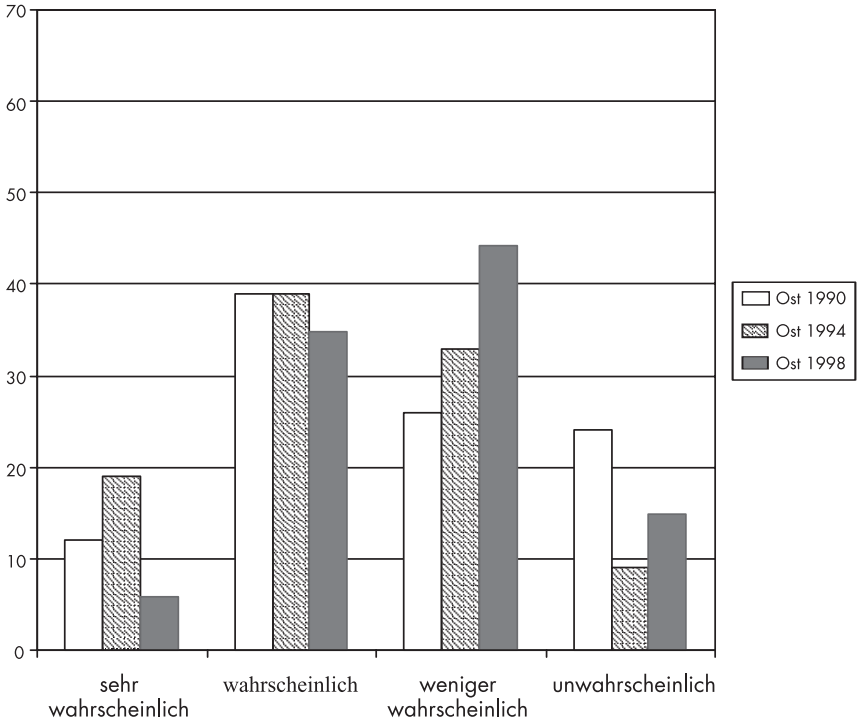
Grafik 34:

Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:

„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, in der eigenen Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate angepöbelt zu werden“

(Ost)

(Antworten in % der Befragten)



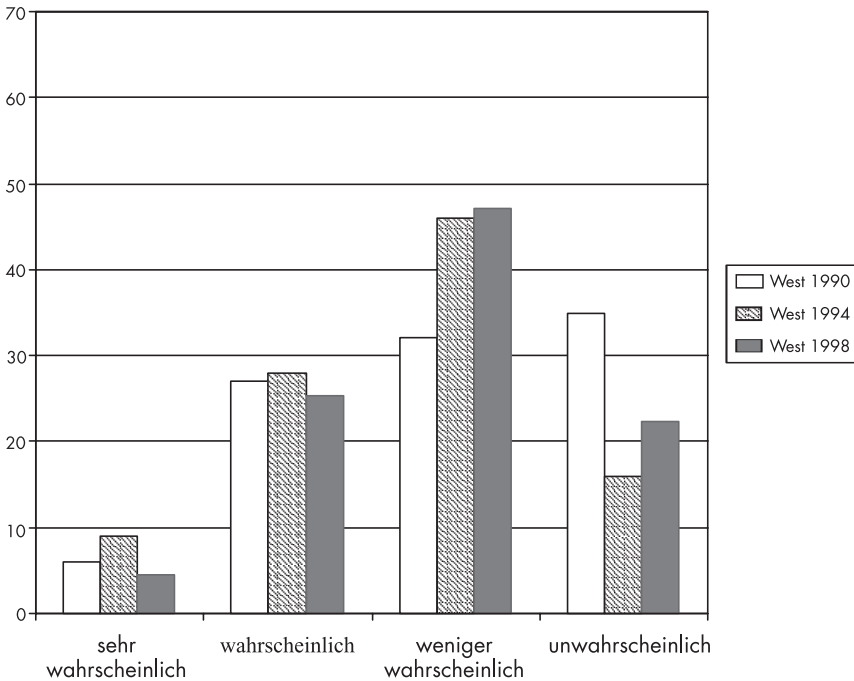
Grafik 35:

Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in Ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:

„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, in der eigenen Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate angepöbelt zu werden“

(West)

(Antworten in % der Befragten)



Ein etwas höherer Anteil weiblicher Befragter (34,0% „sehr wahrscheinlich“ und „wahrscheinlich“) fürchtet, innerhalb der nächsten zwölf Monate in der eigenen Gegend angepöbelt zu werden, als dies bei den männlichen Befragten feststellbar ist (29,9%). Unter den Altersgruppen erwarten dies realistischere am ehesten die unter 21-Jährigen (46,2%) vor den 21 bis unter 30-Jährigen (40,3%), den 30 bis unter 40-Jährigen (35,4%), den 40 bis unter 50-Jährigen (25,9%), den 50 bis unter 60-Jährigen (28,7%) und den ab 60-Jährigen (26,4%). Die Unterschiede ab 40 sind statistisch nicht mehr signifikant. Die Befürchtung, angepöbelt zu werden, sinkt somit bis zu den Vierzigjährigen deutlich und bleibt danach ungefähr gleich.

Befragte mit Abitur (34,8%) fürchten dies eher als ehemalige Hauptschüler (29,7%), was mehr mit größerer Empfindlichkeit als mit einem tatsächlich höheren Risiko zusammenhängen dürfte. Bezüglich der Parteipräferenzen erwarten Anhänger der Republikaner am meisten, angepöbelt zu werden (43,9%, aber zu kleine Anzahl) vor denen der PDS (36,9%). Die Anhänger

von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen liegen nahe beim Durchschnitt. Die geringsten Befürchtungen haben die FDP-Sympathisanten (22,0%), wobei die Wohnlage eine wichtige Rolle spielt. Dies trifft auch auf die Einkommensstruktur zu: Personen mit niedrigem Einkommen vermuten eher, angepöbelt zu werden, als solche mit höheren Einkommen.

Beim Ländervergleich ist die Befürchtung in Ostberlin (50,3%) am größten vor Brandenburg (44,8%), Sachsen-Anhalt (40,2%), Sachsen (38,8%), Westberlin (zu geringe Anzahl) und Thüringen (jeweils 38,5%), Hessen (37,3%), Mecklenburg-Vorpommern (36,3%) und Nordrhein-Westfalen (35,7%). Unter dem Durchschnitt liegen Bayern (16,0%), Rheinland-Pfalz/Saarland (20,4%) und Niedersachsen/Bremen (29,2%). Am höchsten wird dieses Risiko in Großstädten ab 500.000 Einwohnern eingeschätzt (39,9%), aber nur unerheblich vor den Gemeinden zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern (37,3%) und Großstädten unter 500.000 Einwohnern (33,0%). Hier könnte sich eine stärkere Gewöhnung gegenüber aggressivem Verhalten in den großen Städten auswirken. Niedriger ist der Anteil in den Gemeinden unter 20.000 Einwohnern (24,9%).

3.3.5.3 Wohnungseinbruch

Das Risiko, in den nächsten zwölf Monaten Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, wird im Osten 1998 deutlich niedriger eingeschätzt als 1994 (siehe Tabelle 24 und Grafik 36). Dies entspricht der Entwicklung der polizeilich registrierten Fälle von Wohnungseinbruch. Im Westen hat sich in der Risikoeinschätzung seit 1994 kaum etwas verändert, im Widerspruch zur in der PKS registrierten stark sinkenden Tendenz der letzten Jahre (siehe Tabelle 24 und Grafik 37). Während 1990 noch fast zwei Fünftel der Befragten es optimistisch für unwahrscheinlich hielten, dass in ihre Wohnung eingebrochen wird, nimmt dies seit 1994 nur noch ein Fünftel an.

Die Risikoeinschätzung im Osten deckt sich 1998 weitgehend mit derjenigen im Westen.

Tabelle 24:

**Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:
„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, dass innerhalb der nächsten 12 Monate in die eigene Wohnung eingebrochen wird.“**

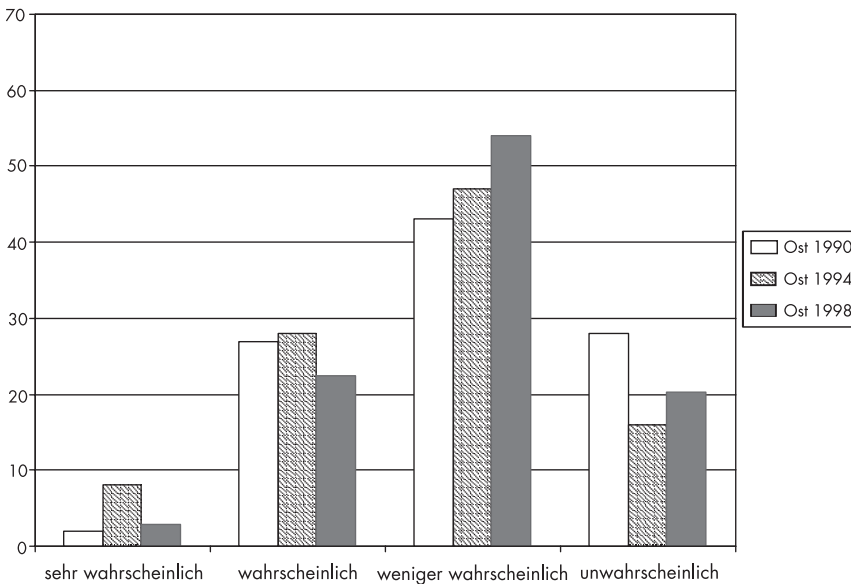
Antworten (in % der Befragten)	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
sehr wahrscheinlich	2	8	3	1	6	3
wahrscheinlich	27	28	23	14	21	20
weniger wahrscheinlich	43	47	54	46	53	56
unwahrscheinlich	28	16	20	39	20	20
n	4974	2034	2064	2008	1994	2023

Grafik 36:

**Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:
„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, dass innerhalb der nächsten 12 Monate in die eigene Wohnung eingebrochen wird.“**

(Ost)

(Antworten in % der Befragten)



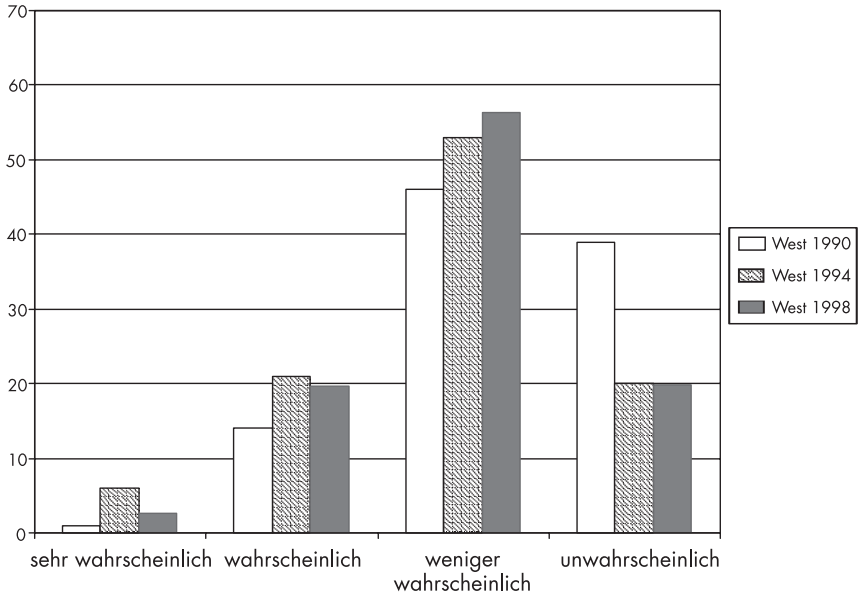
Grafik 37:

Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert:

„Geschätzte Wahrscheinlichkeit, dass innerhalb der nächsten 12 Monate in die eigene Wohnung eingebrochen wird.“

(West)

(Antworten in % der Befragten)



Unter den Altersgruppen beiderlei Geschlechts halten sich die Unterschiede beim befürchteten Wohnungseinbruch in verhältnismäßig engen Grenzen. Allerdings zeigen die älteren Menschen ab 60 die relativ höchste Einbruchsfurcht (26,7% „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“) vor den 30- bis 39-Jährigen (24,7%). Stärker heben sich die jüngsten Altersgruppen der 14- bis unter 21-Jährigen (16,5%), die aber meist noch keine eigene Wohnung haben, und der 21- bis unter 30-Jährigen (17,1%) ab. Bei Befragten mit Abitur ist der Anteil der „sehr wahrscheinlich-“ oder „wahrscheinlich-“ Kategorien (18,9%) niedriger als bei ehemaligen Hauptschülern (25,0%), was mit der jeweiligen Wohnlage zusammenhängen könnte. Beim Vergleich der Parteipräferenzen liegen hinsichtlich der Erwartung eines Wohnungseinbruchs die Anhänger der Republikaner (31,5% „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“) an der Spitze vor denen der CDU/CSU (28,4%). Erheblich unter dem Durchschnitt liegen die Sympathisanten von Bündnis 90/Die Grünen (12,2%). Im Ländervergleich findet sich in Ostberlin (42,3%) der höchste Anteil von „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“ für Wohnungseinbruch in den nächsten zwölf Monaten vor Nordrhein-Westfalen (32,2%), Sachsen-Anhalt (31,7%) und Hessen (28,4%). Deutlich unter dem Durchschnitt liegen dage-

gen die Anteile in Rheinland-Pfalz/Saarland (14,6 %), Bayern (15,2 %), Baden-Württemberg (15,9 %), Westberlin (16,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (17,3 %). Für die süddeutschen Länder deckt sich dieser Befund mit auch nach der PKS niedrigen registrierten Fallzahlen bei Wohnungseinbruch. Auffallend ist die Diskrepanz zwischen Ost- und Westberlin, wobei die Anzahl der Befragten in beiden Teilen Berlins für statistisch gesicherte Aussagen aber nicht ausreicht.

Der Städtevergleich bringt das überraschende Ergebnis, dass die Bewohner der Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.000 bis unter 100.000 in weit- aus höherem Maße (31,7 % „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“) einen Wohnungseinbruch befürchteten als die Bewohner von Großstädten von 100.000 bis unter 500.000 Einwohner (16,5 %), die sogar noch von den Befragten in Gemeinden unter 20.000 Einwohner (17,5 %) übertroffen werden. In Großstädten ab 500.000 Einwohner liegt der Anteil bei 29,9 % und damit ebenfalls noch unter dem in den Städten unter 100.000 Einwohner. Hier scheinen Bedrohtheitsgefühl und tatsächliche Bedrohung, jedenfalls verglichen mit der räumlichen Verteilung von in der PKS registrierten Wohnungseinbrüchen, auseinanderzufallen.

Auch der oben bereits erwähnte Wohlfahrtssurvey gibt Aufschluss über die Viktimisierungserwartung der Befragten, wobei auch ZUMA auf einen Viktimisierungszeitraum von einem Jahr abstellt. Dann hielten es 1998 für „sehr wahrscheinlich“ oder für „wahrscheinlich“, Opfer einer der folgenden Straftaten zu werden:

- Einbruch: 29 % im Westen (1993: 43 %) und 43 % im Osten (1993: 65 %)
- Angepöbelt und bedroht: 25 % im Westen (1993: 36 %) und 34 % im Osten (1993: 52 %)
- Bestohlen zu werden: 25 % im Westen (1993: 45 %) und 39 % im Osten (1993: 68 %)
- Überfallen, beraubt: 14 % im Westen (1993: 29 %) und 27 % im Osten (1993: 48 %)
- Geschlagen, verletzt: 10 % im Westen (1993: 19 %) und 18 % im Osten (1993: 36 %)
- Zu sexuellen Handlungen gezwungen: 10 % West (1993: 13 %) und 10 % Ost (1993: 19 %).⁴¹

Obwohl für einzelne Deliktskategorien wegen unterschiedlicher Bezeichnungen keine direkte Vergleichbarkeit besteht und unterschiedliche Ausgangsjahre gewählt wurden, so fällt doch auf, dass die rückläufige Tendenz und die strukturellen Größenverhältnisse (Ost/West und Deliktsarten im Vergleich) des Wohlfahrtssurveys von 1993 bis 1998 mit denen der Erhebungsdaten des BKA von 1994 bis 1998 zwar nicht im Ausmaß, wohl aber prinzipiell übereinstimmen.

41 Noll und Weick 1999, S. 3.

3.4 Präventive Maßnahmen

3.4.1 Bewertung von Fußstreifen

3.4.1.1 Auswirkung von Fußstreifen durch Polizei und Wachdienst

Die Einstiegsfrage zum Sicherheitsgefühl „für wie sicher schätzen Sie Ihre Gegend ein?“ bildet die Grundlage für die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich möglicher Verbesserungen ihrer Sicherheit. An diese Sicherheitseinschätzung der eigenen Gegend schlossen sich Fragen zum vermuteten Einfluss von vermehrten polizeilichen Streifen oder von privaten Streifen an, allerdings nicht direkt, sondern in einigem Abstand zur Grundfrage.

Tabelle 25:

Vermutlich sind Fußstreifen in Ihrer Gegend selten: Wenn die Polizei hier mehr Streifen durchführte und aufpasste, wie würden Sie sich dann fühlen? Und: Wenn statt der Polizei hier Wachleute einer privaten Firma in Ihrer Gegend Streife liefen und aufpassten, wie würden Sie dann Ihre Gegend einstufen?

Antworten (in % der Befragten)	Ist-Stand		mehr Polizei		Wachdienst	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
(1) sehr sicher	13	19	32	32	20	20
(2) ziemlich sicher	67	64	62	50	65	53
(3) ziemlich unsicher	17	14	4	10	10	14
(4) sehr unsicher	3	1	1	2	2	5
Durchschnitt (1) bis (4)	2,1	2,0	1,7	1,8	1,9	2,0
n	2064	2023	2064	2023	2064	2023

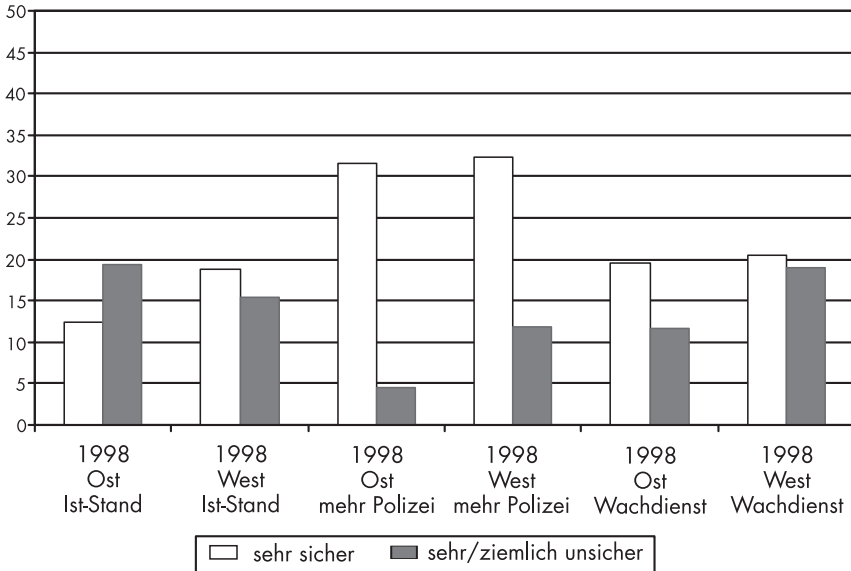
Vermehrte polizeiliche Streifen in der eigenen Gegend würden das Sicherheitsgefühl nach Angaben der Befragten in Ost und West merklich verbessern (siehe Tabelle 25 und Grafik 38). Insbesondere die Kategorie „sehr sicher“ wird statt wie bisher von 13% im Osten und 19% im Westen dann jeweils von etwa einem Drittel angegeben. Ambivalenter wirkt sich dagegen der Einsatz von privaten Wachdiensten in der eigenen Gegend aus. Während sich auch dann ein nennenswerter Anteil im Osten sicherer fühlt, der im Vergleich zu mehr Fußstreifen der Polizei aber geringer ausfällt, zeigt sich im Westen insgesamt kein positives Ergebnis.

Grafik 38:

Vermutlich sind Fußstreifen in Ihrer Gegend selten: Wenn die Polizei hier mehr Streifen durchführte und aufpasste, wie würden Sie sich dann fühlen? Und:

Wenn statt der Polizei hier Wachleute einer privaten Firma in Ihrer Gegend Streife liefen und aufpassten, wie würden Sie dann Ihre Gegend einstufen?

(Antworten in % der Befragten)

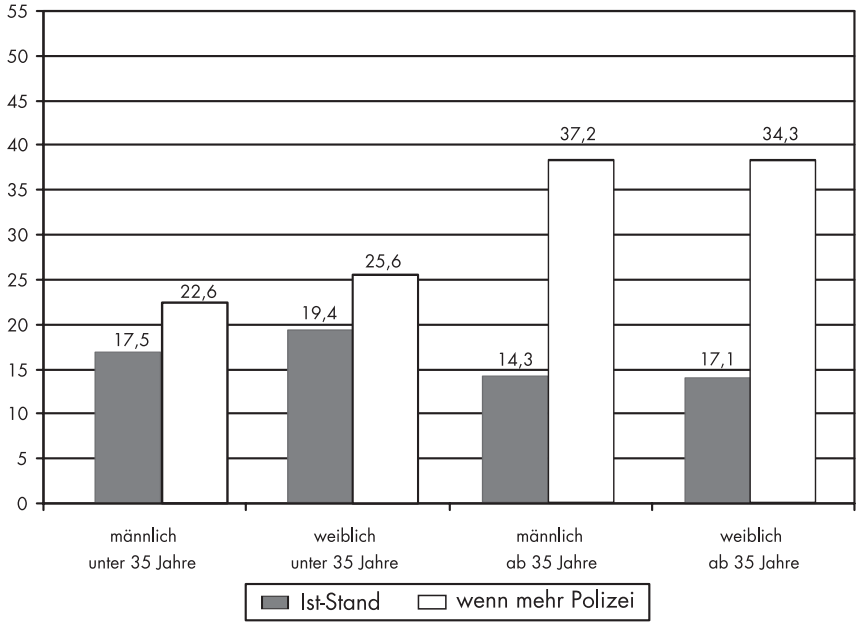


Vermehrte Streifen der Polizei und insbesondere von privaten Wachdiensten würden **in als sicher eingeschätzten Wohngebieten** bei einem Teil der Befragten das Sicherheitsgefühl sogar beeinträchtigen. Im Saldo schneiden vermehrte Polizeistreifen aber dennoch positiv ab: 344 Befragte würden sich dann unsicherer und 615 sicherer fühlen. Bei Streifen­tätigkeit durch private Sicherheitsdienste in der eigenen, als sicher eingeschätzten Gegend sieht die Bilanz unter dem Strich dagegen ungünstig aus: 649 Personen würden sich unsicherer und 549 sicherer fühlen. Es könnte somit kontraproduktiv sein, zumal private Wachdienste in ruhigen, kriminalitätsarmen Wohngebieten auf Streife zu schicken, weil dies bei einem Teil der Anwohner zu der beunruhigenden Vermutung führen könnte, dass es Sicherheitsprobleme geben müsse, wenn Streifen relativ oft zu sehen sind.

Durch mehr polizeiliche Fußstreifen würden vor allem die ab 35-jährigen Befragten in ihrem Sicherheitsgefühl gestärkt (siehe Grafik 39).

Grafik 39:

**Bei mehr Fußstreifen der Polizei in der eigenen Gegend:
„Fühle mich sehr sicher“**
(Antworten in % der Befragten)



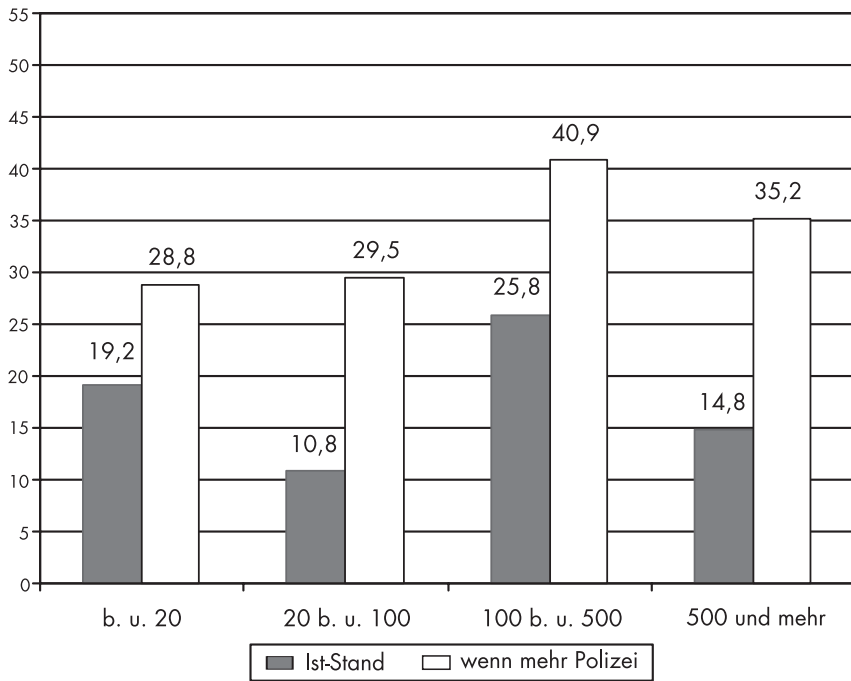
In den Großstädten, und zwar besonders denen unter 500.000 Einwohner, würden sich mehr Menschen in ihrer Gegend durch vermehrte polizeiliche Fußstreifen sehr sicher fühlen als in kleineren Gemeinden (siehe Grafik 40). Der Sicherheitsgewinn durch mehr Polizei wird aber in Gemeinden zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern sowie in Großstädten ab 500.000 Einwohnern am höchsten eingeschätzt.

Grafik 40:

Bei mehr Fußstreifen der Polizei in der eigenen Gegend:

„Fühle mich sehr sicher“

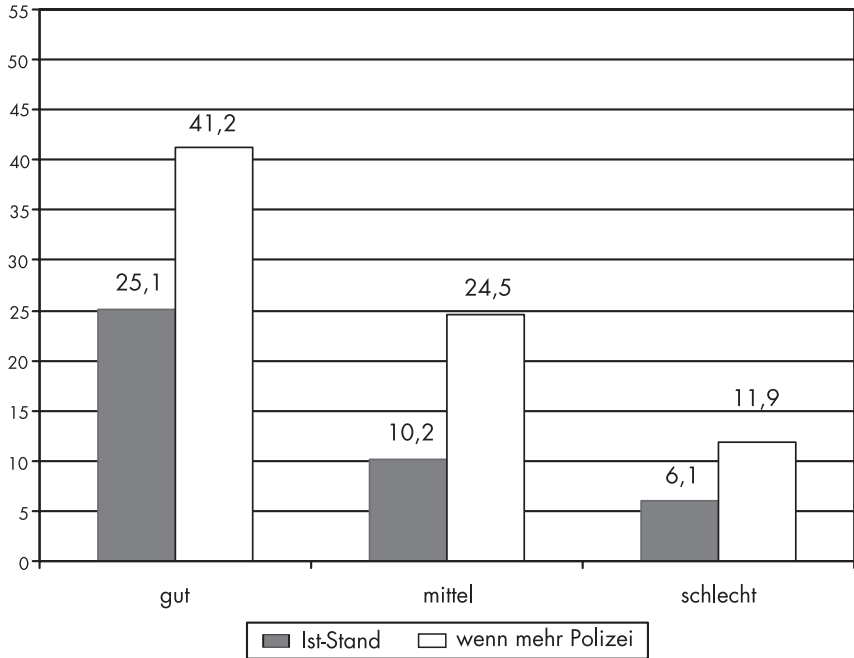
(Antworten in % der Befragten)



Durch vermehrte polizeiliche Fußstreifen steigt das Sicherheitsgefühl besonders bei denen, die die polizeiliche Arbeit positiv bewerten (siehe Grafik 41).

Grafik 41:

**Bei mehr Fußstreifen der Polizei in der eigenen Gegend:
„Fühle mich sehr sicher- Die Polizei macht ihre Sache...“**
(Antworten in % der Befragten)



3.4.1.2 Präferenzen zur Streifendurchführung

Den Befragten wurden nunmehr mit einem direkten Vergleich der möglichen Alternativen „Streifen durch Polizisten“, „Streifen durch private Wachleute“, „Streifen durch Nachbarn“ oder „überhaupt keine Streifen“ konfrontiert und sollten sich für eine dieser Varianten entscheiden.

Tabelle 26:

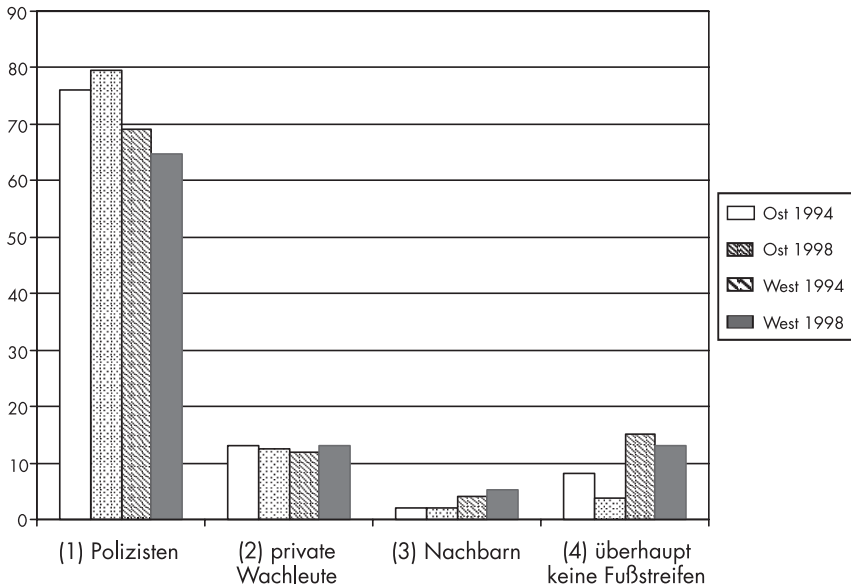
„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

Antworten (in % der Befragten)	Ost		West	
	1994	1998	1994	1998
(1) Polizisten	76	80	69	65
(2) private Wachleute	13	12	12	13
(3) Nachbarn	2	2	4	5
(4) überhaupt keine Fußstreifen	8	4	15	13
n	2034	2064	1994	2023

Grafik 42:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

(Antworten in % der Befragten)



Auch 1998 bevorzugen wieder weitaus die meisten Befragten, vier Fünftel im Osten und zwei Drittel im Westen, Fußstreifen der Polizei in ihrer Gegend (siehe Tabelle 26 und Grafik 42). Der Anteil der Befürworter von Streifen durch private Sicherheitsdienste ist fast konstant geblieben: Etwa jeder achte spricht sich dafür aus. Nur eine kleine Minderheit (insgesamt ca. 4 %) wünscht sich Fußstreifen durch Nachbarn. Gesunken ist der Anteil derjenigen, die

überhaupt keine Fußstreifen in der eigenen Gegend wollen. Im Westen liegt er mit 13 % etwa dreimal so hoch wie im Osten.

Männliche Befragte lehnen Fußstreifen generell etwas häufiger ab (12,9 %) als weibliche (9,8 %), ebenso Befragte mit Hauptschulbildung (12,8 %) als solche mit Abitur (9,4 %), Personen mit einem Haushaltseinkommen von über DM 6000 (14,4 %) eher als solche mit unter DM 2.000 (7,6 %), Selbstständige / Landwirte (14,7 %), die überproportional in kriminalitätsarmen Wohngegenden leben dürften, häufiger als Arbeitslose (7,1 %) oder Schüler / Auszubildende (8,9 %), die relativ oft mit Straßenkriminalität konfrontiert werden.

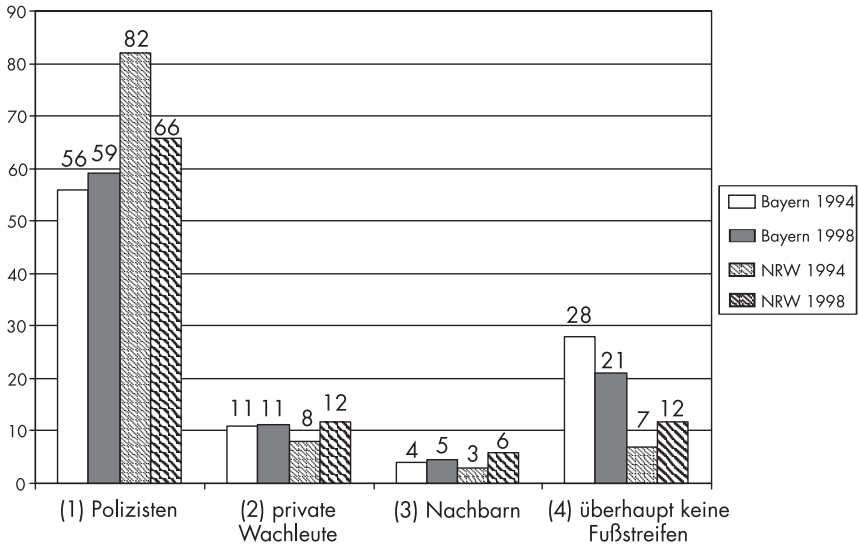
Bezüglich der Parteipräferenzen sprechen sich am seltensten Sympathisanten der PDS (5,2 %) gegen Fußstreifen in der eigenen Gegend überhaupt aus, ferner die der Republikaner (6,1 %) oder von Bündnis 90 / Die Grünen (7,1 %), am häufigsten dagegen die der FDP (12,9 %) oder der CDU / CSU (12,4 %). Dies dürfte mit der Wohnlage und dem Sicherheitsgefühl zusammenhängen. Vermehrte Fußstreifen der Polizei werden am wenigsten oft von den Anhängern der Republikaner gewünscht (54,2 %), am häufigsten dagegen von Sympathisanten der PDS (78,1 %) und von Bündnis 90 / Die Grünen (77,7 %). Private Wachdienste finden bei den Anhängern der Republikaner (25,0 %) die vergleichsweise stärkste Befürwortung, die geringste Sympathie dagegen bei denen von Bündnis 90 / Die Grünen (6,3 %) oder der FDP (9,1 %). Auch Streifen durch Nachbarn würden in der eigenen Gegend am ehesten die Sympathisanten der Republikaner (14,6 %) vorziehen, am wenigsten dagegen diejenigen der PDS (2,5 %) oder von Bündnis 90 / Die Grünen (3,5 %). Die Anhänger der großen Parteien (SPD und CDU / CSU) liegen mit ihren Bewertungen meist nahe am Durchschnitt.

Grafik 43:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

Nur Bayern/Nordrhein-Westfalen (NRW)

(Antworten in % der Befragten)



Im Ländervergleich werden in allen neuen Ländern und in Ostberlin deutlich häufiger polizeiliche Fußstreifen in der eigenen Gegend gewünscht als in allen alten Ländern oder Westberlin und zwar am stärksten ausgeprägt in Sachsen-Anhalt (88,8%), Mecklenburg-Vorpommern (85,5%) und Brandenburg (81,8%). In den alten Ländern wird dies am meisten in Niedersachsen/Bremen (70,8%) sowie Rheinland-Pfalz/Saarland (69,8%) befürwortet, am wenigsten dagegen in Westberlin (57,0%) und in Bayern (59,2%). Private Wachleute finden in Schleswig-Holstein/Hamburg (24,4%) und in Ostberlin (20,9%) die stärkste, in Sachsen-Anhalt (8,4%), Mecklenburg-Vorpommern (8,8%) und Niedersachsen/Bremen (9,3%) die geringste Sympathie. Streifen durch Nachbarn werden am häufigsten in Westberlin (16,4%) befürwortet, am wenigsten dagegen in allen neuen Ländern und in Schleswig-Holstein/Hamburg (2,4%). In Bayern (21,1%) werden Fußstreifen in der eigenen Gegend am häufigsten generell abgelehnt, am seltensten dagegen in den neuen Ländern (Sachsen-Anhalt 1,0%, Mecklenburg-Vorpommern 1,4%, Brandenburg 1,6%).

Die 1994 noch auffällig großen Unterschiede zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen haben sich 1998 stark verringert (siehe Grafik 43).

3.4.1.2.1 Präferenz für Polizei

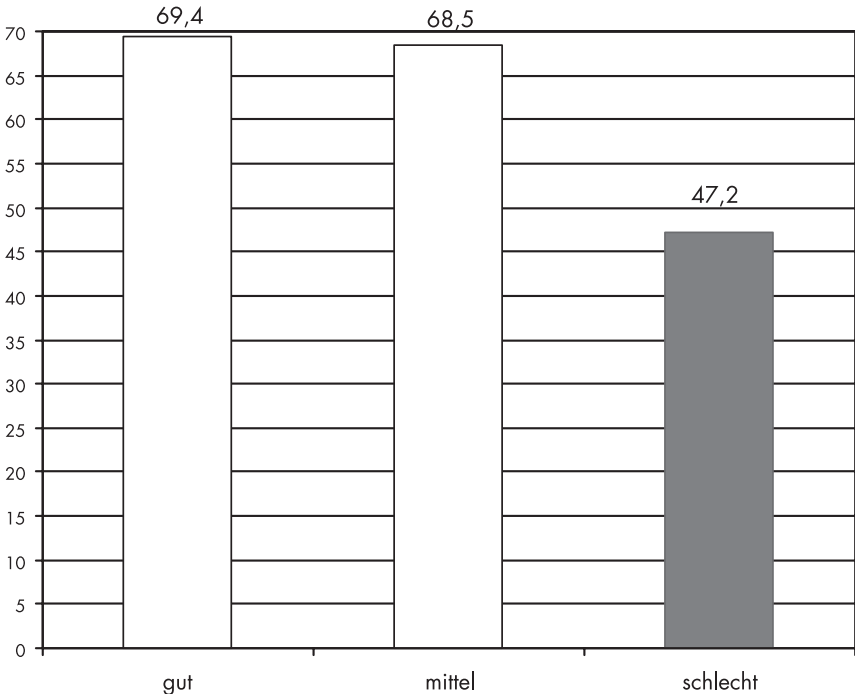
Wer die polizeiliche Arbeit für schlecht hält, plädiert weitaus weniger als die übrigen für polizeiliche Fußstreifen, wie Grafik 44 verdeutlicht.

Grafik 44:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

– Die Polizei. Die Polizei macht ihre Arbeit . . .

(Antworten in % der Befragten)



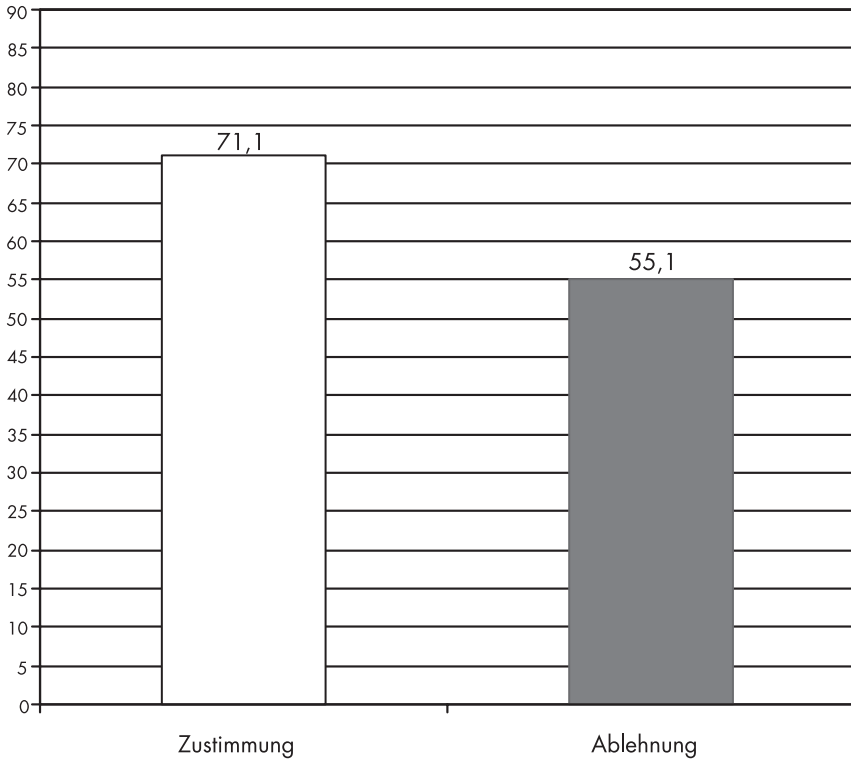
Vermehrte polizeiliche Fußstreifen in der eigenen Gegend favorisieren besonders Menschen, die die meisten Polizisten für freundlich und hilfsbereit halten (siehe Grafik 45).

Grafik 45:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

„– Die Polizei. These: Die meisten Polizisten sind freundlich“

(Antworten in % der Befragten)



3.4.1.2.2 Präferenz für private Wachleute

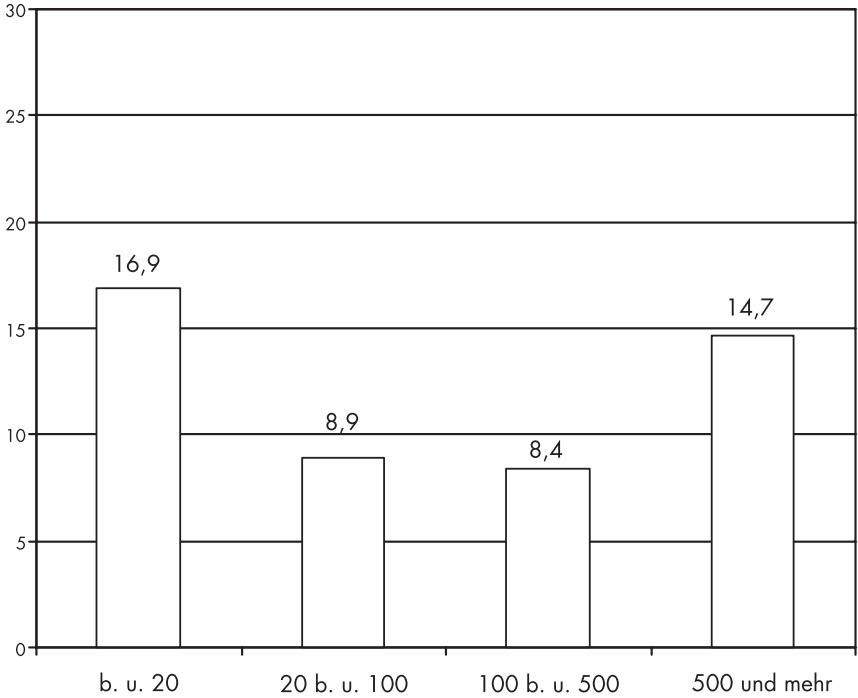
Fußstreifen durch private Wachleute werden überraschenderweise besonders in Gemeinden unter 20.000 Einwohner für gut gehalten. Erst dann folgen Großstädte ab 500.000 Einwohner (siehe Grafik 46).

Grafik 46:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

„- Private Wachleute“

(Antworten in % der Befragten)



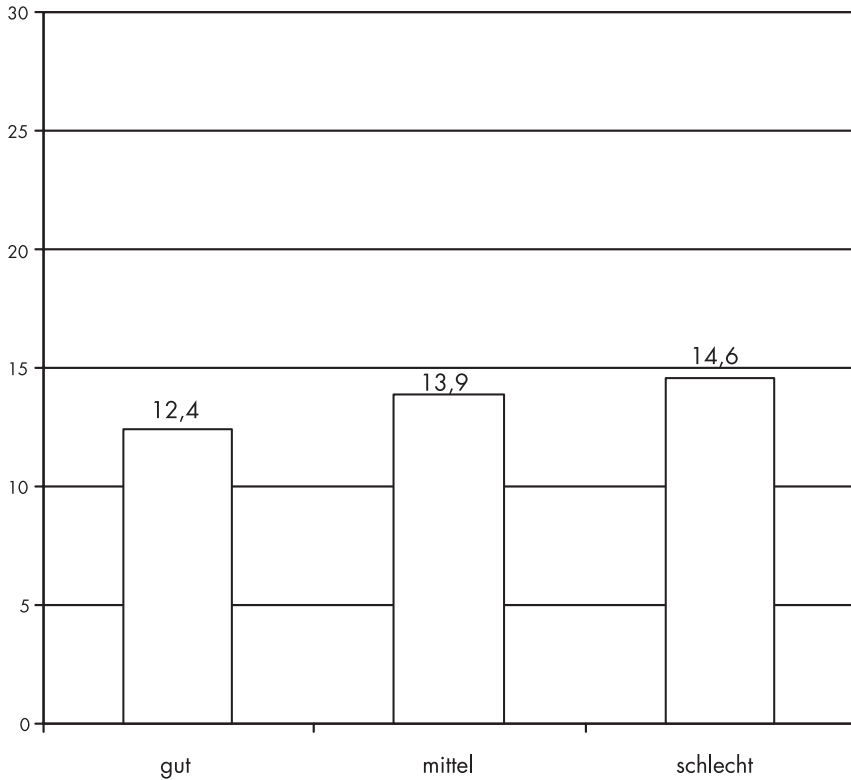
Wie Grafik 47 zeigt, besteht nur ein geringer Zusammenhang zwischen der Bewertung der polizeilichen Leistung und dem Wunsch nach Streifen durch private Wachleute.

Grafik 47:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

„– Private Wachleute/ Die Polizei macht ihre Arbeit ...“

(Antworten in % der Befragten)



3.4.1.2.3 Präferenz für Nachbarn

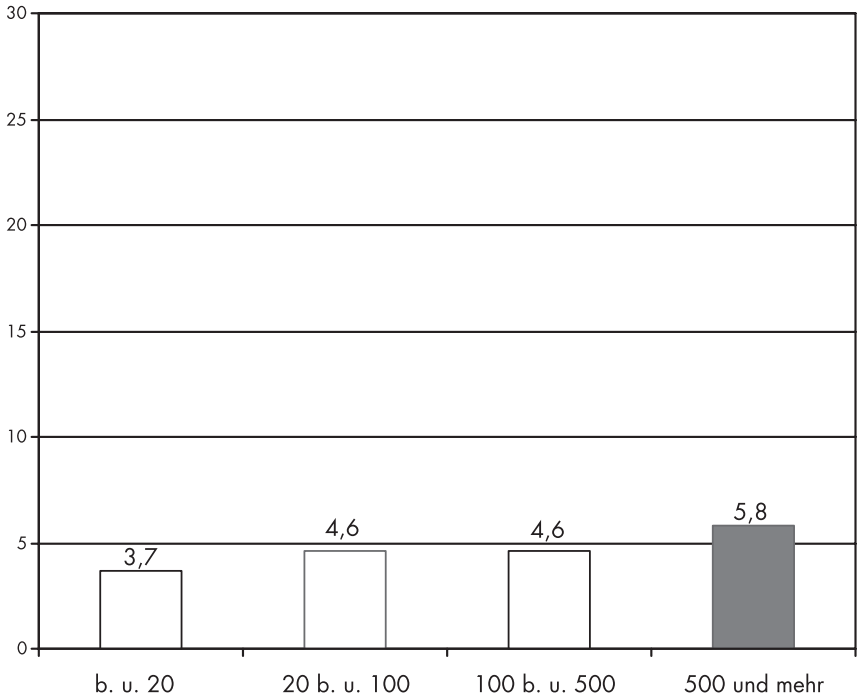
Streifen durch Nachbarn werden nur von einer kleinen Minderheit insbesondere in den größten Städten ab 500.000 Einwohner favorisiert, wie Grafik 48 verdeutlicht.

Grafik 48:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

„Nachbarn“

(Antworten in % der Befragten)



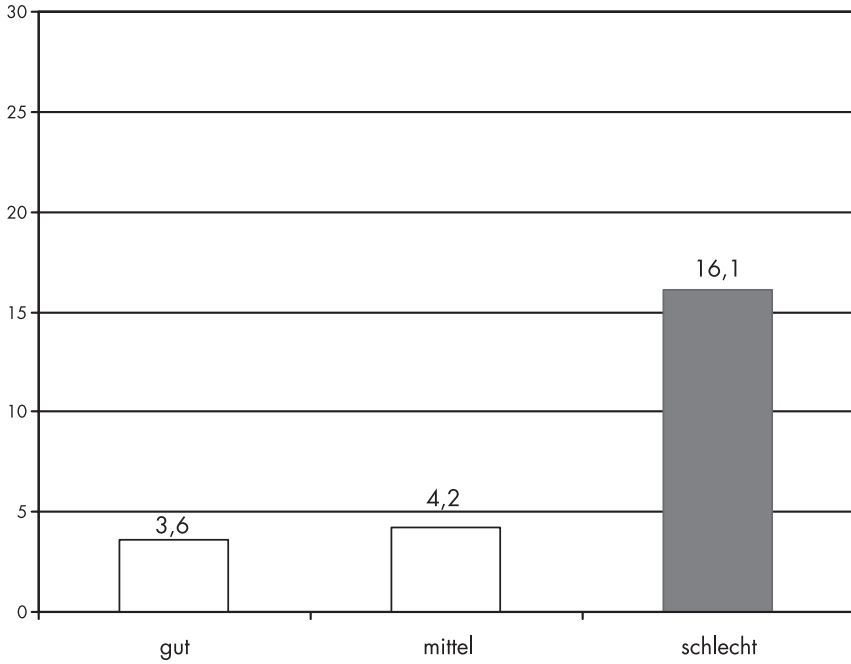
Besonders diejenigen, die von der polizeilichen Leistung nicht überzeugt sind, sprechen sich für Fußstreifen durch Nachbarn aus (siehe Grafik 49).

Grafik 49:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

„Nachbarn/ Die Polizei macht ihre Arbeit ...“

(Antworten in % der Befragten)



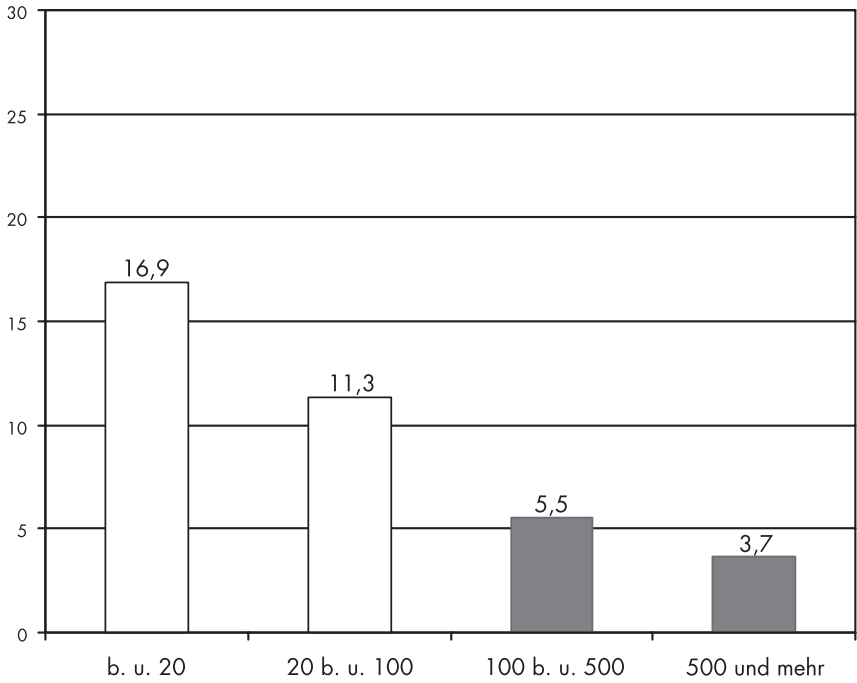
Verständlicherweise werden in kriminalitätsarmen Gemeinden unter 20.000 Einwohner Fußstreifen am häufigsten für überflüssig gehalten, während in Großstädten nur sehr wenige diese Auffassung vertreten (siehe Grafik 50).

Grafik 50:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

„Keine Fußstreifen“

(Antworten in % der Befragten)



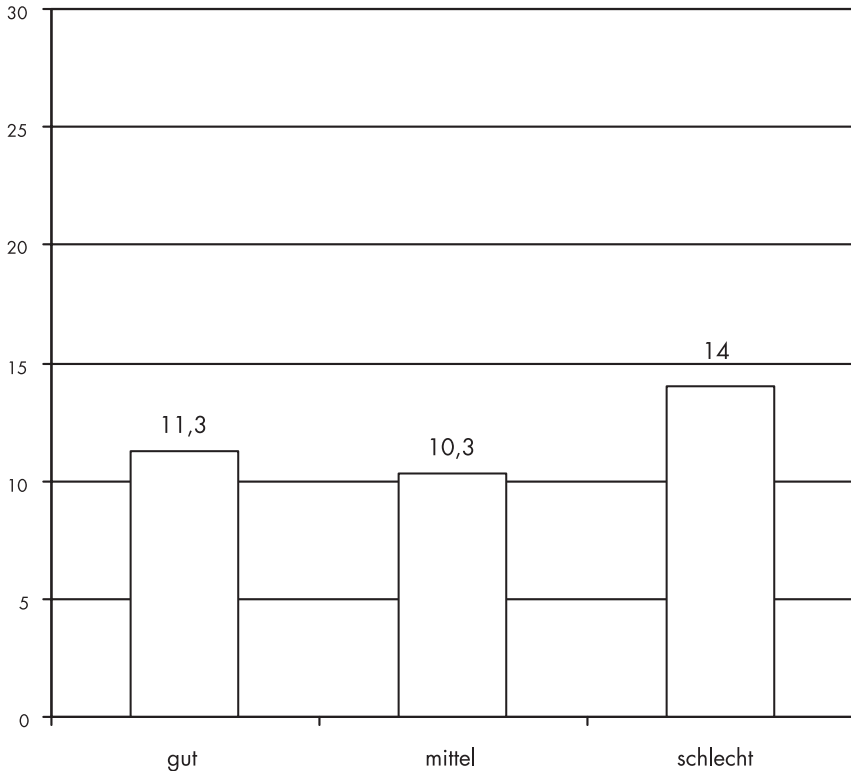
Die vermutete Qualität der polizeilichen Arbeit hat offenbar wenig Einfluss auf die Meinung, ob Fußstreifen überhaupt sinnvoll sind oder nicht (siehe Grafik 51).

Grafik 51:

„Wer sollte in Ihrer Gegend Fußstreifen durchführen: Polizisten, Wachleute einer Privatfirma oder Nachbarn?“

„– Keine Fußstreifen. Die Polizei macht ihre Arbeit ...“

(Antworten in % der Befragten)



3.4.2 Persönliche Schutzmaßnahmen

Nachdem im vorangehenden Abschnitt von der Wirkung polizeilicher Fußstreifen oder privater Wachdienste auf das Sicherheitsgefühl die Rede war, geht es nun ergänzend und den Präventionsteil abschließend um die Bereitschaft der Befragten, selbst einen Beitrag zur Verbesserung der eigenen Sicherheit zu leisten. Weil Prävention nicht der eigentliche Gegenstand dieser wiederholten Umfragen ist, blieb diese Thematik auf eine Frage beschränkt.

Tabelle 27:

Sagen Sie mir bitte, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen: „Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist nicht sehr groß. Deshalb hat es wenig Sinn, sich Kosten und Beschränkungen für persönliche zusätzliche Schutzmaßnahmen aufzuerlegen.“

stimme zu (in % der Befragten)	Ost			West		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
(1) voll und ganz zu	8	7	10	8	8	13
(2) eher zu	24	28	36	26	32	38
(3) eher nicht zu	46	45	42	45	42	33
(4) überhaupt nicht zu	22	18	10	22	16	13
n	4950	2034	2064	2023	1994	2023

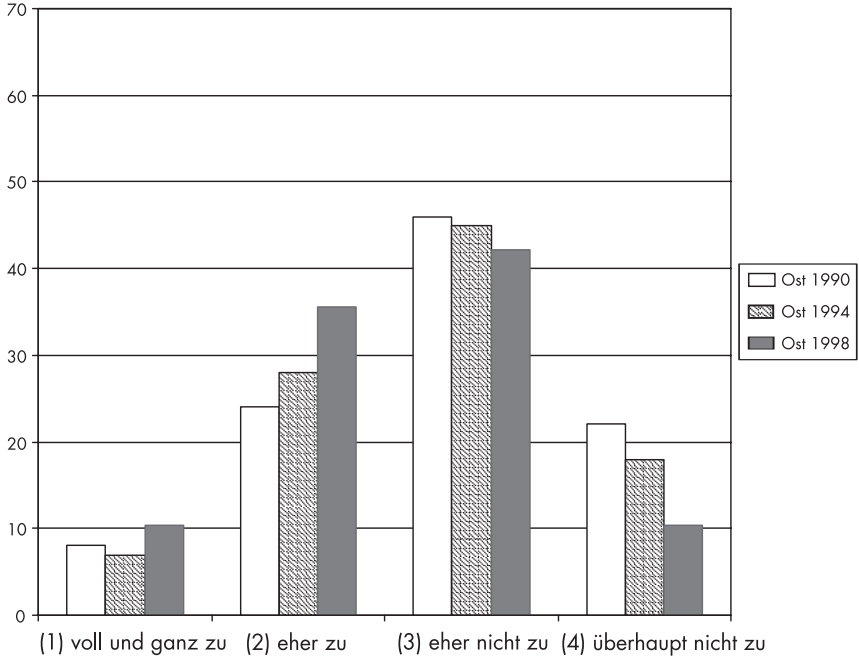
Seit 1990 und insbesondere 1994 ist die Bereitschaft, für persönliche zusätzliche Schutzmaßnahmen sich Opfer und Beschränkungen aufzuerlegen, im Osten (siehe Tabelle 27 und Grafik 52) und Westen (siehe Tabelle 27 und Grafik 53) gesunken. Hierbei mag sich niederschlagen, dass viele wohl glauben, ihr Eigentum in den vergangenen Jahren bereits hinreichend gesichert zu haben. Interessanterweise macht es für die jüngeren Befragten mehr Sinn, sich besonders zu schützen, als für die älteren. 53,5 % der unter 35-Jährigen, aber nur 42,0 % der ab 60-Jährigen halten zusätzliche Schutzmaßnahmen nicht für nutzlos. Aber auch hier könnte die Erklärung sein, dass die älteren Menschen sich bereits in der Vergangenheit sicherheitsbewusster verhalten haben als die jungen. Bei der Schulbildung ergeben sich keine signifikanten Unterschiede. Unter den Berufsgruppen befürworteten am häufigsten Selbstständige / Landwirte (59,3 %) eigene zusätzliche Schutzmaßnahmen, relativ selten dagegen Rentner (42,9 %). Frauen (49,5 % stimmen der „Sinnlosigkeitsthese“ eher nicht oder überhaupt nicht zu) zeigen ein etwas größeres Sicherheitsbewusstsein als Männer (45,1 %). Bezüglich der Parteipräferenzen halten Anhänger der PDS (56,7) und der Republikaner (56,4 %) zusätzliche Schutzmaßnahmen überdurchschnittlich oft für sinnvoll. Die Sympathisanten der übrigen Parteien entfernen sich nicht weit vom Durchschnitt.

Grafik 52:

Sagen Sie mir bitte, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen: „Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist nicht sehr groß. Deshalb hat es wenig Sinn, sich Kosten und Beschränkungen für persönliche zusätzliche Schutzmaßnahmen aufzuerlegen.“

(Ost)

(Zustimmung in % der Befragten)

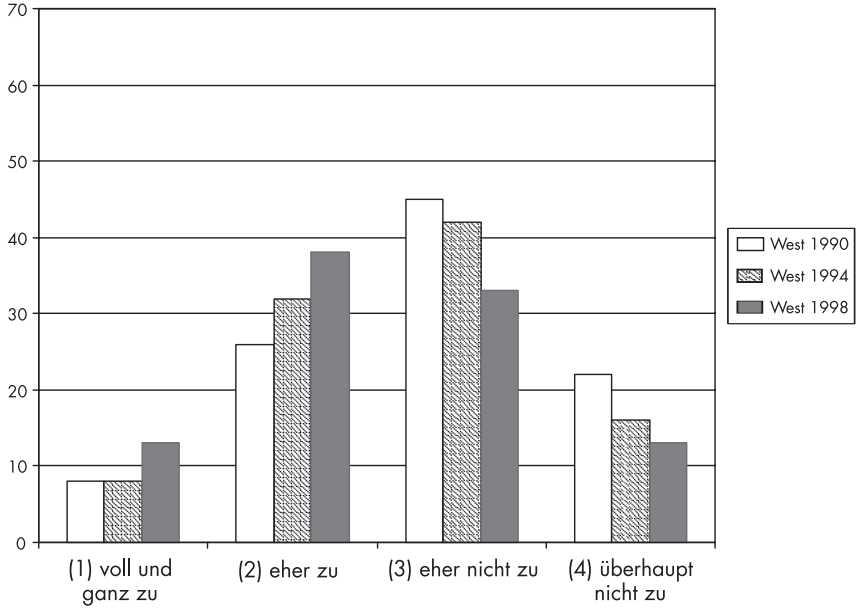


Grafik 53:

Sagen Sie mir bitte, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen: „Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist nicht sehr groß. Deshalb hat es wenig Sinn, sich Kosten und Beschränkungen für persönliche zusätzliche Schutzmaßnahmen aufzuerlegen.“

(West)

(Antworten in % der Befragten)



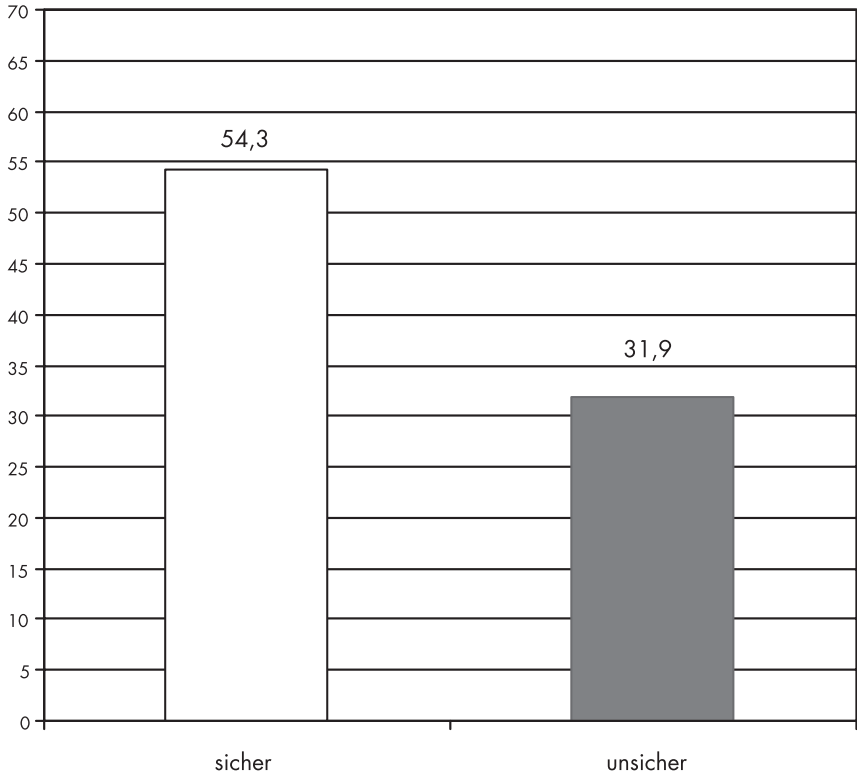
Im Ländervergleich wird am häufigsten in Sachsen-Anhalt (69,3%), Ostberlin (65,0%) und Hessen (63,9%) es als sinnvoll erachtet, sich Kosten und Beschränkungen für persönliche zusätzliche Schutzmaßnahmen aufzuerlegen. Am seltensten ist dies dagegen in Mecklenburg-Vorpommern (25,9%), Niedersachsen/Bremen (40,2%), Rheinland-Pfalz/Saarland (40,7%), Bayern (42,4%) und Baden-Württemberg (45,0%) der Fall. Die Extrempositionen für Sachsen-Anhalt einerseits und Mecklenburg-Vorpommern andererseits sind kaum zu verstehen, statistisch aber signifikant und decken sich mit dem jeweils vermuteten Risiko eines Wohnungseinbruchs. Aus den vorangehenden Ergebnissen ist zumal bezüglich Wohnungseinbruch ferner ein relativ stark beeinträchtigtes Sicherheitsgefühl in Ostberlin (hier ist das Ergebnis allerdings wegen der relativ geringen absoluten Zahl der dort Befragten [164] nicht sicher) und im Vergleich der alten Länder auch in Hessen abzuleiten, was ein verstärktes Interesse an Selbstschutz verständlich macht. Umgekehrt fühlen sich die Befragten aus Rheinland-Pfalz/Saarland, Bayern und Baden-Württemberg überdurchschnittlich sicher und halten deshalb zusätzliche eigene Maßnahmen überproportional oft für überflüssig. Bei den verschiedenen Gemeindegrößen zeigen sich kaum Unterschiede im Antwortverhalten. Wird die eigene Gegend als sicher eingeschätzt, werden zusätzliche Schutzmaßnahmen meist als überflüssig angesehen (siehe Grafik 54).

Grafik 54:

Zustimmung zu der These, dass zusätzliche Schutzmaßnahmen sinnlos sind: „voll und ganz“ und „eher ja“.

„Die eigene Gegend ist sicher/unsicher.“

(Antworten in % der Befragten)



3.5 Bewertung der Kriminalitätsschwere

1984 hatte EMNID im Auftrag des BKA bereits in den alten Ländern mit Westberlin danach gefragt, wie schwer bestimmte Straftaten eingeschätzt werden. Um nicht einen Teil der Befragten durch eine zu differenzierte Skalierung zu überfordern, wurde auf eine schlichte Unterscheidung (1 besonders schlimm, 2 ziemlich schlimm, 3 weniger schlimm, 4 überhaupt nicht schlimm) zurückgegriffen, die sich 1984 durch ihre Allgemeinverständlichkeit bewährt hatte. Die Ergebnisse von 1984 können mit denen der alten Länder mit Westberlin (West) für 1998 verglichen werden, um die Entwicklung in diesen fünfzehn Jahren zu verfolgen. Ferner ist ein Vergleich zwischen diesen Daten und den Resultaten für die neuen Länder mit Ostberlin (Ost) für 1998 möglich.

3.5.1 Gesamtbewertungsvergleich der verschiedenen Straftaten

Der Zeitvergleich 1998 zu 1994 zeigt im Westen eine strenger gewordene Beurteilung bei den meisten Straftaten (siehe Tabelle 28 und Grafik 55), die in der Durchschnittsbewertung aber weniger deutlich wird als in der sich in den Abschnitten 3.5.2 bis 3.5.15 anschließenden Einzeldarstellungen. Dies gilt zumal für die von den Befragten als relativ weniger schwer eingestuften Delikte Ladendiebstahl und Beamtenbestechung, aber auch für Wohnungseinbruch, Vandalismus, Alkohol am Steuer und Tierquälerei. Einzige Ausnahme bilden die Umweltdelikte, die 1998 geringfügig milder beurteilt werden als Mitte der 80er Jahre. Die Bewertung im Osten stimmt bei einem Teil der Straftaten mit der des Westens völlig überein (Beamtenbestechung, Umweltdelikte, Überfall, Ladendiebstahl, Wohnungseinbruch, Wirtschaftskriminalität) oder ist noch etwas strenger als im Westen wie insbesondere bei Alkohol am Steuer.

Tabelle 28:

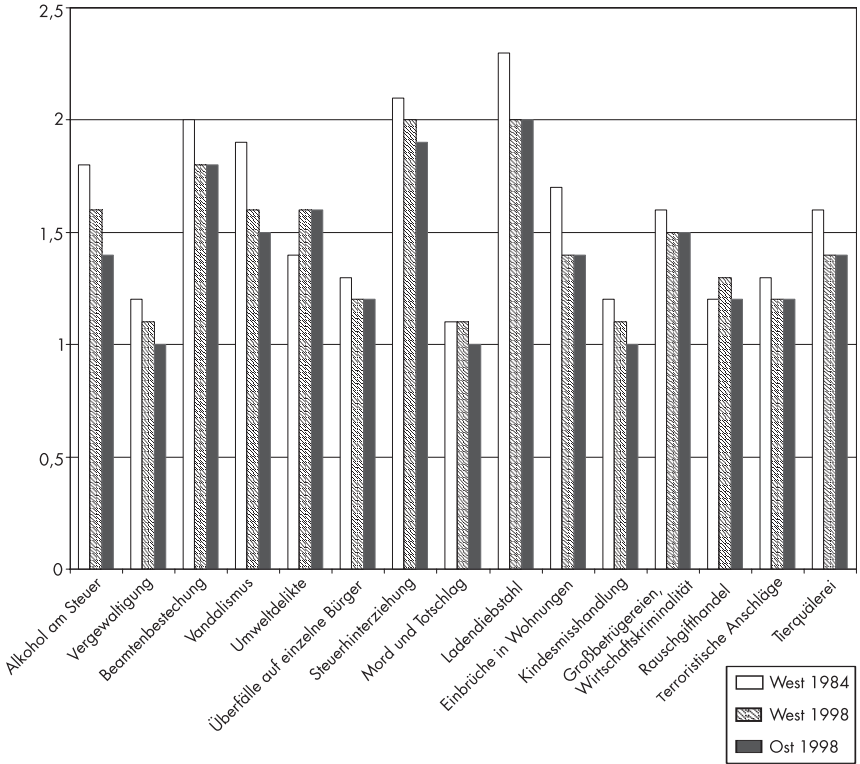
Durchschnittsbewertung von Handlungen nach der Skala von (1) besonders schlimm bis (4) überhaupt nicht schlimm

Durchschnittsbewertung für	1984	1998	1998
	West	West	Ost
Alkohol am Steuer	1,8	1,6	1,4
Vergewaltigung	1,2	1,1	1,0
Beamtenbestechung	2,0	1,8	1,8
Vandalismus	1,9	1,6	1,5
Umweltdelikte	1,4	1,6	1,6
Überfälle auf einzelne Bürger	1,3	1,2	1,2
Steuerhinterziehung	2,1	2,0	1,9
Mord und Totschlag	1,1	1,1	1,0
Ladendiebstahl	2,3	2,0	2,0
Einbrüche in Wohnungen	1,7	1,4	1,4
Kindesmisshandlung	1,2	1,1	1,0
Großbetrügereien, Wirtschaftskriminalität	1,6	1,5	1,5
Rauschgifthandel	1,2	1,3	1,2
Terroristische Anschläge	1,3	1,2	1,2
Tierquälerei	1,6	1,4	1,4

Grafik 55:

Durchschnittsbewertung von Handlungen nach der Skala von (1) besonders schlimm bis (4) überhaupt nicht schlimm

(Antworten in % der Befragten)



Angesichts der geringen Unterschiede im Urteil zwischen Ost und West, als auch im zeitlichen Vergleich ist eine bemerkenswerte Stabilität in der Schwerebewertung zu konstatieren. Als am gravierendsten erscheinen in den Augen der Befragten erwartungsgemäß die schwersten Gewalttaten wie Mord und Totschlag sowie Vergewaltigung, aber schon auf dem gleichen Niveau die Kindesmisshandlung, wobei sich die Befragten wohl besonders gravierende Fälle vorgestellt haben dürften. Es folgen terroristische Anschläge, Überfälle und Rauschgifthandel. Am Ende der Rangskala erscheinen solche Delikte, die sich gegen anonyme Großfirmen, Staat oder Allgemeinheit richten wie Ladendiebstahl, Steuerhinterziehung, Beamtenbestechung oder Umweltdelikte. Deutlich gravierender im Vergleich zu diesen Delikten und auch verglichen mit 1984 wird Alkohol am Steuer eingeschätzt, dessen manchmal tödliche Folgen der Bevölkerung anscheinend zunehmend bewusst werden.

3.5.2 Bewertung des Ladendiebstahls

Ladendiebstahl wird im Westen von deutlich mehr Befragten als gravierend eingestuft als noch vor 15 Jahren (siehe Tabelle 29 und Grafik 56). 1998 unterscheiden sich die Bewertungen im Osten und Westen Deutschlands kaum.

Tabelle 29:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Ladendiebstahl

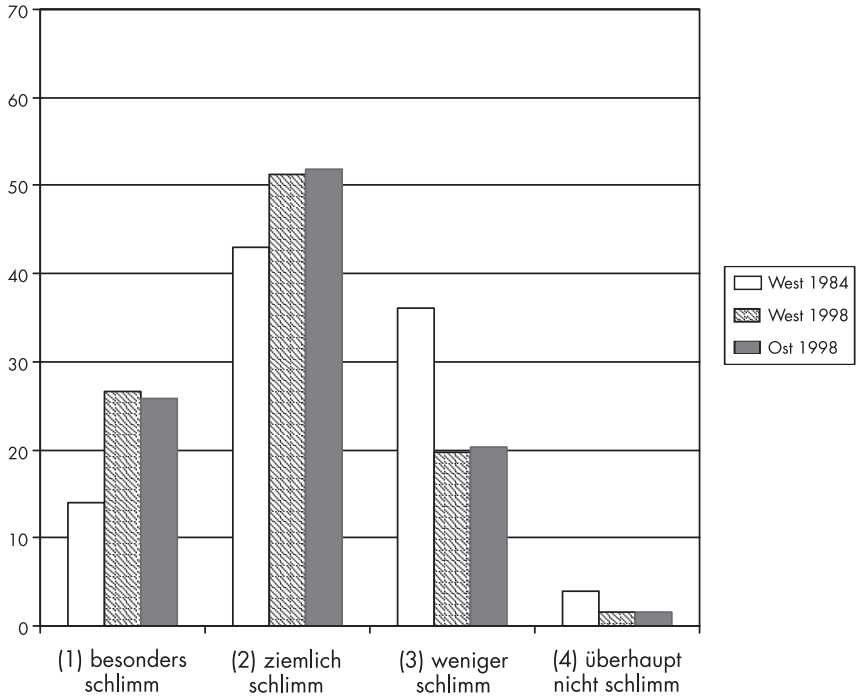
Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	14,0	26,6	25,9
(2) ziemlich schlimm	43,0	51,3	51,8
(3) weniger schlimm	36,0	19,7	20,4
(4) überhaupt nicht schlimm	4,0	1,6	1,5
Durchschnitt (1) bis (4)	2,3	2,0	2,0
n	2012	2023	2064

Grafik 56:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Ladendiebstahl

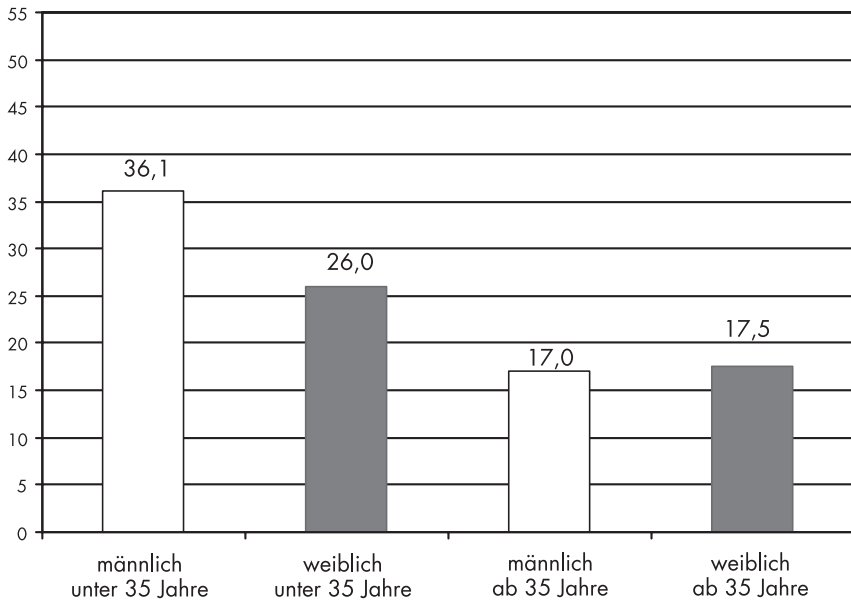
(Antworten in % der Befragten)



Erhebliche Unterschiede ergeben sich in der Bewertung des Ladendiebstahls nach einzelnen Geschlechts- und Altersgruppen (siehe Grafik 57). Während 41,7% der (jeweils männlichen) unter 21-Jährigen, 38,6% der 21- bis unter 30-Jährigen sowie 28,1% der 30- bis unter 40-Jährigen Ladendiebstahl für „weniger schlimm“ oder „überhaupt nicht schlimm“ halten, sind dies bei den männlichen mindestens 60-Jährigen nur 11,9% und bei den weiblichen unter 21-Jährigen 29,0% sowie den weiblichen ab 60-Jährigen 16,4%. Entsprechend lauten die Anteile bei Rentnern (13,4%) und Hausfrauen (16,5%) gegenüber in Ausbildung Befindlichen (37,0%) und Arbeitslosen (33,0%). Nach Parteipräferenzen findet sich der größte Anteil derjenigen, die Ladendiebstahl „weniger“ oder „überhaupt nicht schlimm“ finden, bei den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen (40,6%), der geringste bei solchen der CDU/CSU (15,1%) und der SPD (21,4%). Im Ländervergleich wird die Einstufung als „weniger“ oder „überhaupt nicht schlimm“ am häufigsten in Sachsen-Anhalt (35,1%), Ostberlin (33,2%) und Schleswig-Holstein/Hamburg (30,6%) gewählt, am seltensten dagegen in Rheinland-Pfalz/Saarland (10,7%) und Baden-Württemberg sowie Sachsen (jeweils 15,7%).

Grafik 57:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Ladendiebstahl: „weniger schlimm/überhaupt nicht schlimm“
(Antworten in % der Befragten)



3.5.3 Bewertung des Rauschgifthandels

Die Bewertung des Rauschgifthandels im Osten entspricht derjenigen im Westen vor 15 Jahren, während sich im Westen 1998 eine etwas mildere Beurteilung zeigt (siehe Tabelle 30 und Grafik 58).

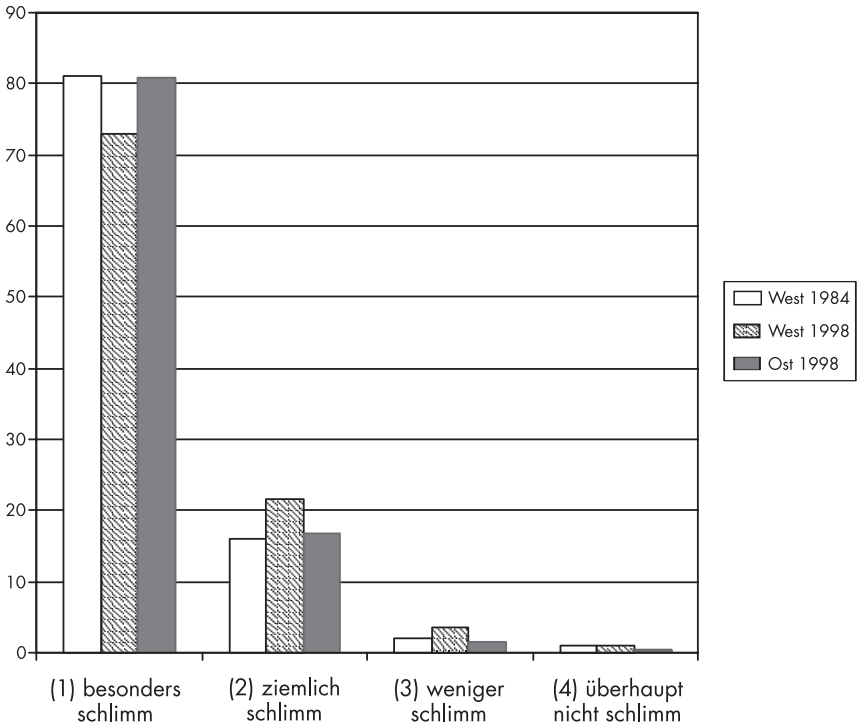
Tabelle 30:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Rauschgifthandel**

Antworten (in % der Befragten)	West	West	Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	81,0	73,0	80,8
(2) ziemlich schlimm	16,0	21,6	16,9
(3) weniger schlimm	2,0	3,5	1,6
(4) überhaupt nicht schlimm	1,0	1,1	0,3
Durchschnitt (1) bis (4)	1,2	1,3	1,2
n	2012	2023	2064

Grafik 58:

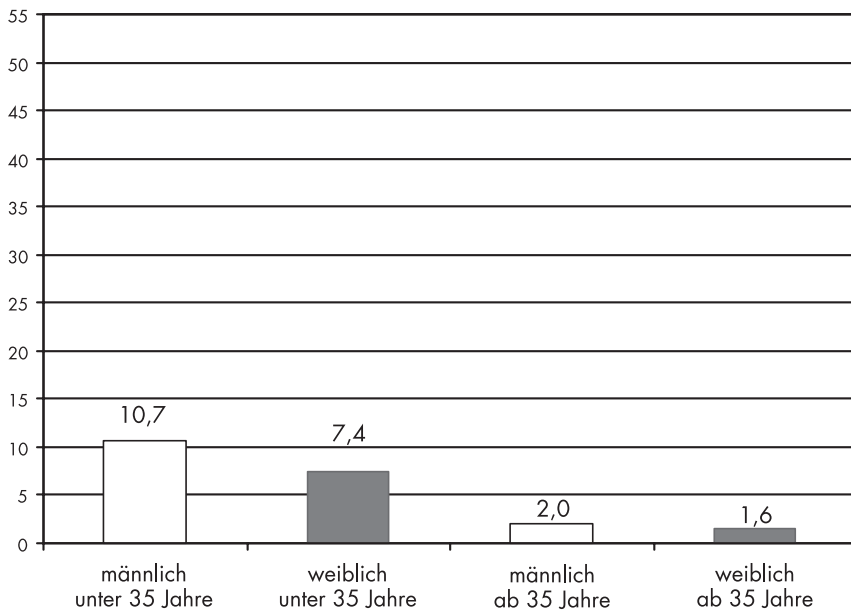
**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Rauschgifthandel: „weniger schlimm/überhaupt nicht schlimm“**
(Antworten in % der Befragten)



Auch bei Rauschgifthandel gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen (siehe Grafik 59). Für „besonders schlimm“ halten ihn 83,8 % der 50- bis unter 60-Jährigen, aber nur 54,7 % der unter 21-Jährigen. Damit stimmt überein, dass nur 54,3 % der in Ausbildung Stehenden dieses Urteil abgeben, aber 81,5 % der Rentner, 79,9 % der Beamten, 79,4 % der Hausfrauen oder 78,6 % der Selbstständigen oder Landwirte. Bezüglich der Parteipräferenzen erscheint überraschend, dass Anhänger der Republikaner (65,1 % „besonders schlimm“, aber kleine absolute Zahl) am mildesten urteilen vor denen von Bündnis 90/Die Grünen (67,2 %). Strenger werten dagegen Sympathisanten von SPD (76,9 %), CDU/CSU (76,6 %) und FDP (76,0 %). Gewerkschaftsmitglieder sagen sogar zu 83,3 % „besonders schlimm“. In fast allen Bevölkerungsgruppen findet der Rauschgifthandel somit große Mehrheiten für eine rigorose Ablehnung. Im Westen urteilen 73,0 % „besonders schlimm“, im Osten 80,8 %. Im Ländervergleich ist die Ablehnung in Brandenburg (89,0 % „besonders schlimm“), Sachsen (83,7 %), Mecklenburg-Vorpommern (83,3 %), Bayern (82,9 %) und Niedersachsen/Bremen (81,6 %) am stärksten, am geringsten dagegen in Westberlin (53,5 %), Ostberlin (59,6 %), Schleswig-Holstein/Hamburg (61,2 %) und Baden-Württemberg (62,7 %).

Grafik 59:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Rauschgifthandel: „weniger schlimm/überhaupt nicht schlimm“
 (Antworten in % der Befragten)



3.5.4 Bewertung fremdenfeindlicher Angriffe

Erstmals wurden 1998 fremdenfeindliche Angriffe auf Ausländer sowie auf Aussiedler in die Bewertung aufgenommen (siehe Tabelle 31 und Grafik 60). Die Ablehnung derartiger Taten fällt im Osten und Westen etwa gleich entschieden aus.

Tabelle 31:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Fremdenfeindliche Angriffe auf Ausländer**

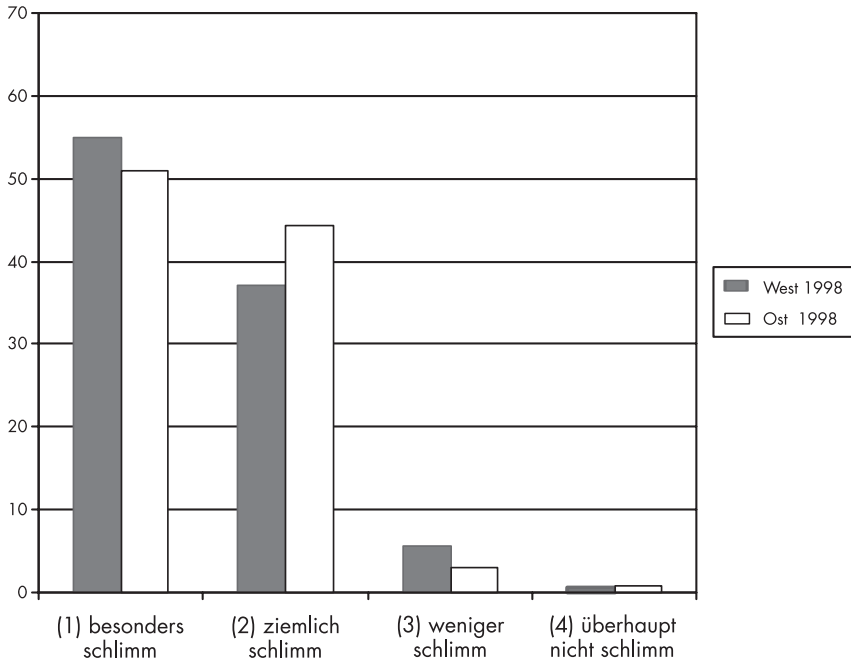
Antworten (in % der Befragten)	West	Ost
	1998	1998
(1) besonders schlimm	55,0	51,0
(2) ziemlich schlimm	37,1	44,3
(3) weniger schlimm	5,6	3,1
(4) überhaupt nicht schlimm	0,7	0,9
Durchschnitt (1) bis (4)	1,5	1,5
n	2023	2064

Grafik 60:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Fremdenfeindliche Angriffe auf Ausländer

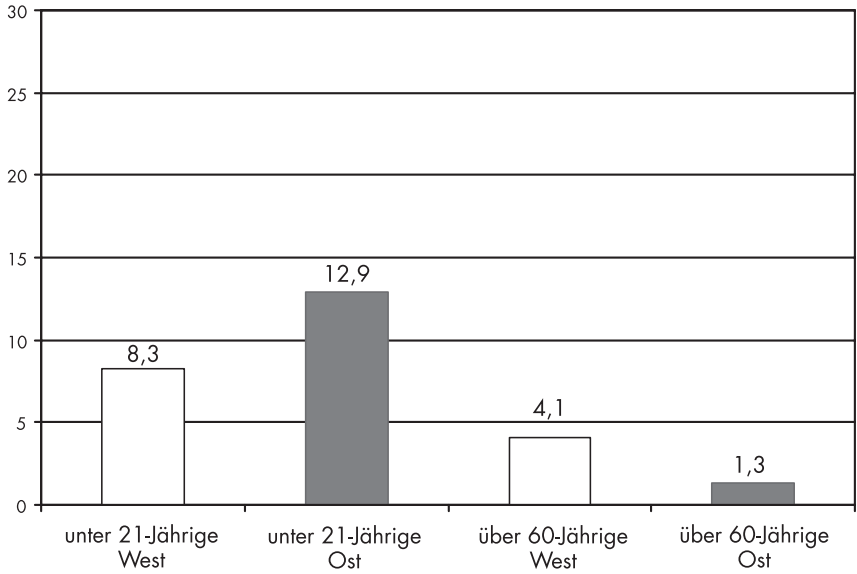
(Antworten in % der Befragten)



Bei fremdenfeindlichen Angriffen gegen Ausländer (siehe Grafik 61) zeigt sich besonders im Osten im Vergleich zu den ab 60-jährigen bei einem deutlich größeren Teil der jungen Menschen unter 21 eine verharmlosende Bewertung.

Grafik 61:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Fremdenfeindliche Angriffe auf Ausländer (nach Altersgruppen):
„weniger schlimm und überhaupt nicht schlimm“
(Antworten in % der Befragten)**



Der Bewertung fremdenfeindlicher Angriffe auf Ausländer folgt die Beurteilung gleichartiger Handlungen gegen Aussiedler, um evtl. rassistische Aspekte bei einer mildereren Bewertung derartiger Taten deutlich werden zu lassen. Im Ergebnis zeigt sich bei der Ablehnung von Anschlägen gegen Aussiedler kein nennenswerter, statistisch signifikanter Unterschied zu fremdenfeindlichen Angriffen gegen Ausländer.

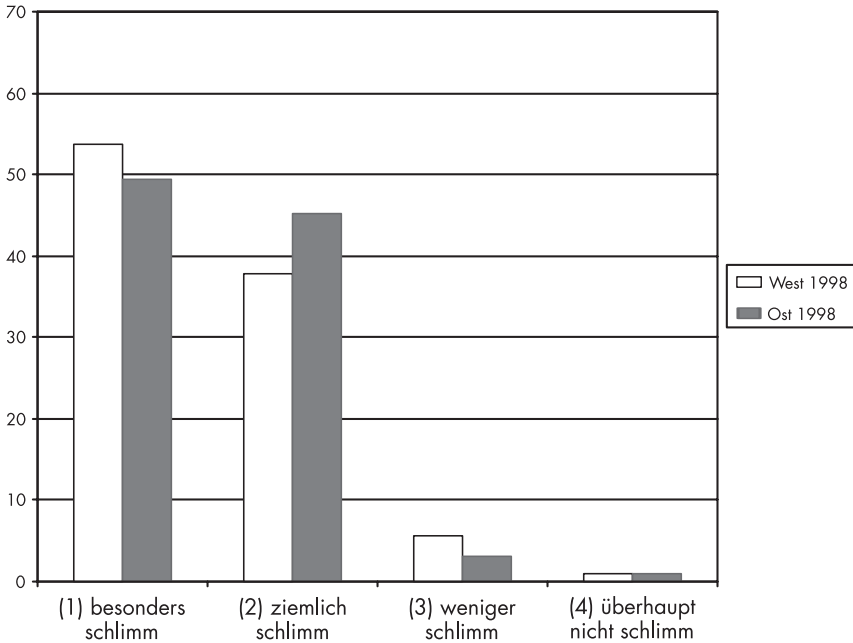
Tabelle 32:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Fremdenfeindliche Angriffe auf Aussiedler**

Antworten (in % der Befragten)	West	Ost
	1998	1998
(1) besonders schlimm	53,8	49,7
(2) ziemlich schlimm	37,8	45,3
(3) weniger schlimm	5,7	3,1
(4) überhaupt nicht schlimm	0,9	0,9
Durchschnitt (1) bis (4)	1,5	1,5
n	2023	2064

Grafik 62:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Fremdenfeindliche Angriffe auf Aussiedler**
(Antworten in % der Befragten)



3.5.5 Alkohol am Steuer

Alkohol am Steuer wird im Westen 1998 wesentlich strenger beurteilt als 15 Jahre zuvor. Die Bewertung im Osten fällt aber noch erheblich rigider aus (siehe Tabelle 33 und Grafik 63).

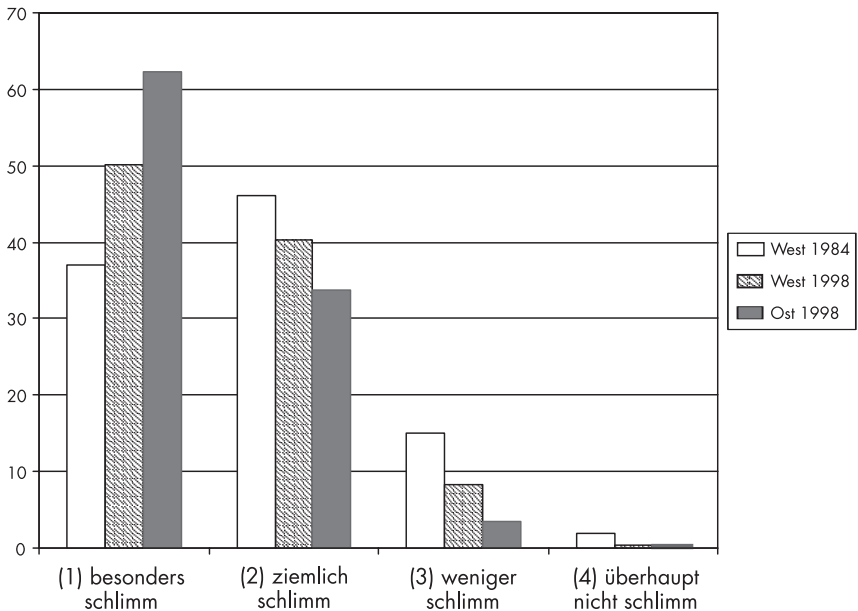
Tabelle 33:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Alkohol am Steuer

Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	37	50,2	62,2
(2) ziemlich schlimm	46	40,3	33,8
(3) weniger schlimm	15	8,2	3,5
(4) überhaupt nicht schlimm	2	0,4	0,1
Durchschnitt (1) bis (4)	1,8	1,6	1,4
n	2012	2023	2064

Grafik 63:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Alkohol am Steuer
(Antworten in % der Befragten)



3.5.6 Vergewaltigung

Vergewaltigung wird 1998 im Westen von deutlich mehr Befragten besonders schlimm eingestuft als 15 Jahre zuvor. Im Osten wird noch strenger geurteilt (siehe Tabelle 34 und Grafik 64).

Tabelle 34:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Vergewaltigung

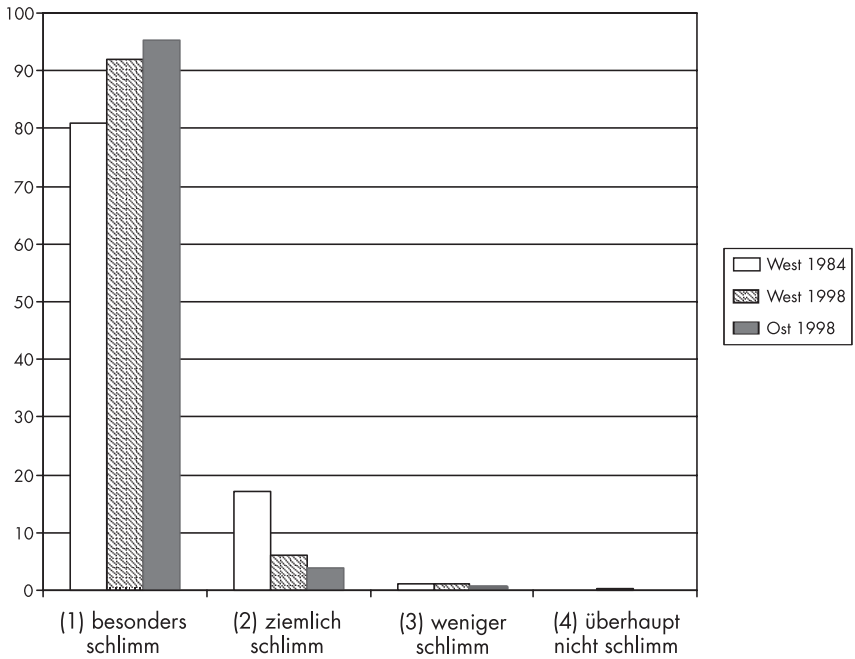
Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	81,0	91,9	95,2
(2) ziemlich schlimm	17,0	6,1	4,0
(3) weniger schlimm	1,0	1,2	0,3
(4) überhaupt nicht schlimm	0,0	0,2	0,1
Durchschnitt (1) bis (4)	1,2	1,1	1,0
n	2012	2023	2064

Grafik 64:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Vergewaltigung

(Antworten in % der Befragten)



3.5.7 Beamtenbestechung

Auch bei Beamtenbestechung hat sich im Westen seit 1984 eine strengere Bewertung durchgesetzt, die derjenigen im Osten weitgehend gleicht (siehe Tabelle 35 und Grafik 65).

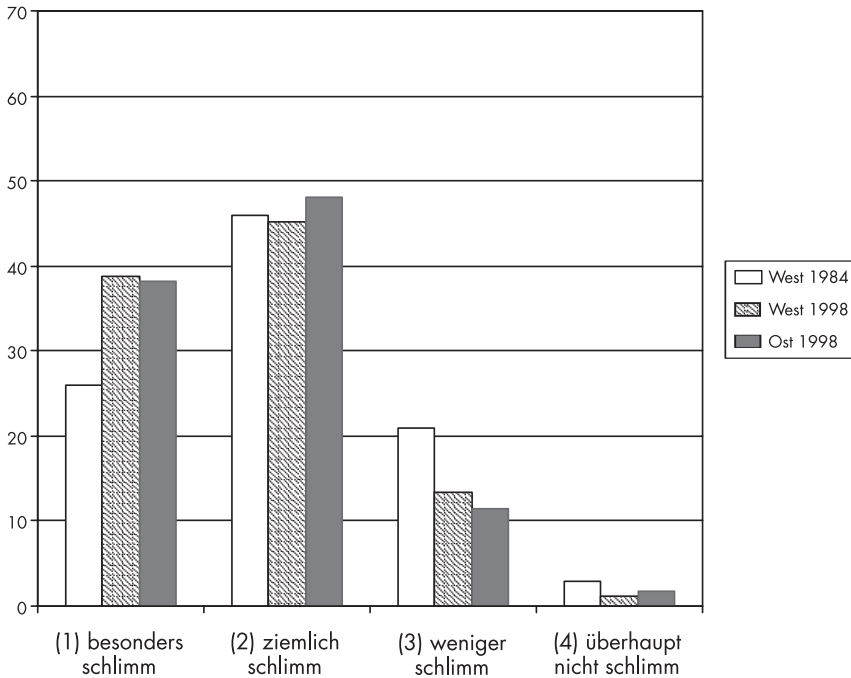
Tabelle 35:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Beamtenbestechung

Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	26,0	38,8	38,2
(2) ziemlich schlimm	46,0	45,1	48,0
(3) weniger schlimm	21,0	13,4	11,4
(4) überhaupt nicht schlimm	3,0	1,2	1,7
Durchschnitt (1) bis (4)	2,0	1,8	1,8
n	2012	2023	2064

Grafik 65:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Beamtenbestechung
 (Antworten in % der Befragten)



3.5.8 Vandalismus

Der gleiche Trend zu rigoroseren Urteilen zeigt sich im Westen auch bei Vandalismus. Die Bewertungen in West und Ost ähneln sich 1998 (siehe Tabelle 36 und Grafik 66).

Tabelle 36:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Vandalismus

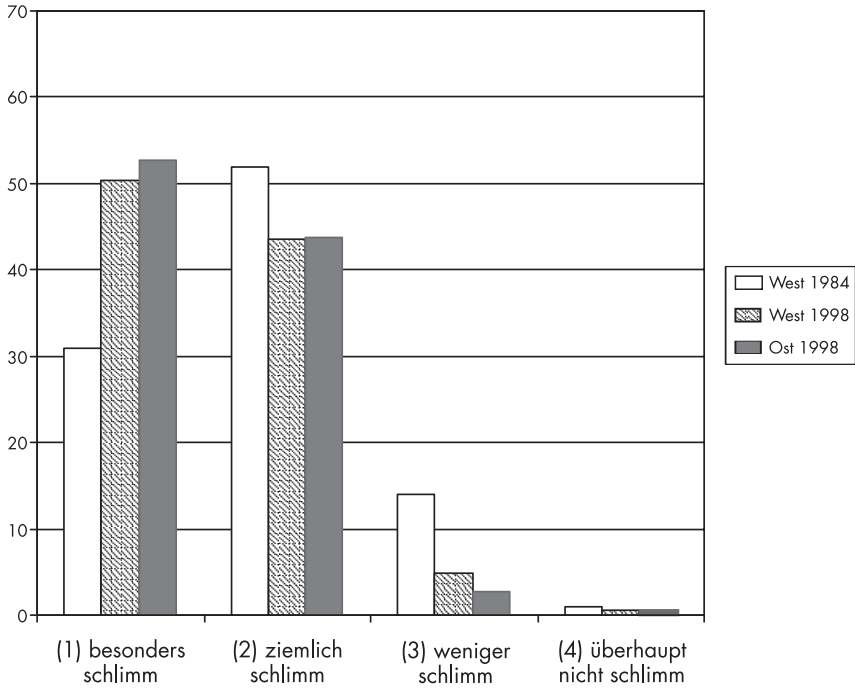
Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	31,0	50,3	52,7
(2) ziemlich schlimm	52,0	43,5	43,7
(3) weniger schlimm	14,0	4,9	2,7
(4) überhaupt nicht schlimm	1,0	0,5	0,4
Durchschnitt (1) bis (4)	1,9	1,6	1,5
n	2012	2023	2064

Grafik 66:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Vandalismus

(Antworten in % der Befragten)



3.5.9 Umweltdelikte

Eine Ausnahme bilden die Umweltdelikte, die 1998 im Westen von deutlich weniger Befragten für besonders schlimm gehalten werden als noch vor 15 Jahren. Die Bewertung von 1998 unterscheidet sich nur wenig von der im Osten (siehe Tabelle 37 und Grafik 67).

Tabelle 37:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Umweltdelikte

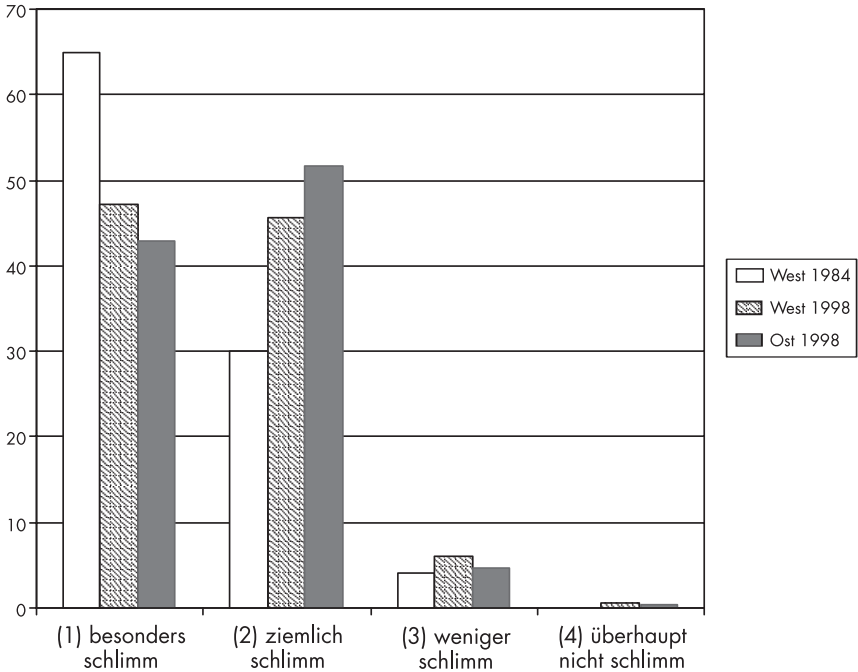
Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	65,0	47,1	42,8
(2) ziemlich schlimm	30,0	45,7	51,6
(3) weniger schlimm	4,0	6,0	4,7
(4) überhaupt nicht schlimm	0,0	0,5	0,3
Durchschnitt (1) bis (4)	1,4	1,6	1,6
n	2012	2023	2064

Grafik 67:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Umweltdelikte

(Antworten in % der Befragten)



3.5.10 Überfälle

Überfälle auf Bürger werden im Westen 1998 als schlimmer bewertet als 1994. Das Urteil im Osten fällt ganz ähnlich aus (Tabelle 38 und Grafik 68).

Tabelle 38:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Überfälle auf Bürger

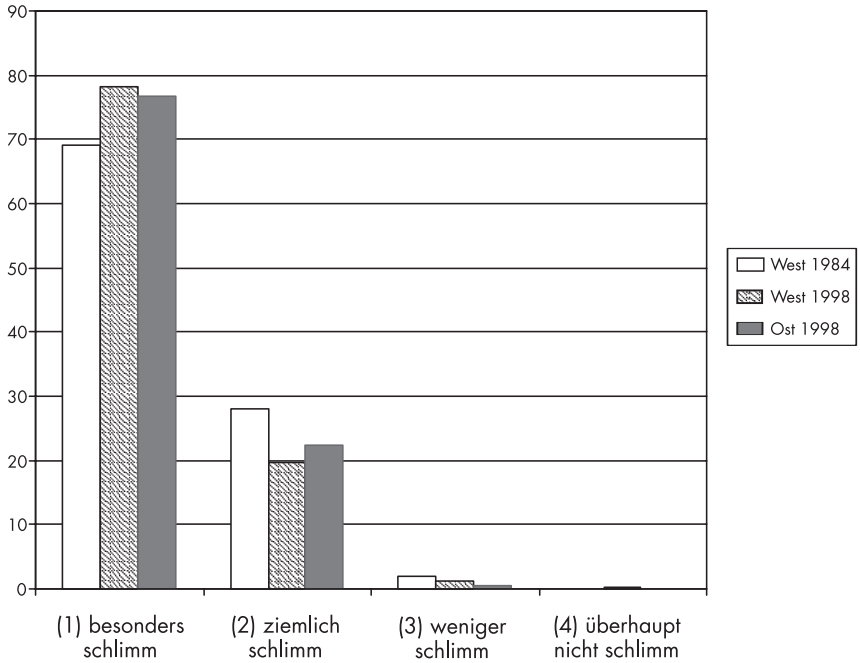
Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	69,0	78,2	76,6
(2) ziemlich schlimm	28,0	19,7	22,4
(3) weniger schlimm	2,0	1,2	0,5
(4) überhaupt nicht schlimm	0,0	0,3	0,1
Durchschnitt (1) bis (4)	1,3	1,2	1,2
n	2012	2023	2064

Grafik 68:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Überfälle auf Bürger

(Antworten in % der Befragten)



3.5.11 Steuerhinterziehung

Steuerhinterziehung wird 1998 im Westen etwas strenger bewertet als vor 15 Jahren. Im Osten wird dieses Delikt noch etwas ernster als im Westen genommen (siehe Tabelle 39 und Grafik 69).

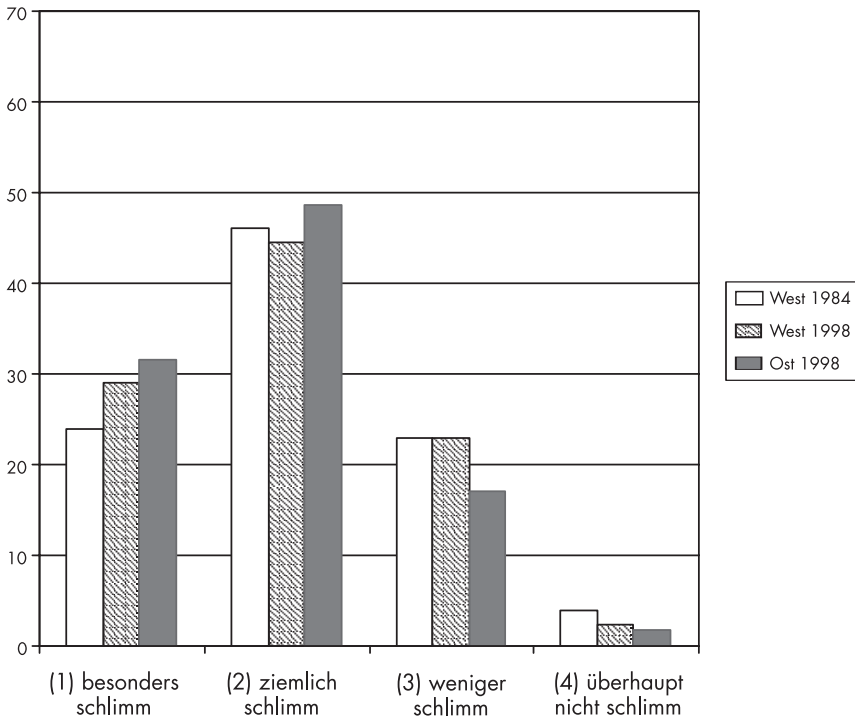
Tabelle 39:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Steuerhinterziehung

Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	24,0	29,0	31,6
(2) ziemlich schlimm	46,0	44,6	48,7
(3) weniger schlimm	23,0	22,9	17,0
(4) überhaupt nicht schlimm	4,0	2,4	1,8
Durchschnitt (1) bis (4)	2,1	2,0	1,9
n	2012	2023	2064

Grafik 69:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Steuerhinterziehung
 (Antworten in % der Befragten)



3.5.12 Mord und Totschlag

Die rigoroseste Bewertung ergibt sich erwartungsgemäß bei Mord und Totschlag, im Osten noch etwas ausgeprägter als im Westen (siehe Tabelle 40 und Grafik 70). Die Antworten „weniger schlimm“ und „überhaupt nicht schlimm“ zeigen das geringe Ausmaß unseriöser Antworten bei dieser Befragung an.

Tabelle 40:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Mord und Totschlag

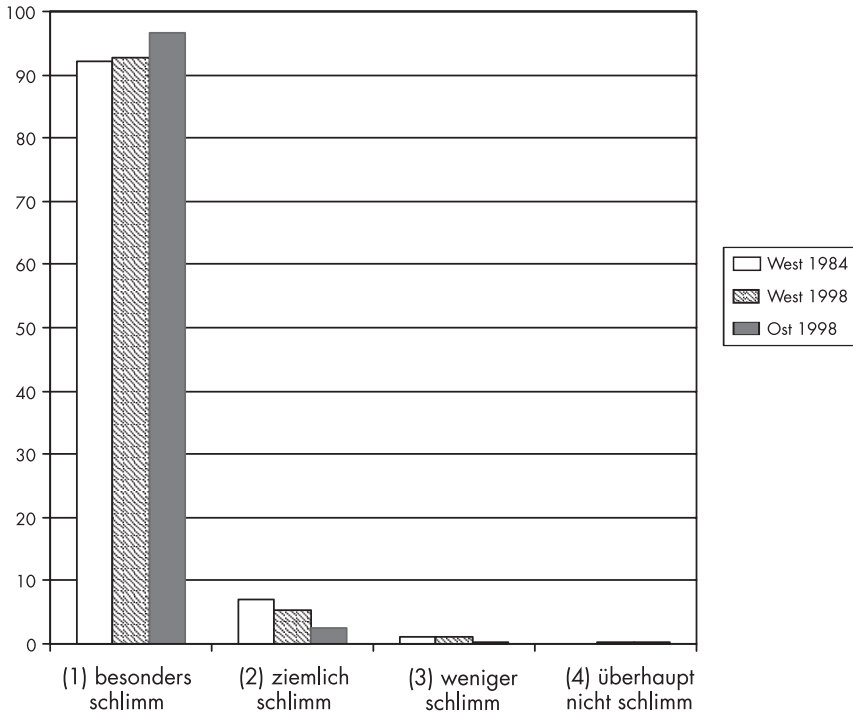
Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	92,0	92,8	96,5
(2) ziemlich schlimm	7,0	5,3	2,6
(3) weniger schlimm	1,0	1,1	0,3
(4) überhaupt nicht schlimm	0,0	0,2	0,2
Durchschnitt (1) bis (4)	1,1	1,1	1,0
n	2012	2023	2064

Grafik 70:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Mord und Totschlag

(Antworten in % der Befragten)



3.5.13 Wohnungseinbruch

Bei Wohnungseinbruch zeigt sich wie bei verschiedenen anderen Delikten wieder ein starker Anstieg der „besonders schlimm“- Kategorie im Westen und 1998 eine weitgehende Übereinstimmung mit dem Osten (Tabelle 41 und Grafik 71).

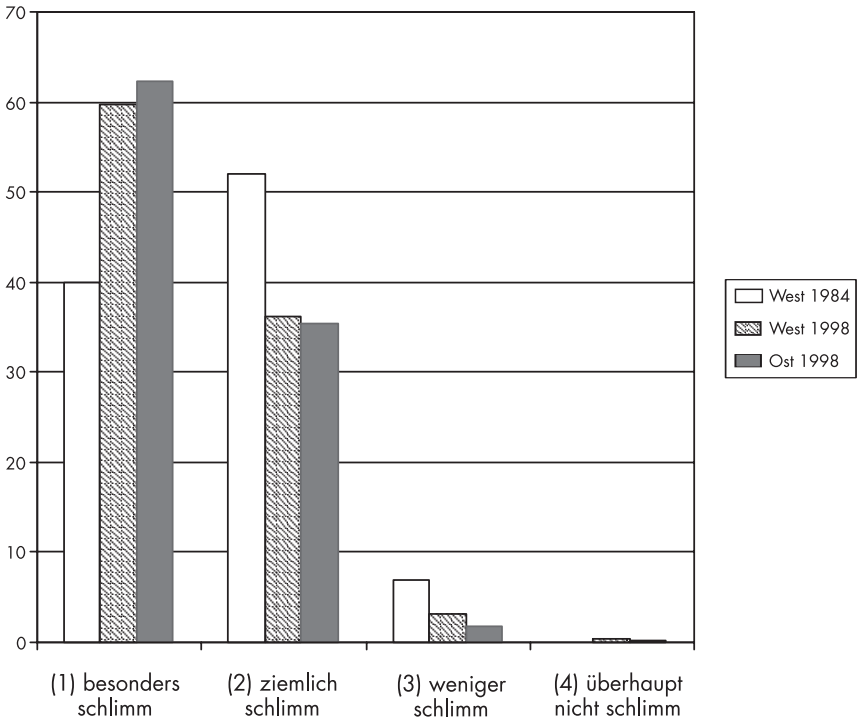
Tabelle 41:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Einbrüche in Wohnungen**

Antworten (in % der Befragten)	West	West	Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	40,0	59,8	62,3
(2) ziemlich schlimm	52,0	36,2	35,4
(3) weniger schlimm	7,0	3,1	1,7
(4) überhaupt nicht schlimm	0,0	0,3	0,2
Durchschnitt (1) bis (4)	1,7	1,4	1,4
n	2012	2023	2064

Grafik 71:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Einbrüche in Wohnungen**
(Antworten in % der Befragten)



3.5.14 Kindesmisshandlung

Auch Kindesmisshandlung wird 1998 im Westen schärfer verurteilt als 15 Jahre zuvor und im Osten noch entschiedener (siehe Tabelle 42 und Grafik 72).

Tabelle 42:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Kindesmisshandlung

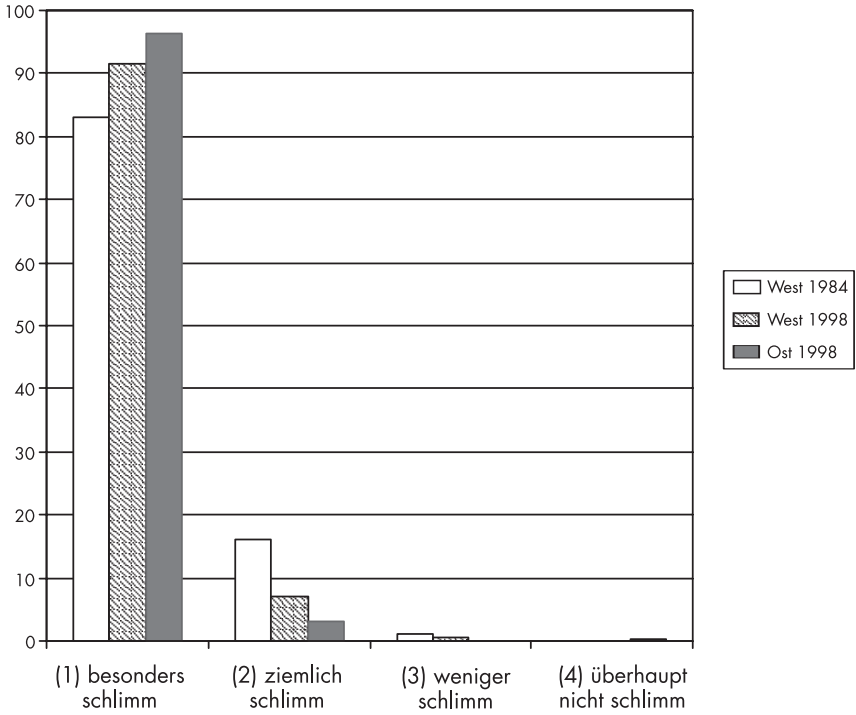
Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	83,0	91,4	96,2
(2) ziemlich schlimm	16,0	7,2	3,0
(3) weniger schlimm	1,0	0,7	0,1
(4) überhaupt nicht schlimm	0,0	0,1	0,2
Durchschnitt (1) bis (4)	1,2	1,1	1,0
n	2012	2023	2064

Grafik 72:

Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:

Kindesmisshandlung

(Antworten in % der Befragten)



3.5.15 Wirtschaftskriminalität

Auch bei Wirtschaftskriminalität/Großbetrügereien ergibt sich ein Trend zu strengerer Bewertung seit 1984 im Westen und 1998 nahezu Übereinstimmung mit dem Osten (siehe Tabelle 43 und Grafik 73).

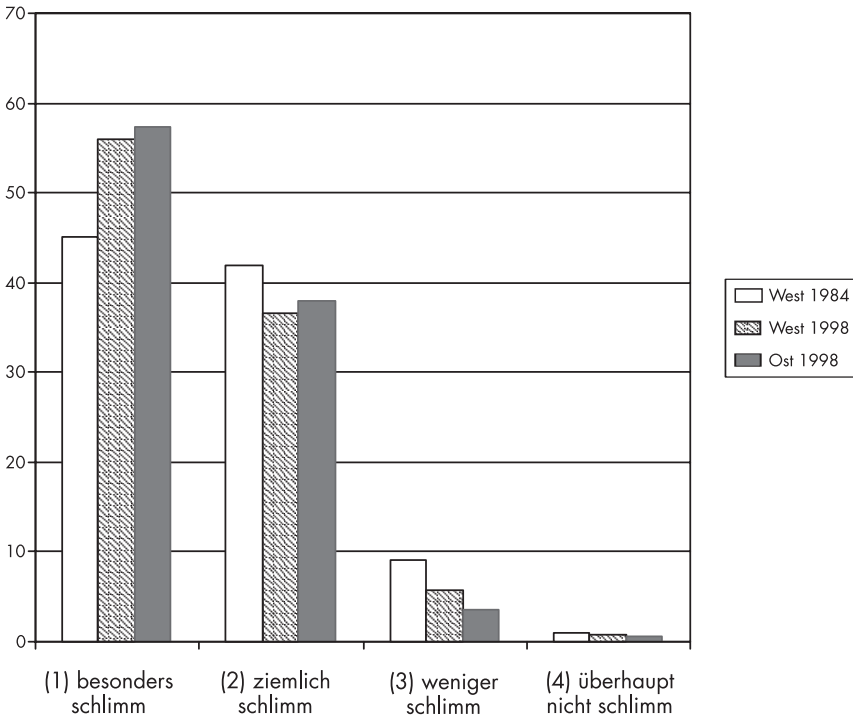
Tabelle 43:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Großbetrug, Wirtschaftskriminalität**

Antworten (in % der Befragten)	West		Ost
	1984	1998	1998
(1) besonders schlimm	45,0	56,0	57,4
(2) ziemlich schlimm	42,0	36,5	37,9
(3) weniger schlimm	9,0	5,8	3,6
(4) überhaupt nicht schlimm	1,0	0,7	0,5
Durchschnitt (1) bis (4)	1,6	1,5	1,5
n	2012	2023	2064

Grafik 73:

**Bitte sagen Sie, wie Sie die folgende Handlung bewerten:
Großbetrug, Wirtschaftskriminalität**
(Antworten in % der Befragten)



4 Zusammenfassung

Für Polizei und Kriminalpolitik ist es nicht nur wichtig, die objektive Sicherheitslage möglichst verlässlich beurteilen zu können. Auch Erkenntnisse über die subjektiven Aspekte des Sicherheitsgefühls, der Einschätzung der Kriminalitätssituation und der Bewertung der Polizei durch die Bevölkerung sind für erfolgreiche „kundenorientierte“, d. h. bürgernahe polizeiliche und kriminalpolitische Strategien und Maßnahmen unverzichtbar.

Mit der Replikationsstudie „Sicherheitsgefühl, Polizeiakzeptanz und Kriminalitätsbewertung“ sollte daher für 1998 überprüft werden, ob sich die von 1990 bis 1994 beobachtete Tendenz einer stark zunehmenden und im internationalen Vergleich ungewöhnlich starken Verunsicherung der deutschen Bevölkerung fortgesetzt hat. Ferner ist von Interesse, ob die erhebliche Diskrepanz in den Bewertungen im Osten (neue Länder mit Ostberlin) und Westen (alte Länder mit Westberlin) auch langfristig fortbesteht oder ob eine Angleichung stattfindet. Außerdem ist nach den Ursachen für ein beeinträchtigtes Sicherheitsgefühl und nach der Schwereinschätzung bestimmter Straftaten zu fragen.

Antworten zu diesen und anderen Aspekten liefert eine erneute, im Herbst 1998 durchgeführte Repräsentativerhebung. Wie schon 1990 und 1994 (sowie in den neuen Ländern mit Ostberlin zu einzelnen Fragen zusätzlich 1991, jeweils im Herbst) hat das Bundeskriminalamt auch 1998 wieder durch das Meinungsforschungsinstitut EMNID in den Monaten Oktober und November die Bevölkerung zu verschiedenen Themen der Inneren Sicherheit befragen lassen. Dabei wurden kostengünstig als Teil einer Mehrthemenbefragung im Osten (neue Länder mit Ostberlin) und im Westen Deutschlands (alte Länder mit Westberlin) jeweils ca. 2000 Personen im Alter ab 14 Jahren interviewt (per Hausbesuch: face-to-face), insgesamt über 4000. Damit sind die Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung im Osten wie im Westen und auch für einzelne größere Teilgruppen repräsentativ.

Zu den Ergebnissen

Besonders auffällig ist, wie beträchtlich sich die **Akzeptanz der Polizei** im Osten in den letzten Jahren verbessert hat. Dies gilt sowohl für die Einschätzung der Bürgerfreundlichkeit als auch für die Leistungsbewertung. Selbst bei der Beurteilung der Arbeitsqualität schneidet die örtliche Polizei in den neuen Ländern heute besser als die Volkspolizei vor der Wende ab (Vergleichsdaten zur Volkspolizei vor der Wende wurden 1990 erhoben). Auch im Westen wird die Leistung der Polizei 1998 positiver beurteilt als vier Jahre zuvor und wieder etwa so gut wie 1990. Diese Entwicklung des Meinungsbildes steht mit der von der Polizeilichen Kriminalstatistik seit 1993 ausgewiesenen rückläufigen Tendenz der Straßenkriminalität in Einklang und geht auch mit den gestiegenen Aufklärungsquoten konform. Bei Bürgerfreundlichkeit und Leistungsbewertung nähert sich die Polizei im Osten der Beurteilung im Westen weiter an. Junge, insbesondere männliche Befragte stehen der Polizei kritischer gegenüber als die älteren.

Mit der gestiegenen Wertschätzung der Polizei geht ein gegenüber 1994 in den alten und zumal in den neuen Ländern stark gewachsenes Vertrauen in die Sicherheit der eigenen Gegend einher. Das **Risiko** z. B. eines Wohnungseinbruchs oder eines Überfalls wird für die nächsten 12 Monate erheblich geringer eingeschätzt als vier Jahre zuvor. Dies deckt sich mit einer seit 1993 nach der PKS stark sinkenden Tendenz bei Diebstahlsdelikten einschließlich Wohnungseinbruch sowie seit 1997 auch bei Raubdelikten. Unterschiede zwischen Ost und West sind in diesem Meinungsbild auf ein nicht mehr signifikantes Minimum geschrumpft. Gering sind auch die Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Frauen zeigen eine größere Kriminalitätsangst als Männer (besonders nachts draußen allein), vermutlich weil sie sich verwundbarer fühlen.

Das Ausgangsniveau von 1990 wurde beim **Sicherheitsgefühl** nach dem Tiefstand von 1994 auch bezüglich der Situation „nachts draußen allein in der eigenen Gegend“ fast wieder erreicht. Da sich aber gleichwohl nur eine Minderheit in der eigenen Gegend „sehr sicher“ fühlt, wurden die übrigen nach den Gründen für eine Verunsicherung oder sogar Angst befragt. Als besonders gravierende **Einflussfaktoren** stellen sich dabei Überfälle oder Einbrüche **in der eigenen Gegend** heraus, die fast jeden zweiten hierzu Befragten beunruhigen oder sogar in Angst versetzen; die übrigen geben an, dass es diese Vorkommnisse in der eigenen Gegend nicht gebe. Es folgen schlechte Beleuchtung/dunkle Ecken, Rauschgiftkonsum- oder -handel in der Öffentlichkeit und Schlägereien auf der Straße, die bei etwa jedem dritten oder vierten Befragten zu Beunruhigung oder Angst führen (schlechte Beleuchtung/dunkle Ecken sogar bei 48 % der weiblichen Befragten im Osten und bei 39 % im Westen). Vandalismus, „herumlungernde“ Personen oder Anpöbeleien in der eigenen Gegend beunruhigen oder verängstigen etwa jeden fünften Befragten und zwar ebenfalls weibliche häufiger als männliche. Kaum als Angstquelle, oft aber als Belästigung werden Schmutz und Müll, Betrunkene oder aufdringliche Bettler in der eigenen Gegend empfunden.

Trotz gestiegenem Sicherheitsgefühl wird auch 1998 wieder von einem beachtlichen Teil der Befragten vor allem in den großen Städten eine verbesserte Sicherheitslage in ihrer Gegend durch verstärkte polizeiliche **Fußstreifen** erhofft. Beim Einsatz privater Streifen **in der eigenen Gegend** würden sich dagegen mehr Befragte verunsichern als in ihrer Sicherheit gestärkt fühlen. Vier von fünf Befragten im Osten und zwei Drittel im Westen wünschen Fußstreifen der Polizei in ihrer Gegend. Jeder zehnte Befragte würde private Wachdienste vorziehen, während nur zwei Prozent im Osten oder fünf Prozent im Westen Streifen durch Nachbarn das größere Vertrauen schenken würden. Private Streifentätigkeit wird vor allem von denjenigen bevorzugt, die die Sicherheit ihrer Gegend sowie die Leistung und Bürgerfreundlichkeit der Polizei besonders negativ bewerten. Vier Prozent im Osten und dreizehn Prozent im Westen möchten lieber ganz auf Streifen in ihrer Gegend verzichten, weil sie sich sicher genug fühlen. Diese Personen bewerten die Polizei in der Regel gleichwohl sehr positiv und leben in einer nach eigener Einschätzung kriminalitätsarmen Gegend.

Zur **Schwereinschätzung** von Straftaten liegen für die alten Länder Vergleichsdaten aus 1984 vor. Innerhalb von fünfzehn Jahren haben sich die Bewertungen meist nur wenig geändert. Strenger beurteilt werden aber Alkohol am Steuer, Beamtenbestechung, Vandalismus, Steuerhinterziehung, Ladendiebstahl, Wohnungseinbruch, Kindesmisshandlung und Großbetrügereien/Wirtschaftskriminalität. Nur Umweltdelikte werden 1998 etwas milder beurteilt als 1984. Als am gravierendsten werden Mord/Totschlag, Vergewaltigung und Kindesmisshandlung eingestuft. Danach folgen terroristische Anschläge, Rauschgifthandel, Überfälle und Wohnungseinbrüche, die überwiegend noch als besonders schlimm eingestuft werden mit nur geringem Abstand vor fremdenfeindlichen Angriffen gegen Ausländer oder Aussiedler, Großbetrügereien/Wirtschaftskriminalität, Umweltdelikten und Alkohol am Steuer. Danach erst kommt die Beamtenbestechung und am Ende der Skala erscheinen unter den ausgewählten Straftaten Steuerhinterziehung und Ladendiebstahl. Aber auch diese werden im Durchschnitt noch als „ziemlich schlimm“ eingestuft. Im Vergleich zwischen Ost und West stimmen alle diese Bewertungen weitgehend überein. Fast alle Straftaten werden mit zunehmendem Alter strenger bewertet, zumal Ladendiebstahl, Rauschgiftdelikte und fremdenfeindliche Angriffe. Dies gilt selbst für Beamtenbestechung, Steuerhinterziehung, Umweltdelikte und Wirtschaftskriminalität, die eher von älteren Personen begangen werden.

Insgesamt lässt sich Ende 1998 eine beträchtliche Stimmungsaufhellung der Bevölkerung hinsichtlich der eingeschätzten Sicherheitslage erkennen. Ferner sind im Meinungsbild zu Sicherheitsfragen deutliche Angleichungstendenzen zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands feststellbar.

5 Summary

Police and crime policy experts must not only attach significance to the ability of attaining a maximum degree of reliability in their assessment of the objective security situation. In order for „customer-oriented“ policies – i. e., police measures and anti-crime strategies in the best interest of the public – to be successful, it is just as indispensable to gather information on the subjective aspects influencing the public’s feeling of security as well as their opinion on the crime situation and police work.

In the early 90’s, we observed a trend indicating that – compared to other countries – the German population was experiencing an increasing and unusually strong feeling of insecurity. A replicate survey termed „Feeling of Security, Police Acceptance, and Crime Assessment“ therefore was to examine whether this particular trend, which had first been observed between 1990 and 1994, had persisted through 1998. Another interesting point involves the issue of whether the considerable discrepancies between the appraisals in eastern Germany (i. e., in the five new federal states [*Länder*] plus the eastern part of Berlin) and western Germany (i. e., in the old *Länder* plus the western part of Berlin) will continue to exist in the long run, or whether these discrepancies are vanishing. Furthermore, we need to identify the reasons why people feel less safe, and must find out how serious people think certain crimes are.

Answers to these and other questions may be taken from a representative survey conducted in late 1998. As had already been the case in late 1990 and late 1994 (and – on specific issues – additionally in the new *Länder* and eastern Berlin in late 1991), the EMNID research institute was again charged by the Bundeskriminalamt with conducting an opinion poll on various aspects of internal security in October and November 1998. All in all, over 4,000 persons aged 14 and older were interviewed face to face in the course of a multiple-issue opinion poll addressing about 2,000 persons each in the eastern part of Germany (new *Länder* plus eastern Berlin) and in the west (old *Länder* plus western Berlin). Since questions on internal security covered only one part of the questionnaire costs could be kept low. Polling results may be considered representative not only of individual sections of the population but also of the German population in its entirety (in the east *and* in the west).

Results

One particularly remarkable finding involves the considerable degree to which **police acceptance** in the east has improved in recent years. This goes for people’s assessment of police fairness and friendliness as well as for their rating of police performance. Even when it comes to evaluating the quality of the work of the police, the local police are nowadays given higher marks in the new *Länder* than the „Volkspolizei“ (the former East German police) before the political change-over (comparative data on the „Volkspolizei“ as viewed prior to reunification were compiled in 1990). In the west, too, police performance

was rated more favorably in 1998 than four years earlier, and almost as good as in 1990. This development in public opinion reflects the drop in the number of street crimes, as shown in the Police Crime Statistics for 1998, and rising detection rates. With regard to police fairness, friendliness and performance, ratings in the east continue to approach those in the west. Young people – in particular males – are more critical vis-à-vis the police than adults.

Compared to 1994, higher regard for the police goes hand in hand with significant growth in people's confidence in the safety of their neighborhood, both in the west and – even more noticeably – in the new *Länder*. The **risk** of burglary or assault, for example, is considered much lower for the year ahead than four years ago. This is in line with a sharp decline in the number of thefts including residential burglaries since 1993, as identified by Police Crime Statistics. The same trend has been witnessed in relation to robberies since 1997. In this context, differences in opinions between east and west have melted down to an insignificant minimum. The differences that exist between the different age groups are also small. Women are more afraid of being victimized (especially when outside alone at night) than men, presumably because they consider themselves more vulnerable.

As to the **feeling of security**, the 1990 starting level has almost been re-attained, following an all-time low in 1994, also with regard to situations described as „out alone in one's own neighborhood at night“. However, since only a minority feels „very safe“ in their own neighborhood, all other people were asked about the reason why they feel unsafe, or even frightened. **Factors influencing** this feeling to a particularly great extent turned out to be assaults and burglaries in the neighborhood – incidents which nearly half of all respondents are worried about or even afraid of –; all others indicated that no such incidents ever occurred in their neighborhood. Next in order were bad lighting/dark corners, drug abuse and dealing in drugs in public, and street fights – incidents which make 27–32 per cent of all people feel worried or afraid (bad lighting/dark corners even 48 per cent of the women in the east, and 39 per cent in the west). Vandalism, loitering, and harassment in the neighborhood cause concern or fear to about 20 per cent of all the persons polled, with females giving this response more often than males. Dirt, trash, drunkards, and pushy beggars in the neighborhood are viewed not so much as a source of fear, but rather as a nuisance.

In spite of a stronger general feeling of security, a considerable number of respondents once again expressed their hope in the 1998 poll that more frequent police **patrols on foot** would eventually improve the security situation in their neighborhood, above all in large cities. In contrast, the majority of respondents would feel unsafe rather than safer if their own neighborhood were patrolled by private guards. Four out of five respondents in the east, and two thirds of those surveyed in the west would like the police to patrol the streets in their neighborhood on foot. Eight per cent of all respondents would prefer a private security firm, whereas only two per cent in the east and five per cent in the west would have more confidence in a „neighborhood watch“ model where the residents themselves patrol the streets. Privately organized

patrols are preferred mostly by those people who think their neighborhood is particularly unsafe and who give extremely poor marks when evaluating police performance, fairness and friendliness. Four per cent of all respondents in the east and thirteen per cent in the west could well do without any patrols at all in their neighborhood as they feel safe enough. These persons generally give the police a very good rating and live in an area which, in their personal view, has a low crime rate.

As to the **assessment of the seriousness** of crimes, there are comparative data available from 1984 for the old *Länder*. Recent assessments differ only slightly from those made fifteen years earlier. However, driving under the influence of alcohol, bribing civil servants, vandalism, tax evasion, shoplifting, burglary, child abuse, and large-scale fraud/white-collar crimes are considered a little more serious now than in the past. Environmental crime is the only type of offence which is considered a little less serious in 1998 as compared to 1984. Respondents consider murder/manslaughter, rape, and child abuse the most severe manifestations of criminal activity, followed by terrorist attacks, drug trafficking, assaults, and burglaries, which most people still regard as particularly grave. Close behind are attacks against foreigners and repatriates, large-scale fraud/white-collar crime, environmental crime, and driving under the influence of alcohol. Next in order are bribery of civil servants and – at the bottom end of the scale – tax evasion and shoplifting. On average, however, the latter are still viewed as „quite serious“. Assessments of the seriousness of these crimes are largely identical in the east and in the west. The older the respondents are, the more serious they consider nearly every type of crime, above all shoplifting, drug-related offences, and xenophobic attacks. The same holds true for bribery of civil servants, tax evasion, environmental crime, and white-collar crimes, which are more likely to be committed by persons belonging to the older age groups.

On the whole, public opinion on the security situation as perceived in late 1998 was found to have improved considerably over the years. Moreover, there is a clear tendency towards increasingly similar opinions being held on various security-related issues in eastern and western Germany.

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aben, Reinhard: Bürger und Polizei im Dialog – Das Sicherheitsgefühl in Neumünster. Ergebnisse einer Bürgerbefragung als Grundlage bürgerorientierter Sicherheitsarbeit der Polizei. Alltagskriminalität (Seminar der Polizeiführungsakademie). PFA Schlussbericht, Münster 1996, S. 113–130.
- Alvazzi del Frate, A., U. Zvekic und Jan J. M. van Dijk (Hg.): Understanding Crime. Experiences of Crime and Crime Control. Acts of the International Conference Rome, 18. – 20. November 1992. unicri-United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute. Publication No. 49. Rom 1993.
- Alvazzi del Frate A. und U. Zvekic: The International Crime (Victim) Survey in the developing world. In: Scherpenzeel, R. (Hg.): Computerization in the management of the criminal Justice System; proceedings of the Workshop and the Symposium on Computerization of Criminal Justice Information at the Ninth United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders; Cairo, Egypt, 29 April – 8 May, 1996, HEUNI / Ministry of Justice of The Netherlands.
- Anonym: Sonderopfer „Polizei – Pfennig“? Innere Sicherheit. In: Criminal Digest, Jg. 18, Heft 2, 1994, S. 30–32.
- Arnold, Harald: Verbrechensangst und/oder Furcht vor Viktimisierung – Folgen von Viktimisierung? In: Zwanzig Jahre Südwestdeutsche Kriminologische Kolloquien. Freiburg 1984.
- Arnold, Harald: Fear of crime and its relationship to directly experienced victimization: A binational comparison of models. In: Sessar und Kerner (Hg.): Developments in crime and crime control research, New York und Berlin, 1991, S. 87–125.
- Arzt, Gunther: Der Ruf nach Recht und Ordnung. Ursachen und Folgen der Kriminalitätsfurcht in den USA und in Deutschland. In: Reform der Justizreform, Bd. 4, Tübingen 1967.
- Baumann, Ulrich: Das Bild des Opfers in der Kriminalitätsdarstellung der Medien. Ergebnisse einer Untersuchung. In: Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsopfern, Bd. 13, Heft 10, 1995.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hg.): Die bayerische Sicherheitswacht. Bürger tragen Mitverantwortung für die Innere Sicherheit. Faltblatt. München 1994.
- Bilsky, Wolfgang: Psychologische Fundierung des Konstruktes „Kriminalitätsfurcht“. Ein Beitrag zur Überwindung der Schiefelage psychologischer Forschung. In: 39. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 1994 in Hamburg. Göttingen u. a. 1995, S. 514–518.
- Bilsky, Wolfgang und Peter Wetzels: Steigende Kriminalitätsfurcht – Gesichertes Wissen oder Trugschluss? In: Kriminologisches Journal, Jg. 28, Heft 4, 1996, S. 284–286.
- Bilsky, Wolfgang: Diskussion – Die Bedeutung von Furcht vor Kriminalität in Ost und West. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 79, Heft 5, 1996, S. 367–372.

- Bilsky, Wolfgang: Alltagskriminalität und ihre Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl. Einige konzeptuelle und methodische Überlegungen. Alltagskriminalität (Seminar der Polizeiführungsakademie). PFA Schlussbericht, Jg. 23, Münster 1997, S. 57–67.
- Bilsky, Wolfgang, Eberhard Mecklenburg, Christian Pfeiffer und Peter Wetzels: Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Deskriptive Analysen zum persönlichen Sicherheitsgefühl und zur Kriminalitätsfurcht. KFN-Opferbefragung 1992 (KFN-Forschungsberichte). Hannover 1993 a.
- Bilsky, Wolfgang, E. Mecklenburg, Christian Pfeiffer und Peter Wetzels: Kriminalitätsfurcht und kriminelle Viktimisierung im Leben älterer Menschen in den alten und neuen Bundesländern. Zwischenbericht zur KFN-Opferbefragung 1992 (KFN-Forschungsberichte). Hannover 1993 b.
- Bilsky, Wolfgang, Christian Pfeiffer und Peter Wetzels (Hg.): Fear of crime and criminal victimization. Stuttgart 1993.
- Bilsky, Wolfgang, Peter Wetzels, E. Mecklenburg und Christian Pfeiffer: Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung. In: Kaiser und Jehle (Hg.): Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II Verbrechensfurcht und Opferwerdung. Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen. Heidelberg 1995, S. 73–106.
- Boers, Klaus: Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folge eines sozialen Problems. In: Hamburger Studien zur Kriminologie Bd. 12. Pfaffenweiler 1991.
- Boers, Klaus: Kriminalitätseinstellungen und Opfererfahrungen. Das Verbrechenopfer in Geschichte und Gegenwart. In: Neue Kriminologische Schriftenreihe. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. 2. Teilbd. Verbrechensfurcht und Opferwerdung – Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen, Jg. 102, Freiburg 1995, S. 3–36.
- Boers, Klaus: Kriminalitätseinstellungen und Opfererfahrungen. In: Sessar und Kerner (Hg.): Developments in crime and crime control research. New York, Berlin 1991, S. 3–36.
- Boers, Klaus: Kriminalitätsfurcht. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 76, 1993, S. 65–82.
- Boers, Klaus: Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch. Über offizielle Kriminalitätsdaten, Kriminalitätsfurcht - und wie beides kriminalpolitisch benutzt wird. In: Neue Kriminalpolitik 6, 1994, S. 27–31.
- Boers, Klaus: Kriminalitätseinstellungen in den neuen Bundesländern. In: Kriminologische Forschungsstelle Berlin. Sozialer Umbruch und Kriminalität. Ergebnisse einer Kriminalitätsbefragung in den neuen Bundesländern, Bd. 2/2, Berlin 1994, S. 21–74.
- Boers, Klaus, Uwe Ewald, Hans-Jürgen. Kerner, Erwin Lautsch und Klaus Sessar (Hg.): Sozialer Umbruch und Kriminalität. Band 2/2, Schriftenreihe der Kriminologischen Forschungsstelle Berlin am Kriminalwissenschaftlichen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Mönchengladbach 1994.

- Boers, Klaus, Hans-Jürgen Kerner und P. Kurz: Rückgang der Kriminalitätsfurcht. Forschungsnotiz. In: Neue Kriminalpolitik, Jg. 7, Heft 4, 1995, S. 9–10.
- Brunst, Thomas: Gesellschaft und Kriminalität im Wandel der Zeit. In: Unbequem, Heft 29, 1997, Seite 15–16.
- Bundeskriminalamt (Hg.): Polizeiliche Kriminalstatistik. Berichtsjahr 1998. Wiesbaden 1999.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): Haschischgebrauch von Jugendlichen. Ergebnisse der Drogenaffinitätsstudie 1993/1994. Zusammenfassung. Köln 1995.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Wiederholungsbefragung 1993/1994. Köln 1994.
- Burgheim, Joachim: Keine Angst vor der Angst. Die Polizei kann die Verbrennungsfurcht nicht mit „Hauruck-Strategien“ bekämpfen. In: Die Polizei 2/1999, S. 41–50.
- Burgheim, Joachim und Anton Sterbling: Kriminalitätswahrnehmung und Lebenszufriedenheit. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Hoyerswerda. In: Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen. Rothenburg/OL 1999.
- Chmielewski, Ryszard, Tadeusz Cichorz, Andrzezy Misiuk und Manfred Murck: Das Bild der Polizei in den Gesellschaften Polens und Deutschlands. In: Schriftenreihe der Polizeiführungsakademie, Jg. 24, Heft 2, 1997, S. 5–30.
- Denninger, Bernd: Bürgerbefragung durch die Polizei. In: Hessische Polizeirundschau, Jg. 21, Heft 1, 1994, S. 14–15.
- Diederichs, Otto: Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. Wo gehobelt wird, fallen Späne. In: Bürgerrechte und Polizei, Heft 2 Nr. 57, 1997, S. 18–23.
- Dölling, Dieter: Kriminalitätseinschätzung und Sicherheitsgefühl der Bevölkerung als Einflussfaktoren auf kriminalpolitische und kriminalstrategische Planung. In: Polizeiführungsakademie (Hg.): Planung der Verbrechensbekämpfung. 1. Kriminalitätslagebilder. Münster 1985, S. 81–111.
- Dölling, Dieter, Dieter Hermann und Christiane Simsa: Kriminalität und soziale Probleme im räumlichen Vergleich. Analysen anhand der Bevölkerungsbefragungen in den Projektstädten. In: Empirische Polizeiforschung. Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten, Bd. 9, 1995, S. 69–92.
- Dörmann, Uwe: Kriminalität und polizeiliches Handeln in der öffentlichen Meinung. Ergebnisse aus EMNID-Umfragen des BKA. In: Bundeskriminalamt (Hg.): Symposium: Der polizeiliche Erfolg. Referate und Diskussionsbeiträge am 15. und 16. Oktober 1986 im Bundeskriminalamt. (Sonderband der BKA-Forschungsreihe) Wiesbaden 1988, S. 185–196.
- Dörmann, Uwe: Public Opinion Relating to Crime and Police Action. In: Kube und Störzer (Hg.): Police Research in the Federal Republic of Germany. 15 Years Research within the „Bundeskriminalamt“. Berlin, New York 1991, S. 77–88.
- Dörmann, Uwe: Bewertung der Polizei. In: Helmut Kury u. a.: Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. Ein empirischer

- Vergleich von Viktimisierungen, Anzeigeverhalten und Sicherheitseinschätzung in Ost und West vor der Vereinigung. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 25) Wiesbaden, 1992, S. 327–366.
- Dörmann, Uwe: Wie sicher fühlen sich die Deutschen? Repräsentativbefragung der Bevölkerung zu Rauschgiftsituation, Polizeibewertung und Sicherheitsgefühl – zum Teil als Replikation früherer Erhebungen. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 40) Wiesbaden 1996.
- Dörmann, Uwe: Sicherheitsgefühl, Polizeiakzeptanz und Kriminalitätsbewertung. In: Bundeskriminalamt (Hg.): Forum 1999. Informationsaustausch der Gruppe Kriminalstrategie des Bundeskriminalamtes mit den Bundesländern. (Informationen aus dem Kriminalistischen Institut) Wiesbaden 1999, S. 41–51.
- Dreher, Gunther: Kommunale Kriminalprävention – Eine neue Herausforderung für die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen sowie für die Polizei. In: Magazin für die Polizei, Jg. 28, Hefte 254 und 255–256, 1997, S. 11–13 und S. 19–20.
- Endrweit, Günter: Zusammenhänge zwischen dem Erscheinungsbild der Polizei der Einstellung der Bürger zur Polizei und dem Sicherheitsgefühl der Bürger. In: Zunahme sozialer Ängste in der Gesellschaft und ethische Herausforderungen der Polizei (Seminar der Polizeiführungsakademie). PFA Schlussbericht, Münster, Jg. 37, Münster 1997, S. 153–168.
- Ennis, P. H.: Criminal victimization in the United States. A report of a national survey (Field surveys II). Washington D. C. 1967.
- European Committee on Crime Problems (Hg.): European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics, prepared by the Enlarged Group of Specialists on trends in crime and criminal justice (statistics and other quantitative data). Publication of the English version was authorised by the European Committee on Crime Problems (CDPC) at its 48th plenary session (7–11 June 1999). Strasbourg 1999.
- Falk, Bernhard: Polizeiliche Bekämpfungsdefizite oder – Kann die Polizei gegen die neuen Herausforderungen bestehen? In: Kriminalistik, Jg. 52, Heft 1, 1998, S. 37–46.
- Feltes, Thomas: Zur Effektivität polizeilichen Handelns. Bemerkungen zur Bewertung und zur Abgrenzung schutz- und kriminalpolizeilicher Tätigkeit und zum Verhältnis von Kriminalitätsbekämpfung und anderen polizeilichen Aufgaben. In: Die Polizei, 81, 1990, S. 301–309.
- Feltes, Thomas und Erich Rebscher (Hg.): Polizei und Bevölkerung. Beiträge zum Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung und zur gemeindebezogenen Polizeiarbeit („Community Policing“). Holzkirchen 1990.
- Feltes, Thomas: Zur Einführung – Kommunale Kriminalprävention und bürgernahe Polizeiarbeit. In: Empirische Polizeiforschung. Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten, Bd. 9, 1995, S. 11–29.
- Feltes, Thomas: Alltagskriminalität, Verbrechensfurcht und Polizei. In: Kriminalistik, Jg. 51, Heft 8–9, 1997, S. 538–547.

- Flade, Antje: Zur öffentlichen Sicherheit in den ostdeutschen Großsiedlungen. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, Jg. 79, Heft 2, 1996, S. 114–214.
- Förster, M. und J. Schenk: Der Einfluss massenmedialer Verbrechensdarstellungen auf Verbrechensfurcht und Einstellungen zu Straftätern. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*. 67 (1984). S. 90–104.
- Freiberg, Konrad: Kriminalität – Wieviel Angst darf der Mensch haben? In: *Deutsche Polizei*, Jg. 43, Heft 3, 1994, S. 16 und 18.
- Gabriel, Ute: Furcht und Strafe. Kriminalitätsfurcht, Kontrollüberzeugungen und Strafforderungen in Abhängigkeit von der Erfahrung krimineller Viktimisierung. In: *Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung*, Bd. 12, Baden-Baden 1998.
- Gabriel, Ute: Kriminalitätsfurcht und Kontrollüberzeugungen. In: *Praxis der Rechtspsychologie* Heft 1–2, 1999, S. 30–44.
- Garofalo, J.: The Fear of Crime. Causes and Consequences. In: *The Journal of Criminal Law and Criminology*. 72 (1981), S. 839–857.
- Gräf, Manfred: Aspekte und Projekte kommunaler Kriminalprävention – Modelle in Brandenburg. In: *Kriminologische Forschungsberichte. Konzepte kommunaler Kriminalprävention*, Bd. 59, 1997, S. 504–521.
- Greve, Werner: Kriminalitätsfurcht im Dunkelfeld. In: *Praxis der Rechtspsychologie* 1/2 1999, S. 11–29.
- Greve, Werner, Daniela Hosser und Peter Wetzels: In: Bedrohung durch Kriminalität im Alter. Kriminalitätsfurcht älterer Menschen als Brennpunkt einer Gerontoviktimologie. In: *KfN Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung*, Bd. 1. Baden-Baden 1996.
- Gutsche, G.: Sozialer Umbruch und Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern. Resultate neuerer Opferbefragungen 1991–1993. In: Kaiser und Jehle (Hg.): *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II Verbrechensfurcht und Opferwerdung. Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen*. Heidelberg 1995, S. 107–125.
- Heinz, Wolfgang: Innere Sicherheit zwischen ordnungsstaatlichen Institutionen und kommunalen Präventionsmöglichkeiten. *Kriminalpolitik, Bürger und Kommune*. In: *Kriminologische Forschungsberichte. Konzepte kommunaler Kriminalprävention*, Bd. 59, 1997, S. 1–146.
- Heinz, Wolfgang und Gerhard Spieß: Viktimisierung, Anzeigerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger. Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten. In: *Empirische Polizeiforschung. Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten*, Bd. 9, 1995, S. 93–122.
- Heinz, Wolfgang und Gerhard Spieß: *Kriminalitätsfurcht – Befunde aus neueren Repräsentativbefragungen*. Unveröffentlichtes Manuskript. Konstanz 2000.
- Hermanutz, Max: *Die Zufriedenheit von Bürgern mit den Umgangsformen der Polizei nach einem persönlichen Polizeikontakt – Eine empirische Un-*

- tersuchung. In: Empirische Polizeiforschung. Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten, Bd. 9, 1995, S. 137–182.
- Hermanutz, Max: Prügelknaben der Nation oder Freund und Helfer? Die Zufriedenheit von Bürgern mit den Umgangsformen der Polizei nach einem persönlichen Polizeikontakt - eine empirische Untersuchung. In: Die Polizei 86, 1995, S. 281–287.
- Hornbostel, S.: Allgemeine Verunsicherung und Politik der Inneren Sicherheit. Dokumentation Nr. 6 der DGS-Arbeitsgruppe „Soziologie der Politik“. Jena 1994.
- Hough, M.: Anxiety about crime: findings from the 1994 British Crime Survey. Home Office Research and Statistics Department (Hg.): Research Study 147. London 1995.
- IFT-Institut für Therapieforschung: Zur epidemiologischen Situation des Cannabis-Gebrauchs in Deutschland. München (interner Bericht vom 03. 11. 1995).
- ipos-Institut für praxisorientierte Sozialforschung: Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1995 in Deutschland. Ergebnisse jeweils einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in den alten und neuen Bundesländern. Mannheim 1995, S. 16.
- Kaiser, Günther und Jörg-Martin Jehle: Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II Verbrechensfurcht und Opferwerdung. Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen. Heidelberg 1995.
- Kaiser, Günther, H. Krug und Hans Jörg Albrecht (Hg.): Victims and criminal justice, Bd. 50. Eigenverlag Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg 1991.
- Kerner, Hans-Jürgen: Fear of Crime and Attitudes towards Crime. In: International Annals of Criminology. 17 (1978), S. 83–99.
- Kerner, Hans-Jürgen: Kriminalitätseinschätzung und Innere Sicherheit. Eine Untersuchung über die Beurteilung der Sicherheitslage und über das Sicherheitsgefühl in der Bundesrepublik Deutschland, mit vergleichenden Betrachtungen zur Situation im Ausland. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 11) Wiesbaden 1980.
- Kerner, Hans-Jürgen: Verbrechensfurcht und Viktimisierung. In: W. T. Haesler (Hg.): Viktimologie. Grösch 1986, S. 131–159.
- Kerner, Hans-Jürgen: Lebensqualität und Kriminalität. Ein Problemaufriß zur Bedeutung von innerer Sicherheit im Feld der sozialen Strafrechtspflege. In: 16. Bundestagung der deutschen Bewährungshilfe (21.09.-24.09.). Lebensqualität und Kriminalität – Innovative Beiträge zur inneren Sicherheit, Jg. 44, Heft 4, 1997, S. 347–361.
- Killias, Martin: Innere Sicherheit zwischen ordnungsstaatlichen Instanzen und kommunalen Präventionsmöglichkeiten. Wie lassen sich Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum verringern? Kommunale Kriminalprävention im Spannungsfeld zwischen objektiver und subjektiver Sicherheits-

- lage. In: Kriminologische Forschungsprojekte. Konzepte kommunaler Kriminalprävention, Bd. 59, 1997, S. 318–330.
- Killias, Martin: Vulnerability and fear of crime. In: Kaiser, Kury und Albrecht (Hg.): Victims and criminal justice, Bd. 15. Eigenverlag Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg i. Br. 1991, S. 617–635.
- Kräupl, G. und H. Ludwig: Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen. Freiburg i. Br. 1993.
- Kraft, Heike: Räumliche Strukturen von Kriminalität und Kriminalitätsangst in Mainz. Eine kriminalgeographische Untersuchung über Sicherheit und Sicherheitsempfinden der Mainzer Bevölkerung. Diplomarbeit am Geographischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität. Mainz 1989.
- Korfes, Gunhild: Innere Sicherheit zwischen ordnungsstaatlichen Instanzen und kommunalen Präventionsmöglichkeiten. Zu Problemen der Kriminalprävention in den neuen Bundesländern. In: Kriminologische Forschungsprojekte. Konzepte kommunaler Kriminalprävention, Jg. 59 (Bd.), 1997, S. 339–352.
- Kranz, Uwe: Mehr Polizei – Mehr Sicherheit und weniger Ängste? In: Kriminalist, Jg. 28, Heft 6, 1996, S. 281–282.
- Kraus, Ludwig und Rita Bauernfeind: Repräsentativerhebung zum Gebrauch psychoaktiver Substanzen bei Erwachsenen in Deutschland 1997. In: Sucht – Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Jg. 44, Sonderheft 1, 1998.
- Krause, Manfred: Sind Massendelikte präventabel? Kriminalitätsfurcht und Präventionsgedanke. In: Deutsches Polizeiblatt, Jg. 14, Heft 4, 1996, S. 25–29.
- Kreuzer, Arthur und Michael Hürlimann (Hg.): Alte Menschen als Täter und Opfer. Alterskriminalologie und humane Kriminalpolitik gegenüber alten Menschen. Freiburg i.Br. 1992.
- Kuhleber, Hans Werner: Einsatz. Auf den täglichen Umgang mit dem Bürger kommt es an ! In: Deutsches Polizeiblatt, Jg. 13, Heft 4, 1995, S. 7–13.
- Kürzinger, J.: Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion. Berlin 1987.
- Kube, Edwin und Uwe Dörmann: Zur Kriminalitätslage in Deutschland als Folge des politischen Wandels. In: Die Polizei, Jg. 84, 1993, S. 53–76.
- Kühne, Hans-Heiner: Kriminalitätsfurcht im Alter. In: Alte Menschen als Täter und Opfer. Freiburg 1992, S. 89–93.
- Kühne, Hans-Heiner und Koichi Miyazawa: Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Japan. (Sonderband der BKA-Forschungsreihe, 2. Aufl.) Wiesbaden 1991.
- Kury, Helmut: Kriminalitätsentwicklung und Verbrechensfurcht in Ost- und Westdeutschland. In: Deutschland Archiv, Jg. 29, Heft 3, 1996, S. 380–390.
- Kury, Helmut, Obergfell-Fuchs, Joachim: Kriminalitätsfurcht und Alter. Ergebnisse aus Ost- und Westdeutschland. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 81, Heft 3, 1998, Seite 198–217.
- Kury, Helmut: Zur Bedeutung von Kriminalitätsentwicklung und Viktimisierung für die Verbrechensfurcht. In: Kaiser und Jehle (Hg.): Kriminologische

- Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II Verbrechenfurcht und Opferwerdung. Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen. Heidelberg 1995, S. 127–158.
- Kury, Helmut, Uwe Dörmann, Harald Richter und Michael Würger: Opfererfahrungen und Meinungen zur Inneren Sicherheit in Deutschland. Ein empirischer Vergleich von Viktimisierungen, Anzeigeverhalten und Sicherheitseinschätzung in Ost und West vor der Vereinigung. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 25). Wiesbaden 1992.
- Kury, Helmut und Michael Würger: Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht – Ein Beispiel zur Viktimisierungsperspektive. In: Kaiser und Kury (Hg.): Kriminologische Forschung in den 90er Jahren, Bd. 2. Eigenverlag Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg 1993.
- Lamnek, Siegfried: Fear of victimization, attitudes to the police and mass media reporting. In: Kaiser, Krug und Albrecht (Hg.): Victims and criminal justice. Bd. 50. Eigenverlag Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Freiburg 1991, S. 637–653.
- Legge, Ingeborg unter Mitarbeit von M. Bathsteen und R. Harenberg: Kriminologische Regionalanalyse Hamburg-Altona. Methodische Grundlagen regionaler Sicherheitsdiagnosen. Landeskriminalamt Hamburg (Hg.). Hamburg 1994.
- Legge, Ingeborg und Michael Bathsteen: Kriminologische Regionalanalyse Hamburg, Band II. Lokale Sicherheitsdiagnosen für vier Stadtteile. Landeskriminalamt Hamburg (Hg.). Hamburg 1996.
- Legge, Ingeborg: Phänomenologie der Alltagskriminalität, Erkenntnisse aus den empirischen Untersuchungen des LKA Hamburg. Alltagskriminalität (Seminar der Polizeiführungsakademie). PFA Schlussbericht, Münster, 1996, S. 57–75.
- Mayhew, Pat und Jan J. M. van Dijk: Criminal Victimization in Eleven Industrialised Countries. Key findings from the 1996 International Crime Victims Survey. Wetenschappelijk Onderzoek- en Documentatiecentrum(Hg.). Den Haag 1997.
- Metje, M. und H. Cramer: Einstellungen der Bundesbürger zu Fragen der Inneren Sicherheit. Emnid-Institut (Hg.). Bielefeld 1992.
- Misterek, Wolfgang und Jo Reichertz: Aspekte und Projekte kommunaler Initiativen und Programme zur Prävention. Verunsicherung durch Kriminalität? Erste Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage in Hamm/ Westfalen. In: Kriminologische Forschungsberichte. Konzepte kommunaler Kriminalprävention, Bd. 59, 1997, S. 471–487.
- Murck, Manfred: Die Angst vor Verbrechen und Einstellungen zur öffentlichen Sicherheit. In: Kriminologisches Journal, Heft 10, 1978, S. 202–214.
- Murck, Manfred: Soziologie der öffentlichen Sicherheit. Eine staatliche Aufgabe aus der Sicht der Bürger. Frankfurt 1980.
- Murck, Manfred: Polizei und Bürger. Einige Merkmale der Einstellungs- und Kontaktstruktur. In: Die Polizei, Heft 2, 1989, S. 27–30.

- Murck, Manfred: Zwischen Schutzbedürfnis und Misstrauen - Einstellungen zur Polizei bei den Bürgern in den neuen Bundesländern. In: Die Polizei, 10, 1992, S. 16–18.
- Murck, Manfred: Wahn oder Wirklichkeit? Kriminalitätsangst. In: Deutsche Polizei, 42, 1993, S. 6–12.
- Murck, Manfred: Polizei und Sicherheit in Europa - Die Sicht der Bürger. Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes der PFA und des niederländischen LSOP. In: Kriminalistik, 48, 1994, S. 447–448 und 450–452.
- Nickels, Christa: Drogen- und Sicherheitsbericht der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Stand 09. März 2000, S. 8.
- Noelle-Neumann, Elisabeth und Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997, Bd. 10, München, 1997.
- Noll, Heinz-Herbert: Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit in Ost – und Westdeutschland – Befunde aus dem Wohlfahrtssurvey 1993. Workshop zu methodologischen Problemen einer Metropolenstudie. Schriftenreihe der Kriminologischen Forschungsstelle Berlin. Kulturvergleichende Kriminalitätsforschung und sozialer Wandel in Mittel – und Osteuropa, Bd. 5, Berlin 1996, S. 91–101.
- Noll, Heinz-Herbert und Stefan Weick: Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität. Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit. In: ZUMA (Hg.): Informationsdienst Soziale Indikatoren. (23) 2000, S. 1–5.
- Obergfell-Fuchs, Joachim: Sicherheitsgefühl und Persönlichkeit. In: Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 79, Heft 2, 1996, S. 97–113.
- Obergfell-Fuchs, Joachim: Einstellungen der Bürger zur Polizei und zu privaten Sicherheitsdiensten. Möglichkeiten der Privatisierung von Aufgabenfeldern der Polizei mit Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. In: Privatisierung von polizeilichen Aufgaben. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 41) Wiesbaden 1996, S. 131–137.
- Obergfell-Fuchs, Joachim: Aspekte und Projekte kommunaler Initiativen und Programme zur Prävention. Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg am Beispiel von Freiburg i. Br. In: Kriminologische Forschungsberichte. Konzepte kommunaler Kriminalprävention, Bd. 59, 1997, S. 428–470.
- Obergfell-Fuchs, Joachim, Kury, Helmut: Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention. Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten und der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage. In: Empirische Polizeiforschung. Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten, Bd. 9, 1995, S. 6931–68.
- Obergfell-Fuchs: Möglichkeiten der Privatisierung von Aufgabenfeldern der Polizei mit Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. In: Bundeskriminalamt (Hg.): Forum 1999. Informationsaustausch der Gruppe Kriminalstrategie des Bundeskriminalamtes mit den Bundesländern. Informationen aus dem Kriminalistischen Institut. Wiesbaden 1999, S. 27–40.

- Obermöller, Bernd und Mirko Gosch: Kriminalitätsberichterstattung als kriminologisches Problem. In: Kritische Justiz, Jg. 28, Heft 1, 1995, S. 45–59.
- Pfeiffer, Christian, Ingo Delzer, Dirk Enzmann und Peter Wetzels: Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen. Sonderdruck zum 24. Deutschen Jugendgerichtstag vom 18. – 22. September 1998 in Hamburg. Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V. (Hg.). Hannover 1998.
- Plate, Monika., W. Schwinges und Rüdiger Weiß: Strukturen der Kriminalität in Solingen. Eine Untersuchung zu Zusammenhängen zwischen baulichen und sozialen Maßnahmen und dem Kriminalitätsaufkommen. (Sonderband der BKA-Forschungsreihe) Wiesbaden 1985.
- Pressestelle des Ministeriums des Innern von Sachsen-Anhalt in Magdeburg: Landesweite Präventionsaktion zur Verbesserung des Dialoges Bürger-Polizei. Auswertung einer Fragebogenaktion „Ihre Polizei fragt Sie“. In: Die Polizei, Jg. 88, Heft 6, 1997, S. 178–179.
- Pistol, Wolfgang: Sicherheitsanalysen am Beispiel Kiel – Ziel, Ergebnisse und Konsequenzen. Alltagskriminalität (Seminar der Polizeiführungsakademie). PFA Schlussbericht, Jg. 23, Münster 1997, S. 307–318.
- Quensel, Stephan: Opfererfahrungen, Verbrechensfurcht und die deutsche Einheit. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 77, 1994, S. 62–66.
- Reuband, Karl-Heinz: Drogenkonsum im Wandel. Eine retrospektive Prävalenzmessung der Drogenerfahrung Jugendlicher in den Jahren 1967 bis 1987. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erkennungssoziologie, 8, 1988, S. 54–68.
- Reuband, Karl-Heinz: Die Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger 1965–1987. Veränderungen unter dem Einfluss sich wandelnder Geschlechterrollen. In: Zeitschrift für Soziologie, 18, 1989, S. 470–476.
- Reuband, Karl-Heinz: Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. Ein Vergleich der Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1965–1990. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 44, 1992, S. 341–353.
- Reuband, Karl-Heinz: Steigt in der Bundesrepublik die Verbrechensfurcht? Widersprüchliche Befunde aus der neueren Umfrageforschung. In: Kampmeyer und Neumeyer (Hg.): Innere Unsicherheit. München 1993, S. 41–50.
- Reuband, Karl-Heinz: Steigende Kriminalitätsfurcht - Mythos oder Realität? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 45, 1994, S. 214–220.
- Reuband, Karl-Heinz: Veränderungen in der Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger 1965–1993. Eine Bestandsaufnahme empirischer Erhebungen. In: Kaiser und Jehle (Hg.): Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II Verbrechensfurcht und Opferwerdung. Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen. Heidelberg 1995, S. 37–53.
- Reuband, Karl-Heinz: Viktimisierung und Anzeigebereitschaft. Eine vergleichende Analyse in ostdeutschen Großstädten. In: Kriminalistik Jg. 53, Heft 8, 1999, S. 513–519.

- Rolinski, Klaus: Wohnhausarchitektur und Kriminalität. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 13) Wiesbaden 1980.
- Rolinski, Klaus: Fear of victimization. In: Miyazawa and Ohya (Hg.): *Victimology in comparative perspective*. Tokyo 1986, S. 294–301.
- Saberschinsky, Hagen: Das Berliner Modell – Eine Chance für mehr Sicherheit in der Stadt. In: *Empirische Sozialforschung . Das Modell New York – Kriminalprävention durch „zero tolerance“?* Beiträge zur aktuellen kriminalpolitischen Diskussion, Bd. 12, 1997, S. 171–175.
- Scherr, A.: Sicherheitsbedürfnisse, soziale Ausschließung und Kriminalisierung. Ein Kommentar zur aktuellen Kontroverse innerhalb der Kritischen Kriminologie. In: *Kriminologisches Journal*, 29, 1997, S. 256–266.
- Schneider, Hans Joachim: Bedrohung durch Kriminalität. Neue Erkenntnisse der Viktimologie und der vergleichenden Kriminologie. In: *Juristische Ausbildung*, Jg. 18, Heft 11, 1996, S. 574–587.
- Schulzen, Reinhard und Kerstin Fröse: Wandelt sich das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit? In: *Magazin für die Polizei*, Jg. 27, Heft 240, 1996, S. 12–13.
- Schuster, Wolfgang: Das Stuttgarter Modell oder – Der sanfte Weg zu mehr Sicherheit. In: *Empirische Sozialforschung . Das Modell New York – Kriminalprävention durch „zero tolerance“?* Beiträge zur aktuellen kriminalpolitischen Diskussion, Jg. 12 (Bd.), 1997, S. 164–170.
- Schüller, A.: Das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit. In: *Die Polizei*, 1, 1990, S. 293–300.
- Schwarzenegger, C.: Die Einstellungen der Bevölkerung zur Kriminalität und Verbrechenskontrolle. Freiburg i. Br. 1992.
- Schweer, Martin K. W. und Barbara Thies: Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. In: *Kriminalistik*, 54, Heft 5, 2000, S. 336–342.
- Schwind, Hans Dieter, Wilfried Ahlborn, Hans Jürgen Eger, Ulrich Jany, Volker Pudiel und Rüdiger Weiß: *Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973/74. Eine Opferbefragung zur Aufhellung des Dunkelfeldes und zur Erforschung der Bestimmungsgründe für die Unterlassung von Strafanzeigen*. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 2) Wiesbaden 1975.
- Schwind, Hans Dieter, Wilfried Ahlborn und Rüdiger Weiß: *Empirische Kriminalgeographie, Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum*. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 8) Wiesbaden 1978.
- Schwind, Hans Dieter, Wilfried Ahlborn und Rüdiger Weiß: *Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/87 - Eine Replikationsstudie*. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 21) Wiesbaden 1989.
- Schwind, Hans Dieter: Fear of crime in Germany. In: Kaiser und Jehle (Hg.): *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Teilband II Verbrechensfurcht und Opferwerdung. Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen*. Heidelberg 1995, S. 655–680.
- Schwind, Hans Dieter: *Pressekonferenz zum Ansehen der Polizei*. Langfassung für die anwesenden Pressevertreter. Bochum 2000, S. 3.
- Sessar, Klaus: Zur Validität des Kriminalitätsbegriffs in Befragungen. Workshop zu methodologischen Problemen einer Metropolenstudie. Schriftenreihe der Kriminologischen Forschungsstelle Berlin. Kulturvergleichende

- Kriminalitätsforschung und sozialer Wandel in Mittel – und Osteuropa, Bd. 5, Berlin 1996, S. 102–108.
- Seitz, Helmut und Ulrich Pohl: Regionale Analyse zu Kriminalität und Sicherheitsgefühl sowie zu Kriminalität als Belastungsfaktor für Gewerbebetriebe in den Kreisstädten Saarlouis und Neunkirchen sowie in der Gemeinde Freisen. Untersuchung über Kriminalitätsbelastung, Kriminalitätseinschätzung und subjektives Sicherheitsgefühl unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkung von Kriminalität für die lokale Wirtschaftsentwicklung. Ministerium des Innern – Saarland (Hg.). Saarbrücken 1997.
- Skogan, Wesley G: The Fear of Crime and its Behavioral Implications. In: E. A. Fattah (Hg.): From Crime Policy to Victim Policy. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1986, S. 167–188.
- Skogan, Wesley G: The Impact of Victimization on Fear. In: Crime and Delinquency. 33 (1987), S. 135–154.
- Skogan, Wesley G.: The various meanings of fear. In: Bilsky, Pfeiffer und Wetzels (Hg.): Fear of crime and criminal victimization. Stuttgart 1993, S. 131–140.
- Steffen, Wiebke: Community policing – Ein Ausweg? Alltagskriminalität (Seminar der Polizeiführungsakademie). PFA Schlussbericht, Münster 1996, S. 173–195.
- Steffen, Wiebke: Polizeiliches Alltagshandeln: Konfliktverarbeitung statt Verbrechensbekämpfung? In: Feltes und Rebscher (Hg.): Polizei und Bevölkerung. Beiträge zum Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung und zur gemeindebezogenen Polizeiarbeit („Community Policing“). Holzkirchen 1990, S. 32–38.
- Steffen, Wiebke: Kriminalitätsanalyse I: Dunkelfeldforschung und kriminologische Regionalanalysen. Lehr- und Studienbriefe Kriminologie Nr. 4. Hildden 1993.
- Stephan, Egon: Die Stuttgarter Opferbefragung. (BKA-Forschungsreihe, Bd. 3) Wiesbaden 1976.
- Stock, Jürgen und Arthur Kreuzer: Drogen und Polizei. Eine kriminologische Untersuchung polizeilicher Rechtsanwendung. Bonn 1996.
- Van Dijk, Jan J. M., Pat Mayhew und Martin Killias: Experiences of crime across the World. Key findings from the 1989 International Crime Survey. December 1990.
- Walter, Michael: Von einem realen zu einem imaginären Kriminalitätsverständnis? Über den Wandel kriminologischer Blickrichtung und dessen kriminalpolitische Folgen. In: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, Jg. 44, Heft 2, 1995, S. 67–73.
- Warr, M.: Public Perceptions of Crime and Punishment. In: J. F. Sheley (Hg.): Criminology. 2. Aufl. Belmont u. a. 1995, S. 15–31.
- Warr, M.: Dangerous Situations. Social Context and Fear of Victimization. In: Social Forces. 68 (1990), S. 891–907.

7 Fragebogen

Fragenkatalog

1. Glauben Sie, dass es in Ihrer Gegend hier eher leicht oder schwer ist, an Rauschgift heranzukommen?

- 1 eher leicht;
- 2 eher schwer;
- 3 kann ich nicht sagen.

2. Sind Ihnen aus Ihrem Verwandten-/Freundes-/Bekanntenkreis eine oder mehrere Personen bekannt, die Erfahrung mit Rauschgift haben?

- 1 ja, mir ist eine Person persönlich bekannt;
- 2 ja, mir sind zwei oder mehr Personen persönlich bekannt;
- 3 nein, mir ist niemand persönlich bekannt, habe aber von mindestens einer Person gehört;
- 4 nein, mir ist niemand bekannt und habe von niemandem gehört.

3. Haben Sie schon einmal Rauschgiftkonsum oder -handel hier in Ihrer Gegend beobachtet?

- 1 ja, oft;
- 2 ja, vereinzelt;
- 3 nein.

4. Nun möchte ich etwas über Ihre Meinung zur Polizei erfahren. Die folgende Liste enthält einige Anschauungen und Standpunkte. Bitte sagen Sie mir jedes Mal, inwieweit Sie diesem zustimmen.

a) „Im allgemeinen sind heute die meisten Polizisten freundlich und verständnisvoll.“

Ich stimme

- 1 voll und ganz zu,
- 2 eher zu,
- 3 eher nicht zu,
- 4 überhaupt nicht zu.

b) „Die meisten Leute sind froh, wenn sie von der Polizei nichts sehen und nichts hören.“

Ich stimme

- 1 voll und ganz zu;
- 2 eher zu;
- 3 eher nicht zu;
- 4 überhaupt nicht zu.

c) „Der Spruch „Die Polizei, Dein Freund und Helfer“ ist durchaus berechtigt.“

Ich stimme

- 1 voll und ganz zu;
- 2 eher zu;
- 3 eher nicht zu;
- 4 überhaupt nicht zu.

5. Alles in allem, wie gut arbeitet die örtliche Polizei nach Ihrer Ansicht bei der Verbrechensbekämpfung? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste.

Die Polizei macht ihre Sache:

- 1 sehr gut,
- 2 gut,
- 3 ziemlich gut,
- 4 nicht so gut,
- 5 ziemlich schlecht,
- 6 sehr schlecht.

6. Für wie sicher schätzen Sie Ihre Gegend ein?

Ist Ihre Gegend hier

- 1 sehr sicher,
- 2 ziemlich sicher,
- 3 ziemlich unsicher,
- 4 sehr unsicher?

(Bei Antwort 1 springen zu Frage 8.)

7. Welche Gründe gibt es dafür, dass Sie sich in Ihrer Gegend nicht „sehr sicher“ fühlen (Frage nur an Personen stellen, die bei Frage 6 mit 2, 3 oder 4 geantwortet haben)?

- Schlechte Beleuchtung, dunkle Ecken
 - Schmutz, Müll
 - Betrunkene, „Penner“
 - Andere „herumlungernde“ Personen
 - Aufdringliches Betteln
 - Beschädigte oder beschmierte Häuser oder Fahrzeuge
 - Passanten werden beschimpft, angepöbelt oder „angemacht“
 - Rauschgiftkonsum oder -handel in der Öffentlichkeit
 - Schlägereien auf der Straße
 - Einbrüche in Wohnungen oder Geschäfte
 - Überfälle
- 1 gibt es hier nicht
 - 2 gibt es zwar, stört mich aber nicht
 - 3 finde ich lästig
 - 4 beunruhigt mich
 - 5 macht richtig Angst
- (für jeden Punkt gesonderte Bewertung)

Gibt es sonst noch Gründe? (offene Frage)

8. Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen allein sind:

- 1 sehr sicher,
- 2 ziemlich sicher,
- 3 ziemlich unsicher,
- 4 sehr unsicher.

9. Bitte sagen Sie mir für jede Situation aus der Liste, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Ihnen in Ihrer Gegend innerhalb der nächsten 12 Monate so etwas passiert?

Auf der Straße bestohlen oder ausgeraubt zu werden?

Ich halte es für

- 1 sehr wahrscheinlich,
- 2 wahrscheinlich,
- 3 weniger wahrscheinlich,
- 4 unwahrscheinlich.